atom nr 39
sommer 92
5 märker

atom

- atommonopoly osteuropa
- weltwirtschaftsgipfel in münchen
- und und und

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Unsere
Themen im März 1992:
● Werftbau auf Rügen ● Geschichte der Arbeit an Bord ● Verpackungsverordnung ● Gegen „Ökologie von rechts" ● Holzschutzmittelprozeß ● Columbus und die Folgen ● Luneplate: Ausdeichen!
Nächstes Heft: Ende Juni 1992

Waterkant

Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion
Mitteilungsblatt der Aktionskonferenz Nordsee e. V.

Ein Probeheft gibts für 2.– DM (in Briefmarken)
Jahresabo (4 Hefte) 24.– DM inkl.

NOORDZEE

Aktionskonferenz Nordsee e.V.
Kreuzstraße 61
2800 Bremen 1
Tel.: 0421/77675
Fax: 0421/78931

Redaktion Waterkant
c/o Burkhard Ilschner
Offenwardener Str. 6
2856 Sandstedt
Redaktions-Fax:
04702/1090

quer. die neue Monatszeitschrift für Demokratie, Ökologie und Menschenrechte

Besser quer. gelesen als schief gelegen!

Zu unseren Autoren zählen u.a.: H.-Peter Gensichen, Petra Kelly, Konrad Weiß, Wolfgang Templin, Ralph Giordano, Michael Cramer, Gerd Bastian, Gerd Poppe, Prof. M. Succow, Lutz Rathenow, Brigitte Zimmermann, Jürgen Kuczynski, Hans Schwenke, Wolfgang Ullmann, Vera Wollenberger, Reinhard Weißhuhn, Werner Schulz

Im Abo, an guten Zeitungskiosken oder durch einsenden dieses Abschnitts zum Kennenlernen:

Ich möchte quer. kennenlernen: Ein Vierteljahr zur Probe für 7,-DM (nur Vorkasse: bar, Scheck oder in Briefmarken). Diese Probebestellung wandelt sich nicht automatisch in ein reguläres Abonnement um!

Name/Vorname _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Einsenden an: quer. Angelika Jahn, Weingasse 13, O-9200 Freiberg oder anrufen: Freiberg 23263

Was hat Gregor Gysi wem verraten ?

Die ungekürzten Dokumente. Damit Sie sich selbst ein Urteil bilden können.

zu beziehen über telegraph, Schliemannstr. 22 Berlin O-1058; ☎4483687. Pro Exemplar 3DM. Versand nur gegen Vorkasse Bar oder Scheck.

telegraph – Linke DDR-Oppositionszeitung seit 1986

Krieg und Frieden:

ami

Wenn es um so wichtige Themen geht, hat kein Mensch die Zeitung, die er verdient, oder er verdient nicht so viel, daß er sich alle Zeitungen leisten könnte. Die ami ist ein monatlich erscheinender Informationsdienst zu aktuellen Entwicklungen in Rüstung und Militär, Friedensbewegung und Friedensforschung. Drei Ausgaben im Jahr erscheinen als Themenhefte mit doppeltem Umfang.

Aktuelle Themenhefte: *Auf zu neuen Fronten* (7/91) - *Nationalismus* (12/91) - *Gibt es noch Friedensforschung?* (6/92)

Jahresabo: DM 40,- (inkl. Porto); Themenheft DM 4,50; (zuzügl. Porto). Probeheft gratis. Bezug:

antimilitarismus information

Eißholzstr.11
1000 Berlin 30

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit
Nr.2/92 (Nr.42) enthält u.a.:

EXPO:
Reise zum Fetisch Ware
von Tommy Hohner
Welthandel
von Werner Portmann
"Drogenkrieg"
von Noam Chomsky
Multikulturelle Gesellschaft
von LUPUS
ÖkoLi. SF-Interview mit Jutta Ditfurth und Manfred Zieran

★

Stasi ein System
von Keno Verseck
Interview mit dem schweizer Schriftsteller Otto F. Walter

EXPO-Eröffnung und Repression, Museumsansprüche. Interview mit J. Ammann, Nachruf auf Karl Gültig, Leonard Peltier, Rezensionen, Termine uva. 72S., 7.-DM

Trotzdem ★ Verlag

Neuerscheinung

Johann Most: Dokumente eines sozialdemokratischen Agitators, Band 4

Die vierbändige Schriftenausgabe stellt Artikel und Reden Johann Mosts vor, die allesamt während seiner sozialdemokratischen Zeit vor den Sozialistengesetzen und vor seiner Exilzeit in London und New York entstanden sind. Sie vermitteln ein Bild von den Themen der Sozialdemokratie damals und verdeutlichen den Bruch, den Most mit seiner Hinwendung zum Anarchismus vollziehen mußte. Hrsg. v. Dr. Volker Szmula, jeder Band ca.200 S., 22.-DM, Bd.1-4: 80.-DM

Trotzdem ★ Verlag
PF 1159
D-7043 Grafenau/Württ.

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:
atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg
Tel.: 04131/48599; Fax: 04131/47512 (neu!)

V.i.S.d.bgl.P.:
Enno Brand, Günter Garbers

Bestellbedingungen:
Eine Ausgabe kostet 5,- Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3,50 Mark. Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 30,- Mark incl. Porto und Versand. Förder-Abo: ab 50,- Mark
Konto: "atom", G. Garbers
PSchA. Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Abo und Bestellpost bitte nur an:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Spendenkonto:
Bernd Weidmann, Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 409898 - 304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Technik
Wer für die atom Artikel schreibt, kann uns diese auch auf Diskette abgespeichert zusenden (zusätzlich einen Ausdruck). Folgende Disketten können wir verarbeiten:
1.) 3,5 Zoll-Disketten für Apple/Macintosh oder MS-DOS
2.) 5 1/4 Zoll-Disketten müssen auf 360 Kilobyte und einseitig formatiert sein.
Die Artikel müssen als MS Word, Wordstar, Txt, Pagemaker oder Word-Perfekt Dokumente abgespeichert sein. Disketten und Ausdrucke bitte an die Lüneburger Redaktion.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:
Dies ist die **atom** Nr. 39, Sommer 1992.
Nach der guten alten Zählweise für Fans, SammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 79
atommüllzeitung Nr. 67

Titelbild:
atom

INHALT

Renaissance der Atomindustrie
Anmerkungen aus Köln zum Artikel in der atom Nr. 38 4

Schwerpunkt 1: Atommonopoly Osteuropa 7

Es ist der deutsche Imperialismus der das Thema Atomenergie im Interesse seiner Expansion nach Osteuropa auf die Tagesordnung des Weltwirtschaftsgipfels (WWG) gepusht hat. Was in Osteuropa an Atomkraft zu verdienen ist, wieviele AKW's und was es an Ausbauplänen für Atomkraft in den Ländern selbst gibt.

Imperialistische Planspiele für die Atomindustrie vor dem WWG 7
Rußland – Zwischen Energiekrise und Supergau 14
Gespräch mit Wladimir Jakimets zum Atomtestmoratorium der ehemaligen UDSSR 6
Indonesien vor dem Ausbau der Atomenrgie 20

UNCED – Das ist der Gipfel 22

Gorleben News 26
Schacht Konrad 28
Standort Splitter:
Hanau - Hamburg - Esenshamm - u.a 30

Kommt ein neues Atomgesetz ? 35

Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung
AG-Protokolle, Resolutionen 37

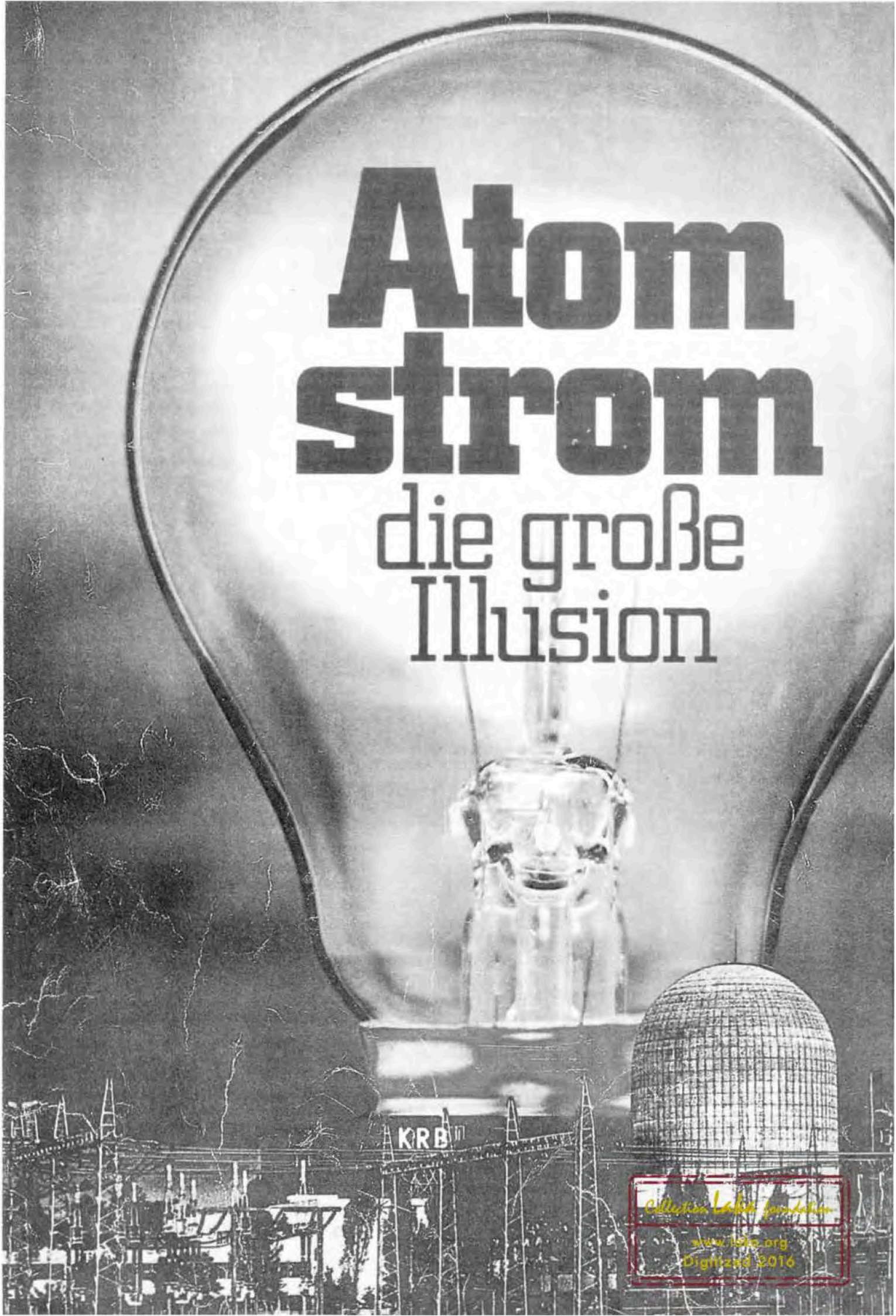
Schwerpunkt 2: Weltwirtschaftsgipfel 40

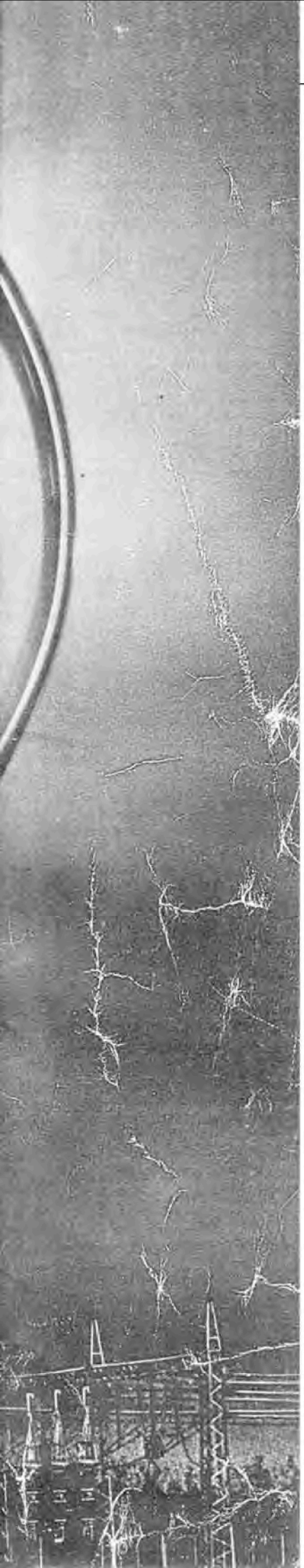
Der Rückzug der Grünen, des BUND und Pro-Regenwald aus dem UnterstützerInnenkreis für den Gegengipfel sorgte Mitte Mai für einige Furore. Für kurze Zeit schien es, als ob damit das ganze Projekt, vor allem finanziell und bündnispolitisch gescheitert wäre. Dem ist nicht so. Statt eines Platzens gab es eine Welle von neuen Unterstützungsaufrufen.

Aufruf und Programm zum Gegengipfel vom 3. - 5. Juli 44
Aufruf und vorläufiges Programm des Aktionstage vom 6. - 8. Juli 45
Gegen Zensur und Überwachung –
Repression gegen Vorbereitungstreffen zum WWG 46

Kriminalisierung
Ende des bewaffneten Kampfes! Freiheit für die Gefangenen? 47
Stellungnahme von Isabel Jakobs 48
§129a-Ermittlungen gegen terroristische Kindervereinigung 50
Rassismus, Progromstimmung und Polizeiterror in Mannheim 51
Furore um einen Aufkleber 54

Neugestaltung der Bundeswehr 55


Atom
strom
die große
Illusion
KRB
Collection Lakid foundation
www.lakid.org
Digitized 2016



Anti-AKW-Plenum Köln:

Einige Anmerkungen zum Artikel in atom Nr. 38

„Renaissance der Atomindustrie“

1. Bei aller unterschiedlichen Meinung, die mensch zu der Situation der Atomindustrie haben kann, sollte eine schiefe Ebene auf jeden Fall gemieden werden: Die Absichtserklärungen und die Goodwillpropaganda der Atomindustrie als gegebene Fakten anzusehen. Zwar läßt sich sowohl an den inhaltlichen Schwerpunkten ihrer Propaganda, als auch an der Dreistigkeit oder Vorsicht ihres Auftretens eine gewisse Stimmungslage ablesen, aber eben als **Ihre Verarbeitung** der realen Situation und nicht die Lage selbst. Diese analytisch aufzuarbeiten und die nötigen Fakten zusammenzutragen und einzuschätzen ist unsere Aufgabe. (Die Problematik bürgerlicher Presse als Faktenlieferantin und Analysegeberin ist dabei wohl hinlänglich bekannt).

2. Die Frage, ob eine Entwicklung nach ausgiebiger analytischer Betrachtung als „beruhigend“ oder „beunruhigend“ anzusehen ist, ist wohl mehr eine des Gefühls denn der Diskussion. Denn welche der unzähligen Horrorbedingungen, die unsere Gesellschaft jeden Tag so produziert, mensch persönlich „beunruhigend“ findet und welche nicht, läßt sich nicht gut an einer allgemeinen Meßlatte der Schlechtigkeiten ablesen.
Mir riecht diese Polemik eher nach einer versteckten Neuauflage des alten Fehlers: Was wir zur großen „Beunruhigung“ erklären, muß doch dann auch die anderen aufregen und zu Möglichkeiten der Gegenwehr führen. Oder umgekehrt gesehen, wenn wir zu der Auffassung gelangten, daß es der Atommafia beruhigend schlecht ginge, würde das irgendetwas an unseren Aussagen über die Auswirkungen und Zusammenhänge dieser Technologie in Frage stellen ?
Weder dieses noch jenes trifft zu. Die Einschätzung der aktuellen Strategie der Atomindustrie und ihrer Durchsetzungschancen berührt die Frage der Gefährlichkeit dieser Technologie und unserer Gegnerschaft nicht. Und von der Atomfrage als „Schlüssel“ mit dem das System zu kippen sei, haben wir alle doch hoffentlich schon lange Abschied genommen.
Die Frage, ob unsere Gegner neue Pläne schmieden, wie realistisch diese sind und welche Chancen sie haben, ist für uns doch eine Frage nach den Kampfbedingungen und nicht nach dem Kampf überhaupt.

3. Wenn schon soviel mit Zahlen und Zitaten (meist eben leider von der bürgerlichen Presse aufbereitete Propaganda des Gegners) belegt werden soll, sollte auch etwas genauer hingeschaut werden. Das Kriterium, wieviel Atomkraftwerke wieviel Strom produzieren ist eine recht totschlagende Meßlatte und sollte hinterfragt werden. Wir wissen selbst am Besten, daß die Verhinderung des Betriebs von AKW´s, wenn das ganze Geld verbaut ist, eines der schwierigsten Dinge ist, selbst für eine starke Bewegung. (Beispiel der kampfumtosten Bauplätze bei gleichzeitiger zäher Kleinarbeit vor den laufenden Anlagen, beim gleichen Stand der Bewegung).
Daß Abschalten sofort immer unsere Ziel war und ist, heißt doch nicht, daß es die einzig mögliche Meßlatte für das Kräfteverhältnis ist. Wenn wir nur dieses Kriterium zur Einschätzung hätten, stünden uns keinerlei Nuancen (ein bißchen abgeschaltet?) der Bewertung zur Verfügung. Unsere bisherige Bilanz sähe ungerechtfertigt traurig aus und wir hätten kaum Anhaltspunkte die bisherige Politik zu bewerten und gegebenenfalls zu korrigieren.
Die Atomindustrie führt ihre Statistik nach Zahl der erhaltenen Aufträge **und** Beginn der Stromlieferung.
Auch die Frage unter welchen nationalen Bedingungen. ob staatswirtschaftliches Atomprogramm, „freier Atommarkt“, macht sowohl für die Kampfbedingungen der GegnerInnen als auch für die Chancen der Atomwirtschaft einen wichtigen Unterschied aus.

4. Wenn mensch sich nun den Zahlensalat unter spezifizierten Kriterien ansieht, kommt bestimmt nicht die Feststellung heraus, die weltweite oder die europäische Atomindustrie habe ihr „Tief" tatsächlich überwunden. Nach den eigenen Angaben der Atomiker (1) wurde weltweit die letzte Genehmigung für ein AKW, das auch fertiggestellt wurde, 1984 erteilt und den letzten genehmigten Baubeginn verzeichnete die westliche Atomindustrie 1986 in Frankreich.
Für de Wirtschafts- und Seelenlage der Atomindustrie spricht es Bände, daß es seit dem in westlichen Ländern kein einziges Vorhaben mehr gegeben hat, das es wert gewesen wäre in die eigene Statistik aufgenommen zu werden. Zeigte sich diese Entwicklung in den Ländern mit „freier" Atomwirtschaft schon früh (der letzte Bauauftrag in den ehemals führenden USA wurde 1978 erteilt, AKW Clinton 1, 1987 in Betrieb gegangen), so hat sie knapp zehn Jahre später auch Frankreich, das Musterbeispiel staatswirtschaftlicher Atompolitik, erreicht (1986 Genehmigung für zwei Blöcke in Le Carnet, Fertigstellung ungewiss). Von den 77 Atomkraftwerksblöcken, die weltweit als „im Bau befindlich" geführt werden (d.h. mit dem Bau wurde begonnen oder es wurde eine Errichtungsgenehmigungnigung erteilt), sind 4 mit einem Baustopp durch die Behörden belegt und bei 9 weiteren sind die Atomiker selber so unsicher, daß sie kein geplantes Datum der Fertigstellung angeben. (Der Vollständigkeit halber: Von den 434 als in Betrieb befindlich geführten Anlagen sind 8 nachhaltig außer Betrieb; so z.B. der Super Phenix in Frankreich.

Noch unterscheidet sich die Situation im fernen Osten leicht von dieser Tendenz: In Japan wurden noch 1987 3 Blöcke genehmigt und mit dem Bau begonnen, für 3 weitere gibt es dort Bauaufträge. In Südkorea ergingen sogar noch 1991 Aufträge für 2 neue Blöcke. die staatswirtschaftliche Atompolitik dieser beiden Länder hält auch weiterhin ungebrochen an ihren atomaren Plänen fest.
Auch die Atomträume manches 3. Weltlandes oder des ehemaligen Ostblocks bieten wenig Möglichkeiten für die Atomindustrie an gewinnträchtige Neuaufträge zu kommen. Die imperialistischen Länder werden dort kaum eine Energiepolitik finanzieren, die sie für sich selbst als zu teuer ansehen. IWF und Weltbank, als ihr „ideeller Gesamtvertreter" vergeben grundsätzlich keine Gelder für atomare Projekte. Für die Haltung der schlauen Weltkapitalmanager typisch sind die Äußerungen des Weltbankenergieexperten Churchill (in dem Fernsehfilm „Zurück zum Atom ?, NDR, 1990):
Frage: *Würde die Weltbank einige hundert AKW's in den Entwicklungsländern finanzieren, wie von der Weltenergiekonferenz (zur Verminderung des Kohlendioxydausstoßes) vorgeschlagen?*
Churchill: ***Bis jetzt haben wir keine AKW's finanziert, aus einem ganz einfachen Grund. Atomenergie war nie die kostengünstige Alternative - AKW's sind einfach zu teuer. Sie kosten mindestens das Doppelte, wenn nicht das Vier- bis Fünffache dessen, was konventionelle Kraftwerke kosten. Das Gesamtfinanzierungsvolumen würde dann nicht 100 Milliarden Dollar im Jahr, sondern 400 bis 500 Milliarden Dollar betragen. Bei den gegenwärtig verfügbaren Mitteln für Entwicklungshilfe scheidet Atomkraft als Option einfach aus.*** (...)
Frage: *Sehen Sie als Banker und Energieexperte denn Industrieländer, die in Zukunft stärker auf Atomkraft setzen, etwa so wie Frankreich?*
Churchill: ***Sicher nicht in der heutigen Situation. Die finanziellen Risiken, die ich als Banker im Auge habe, sind einfach zu groß. Kürzlich war ich auf einer Konferenz von Vertretern der Atomindustrie, der Finanzwelt und Umweltschützern, als einer der Atomvertreter sagte, „wir haben doch in Three Miles Island bewiesen, daß die Atomtechnik sicher ist. Selbst bei einem Kernschmelzunfall ist niemand gestorben und keine Radioaktivität ausgetreten". Da sprang einer der Banker erregt auf und meinte, „Was Sie Clowns uns vorgeführt haben ist, daß Sie ein Anlagevermögen von einer Milliarde Dollar in 15 Minuten in Schulden von mehreren Milliarden Dollar verwandeln können". Das zeigt ganz gut die Einstellung der Finanzwelt, das Risiko ist einfach zu hoch.***

5. Nachdem das ökonomische Fiasko der privatwirtschaftlichen Atomunternehmungen klarer denn je offen liegt, (schon 1985 sprach die US-Wirtschaftszeitung „Forbes" vom Atomprogramm als *„der größten unternehmerischen Katastrophe der Finanzgeschichte"*) und alle vorliegenden Zahlen zeigen, daß die Atomindustrie selbst sich ökonomisch entsprechend zurückhaltend verhält, geht ihr Bemühen, vor allem in der BRD und den USA darum, wieder in die Gunst entsprechender staatlicher Maßnahmen und finanzieller Stützung zu kommen. Ohne eine solche politische und ökonomische Absicherung ist z.B. die deutsche Atomindustrie nicht bereit weitere Projekte ernsthaft anzugehen.
Besonderes die EVU's als Betreiber evtl. zukünftiger atomarer Anlagen „appelieren an Politik und Öffentlichkeit zum energiepolitischen Konsens zurückzukehren" (Positionspapier zur JK 90) und *„betonen in einem Brief an die Regierungen des Bundes und der Länder, daß es ohne einen energiepolitischen Konsens schwierig wird in neue Kernkraftwerke zu investieren"*. (atw //90)
Ein solcher neuer öffentlicher Energiekonsens auf der politischen Ebene ist allerdings direkt abhängig vom gesellschaftlichem Klima, von der berüchtigten „Akzeptanz der Bevölkerung", die die Politiker zum Überleben brauchen (und von den finanziellen Möglichkeiten des Staates).
Das bedeutet, daß der Kampf um die **Bedingungen** für eine Renaissance der Atomindustrie, d.h. Einflußnahme auf die öffentliche Meinung, (Klimakatastrophenkampagne), parteipolitisches Gerangel und Gewinde wegen eines neuen Energiekonsenses und der Kampf um die Verteilung aus den Futtertrögen, wieder aufgenommen worden ist - nicht, daß diese Wiedergeburt schon stattgefunden hat. Und unter den Bedingungen einer heranziehenden weltweiten Rezession dürfte die Möglichkeit zur finanziellen Absicherung eines neuen Atomkurses äußerst beschränkt sein. (Selbst das staatswirtschaftliche Atomland Frankreich stößt an die ökonomischen Grenzen seiner bisherigen Politik. Der staatliche Stromkonzern EDF ist mit 35 Milliarden Dollar einer der größten Schuldner der Welt auf dem internationalen Finanzmarkt (zusammen mit Brasilien).

6. Die Schlagzeile von der „Renaissance der Atomindustrie" ist gefährlich, weil ein solch ungenauer Blick, der bei jedem angezündeten Streichholz einen Großbrand sieht, nicht die Aufmerksamkeit schärft und auf die wunden Punkte richtet, sondern abstumpft. Wer zehnmal wegen eines brennenden Streichholzes zu den Wassereimern gerannt ist, rennt nicht mehr los, wenn's beim elften Mal wirklich brennt.
Abgesehen von dem Problem, daß, egal wie wir die Lage einschätzen, die Zahl der Kampfeslustigen im Moment sehr begrenzt ist, vergrößern wir sie bestimmt nicht durch größtmögliches Alarmgeschrei dem keine Handlungsperspektive folgt.
Die entscheidende Weichenstellung wird sich in der Zukunft auf der Ebene ***„neuer Energiekonsens"*** (eingeschlossen neues ATG) abspielen. Ohne diese Vorraussetzung wird die westdeutsche Atomindustrie nicht aus den Socken können und wollen. Für uns heißt das, daß die entscheidenden Auseinandersetzungen vorerst auf der politischen Bühne und nicht auf den zukünftigen Bauplätzen, stattfindet. - Auf solch konkreter Ebene hätten wir sicherlich gute Karten. Die politisch, propagandistische Bühne ist nun mal genau die Ebene, auf der sich für die radikale Anti-AKW-Bewegung viel geändert hat, die Trennungslinien laufen in diesen „Ökokritischen" Zeiten nicht mehr entlang der Frage „für oder gegen Atom", da sind von BUND über Grüne, SPDCDUFDP bis zur ÖDP andre vor.
Und neben der Tatsache, daß wir bei der Entwicklung einer kollektiven Position zu den gesellschaftlichen Mechanismen der Naturzerstörung und der Naturbeherrschungswahl noch nicht sehr weit voran gekommen sind, lehrt uns all unsere bisherige Erfahrung, daß für uns mit vielen klugen Reden und Schriften eh nur begrenzt voranzukommen ist.

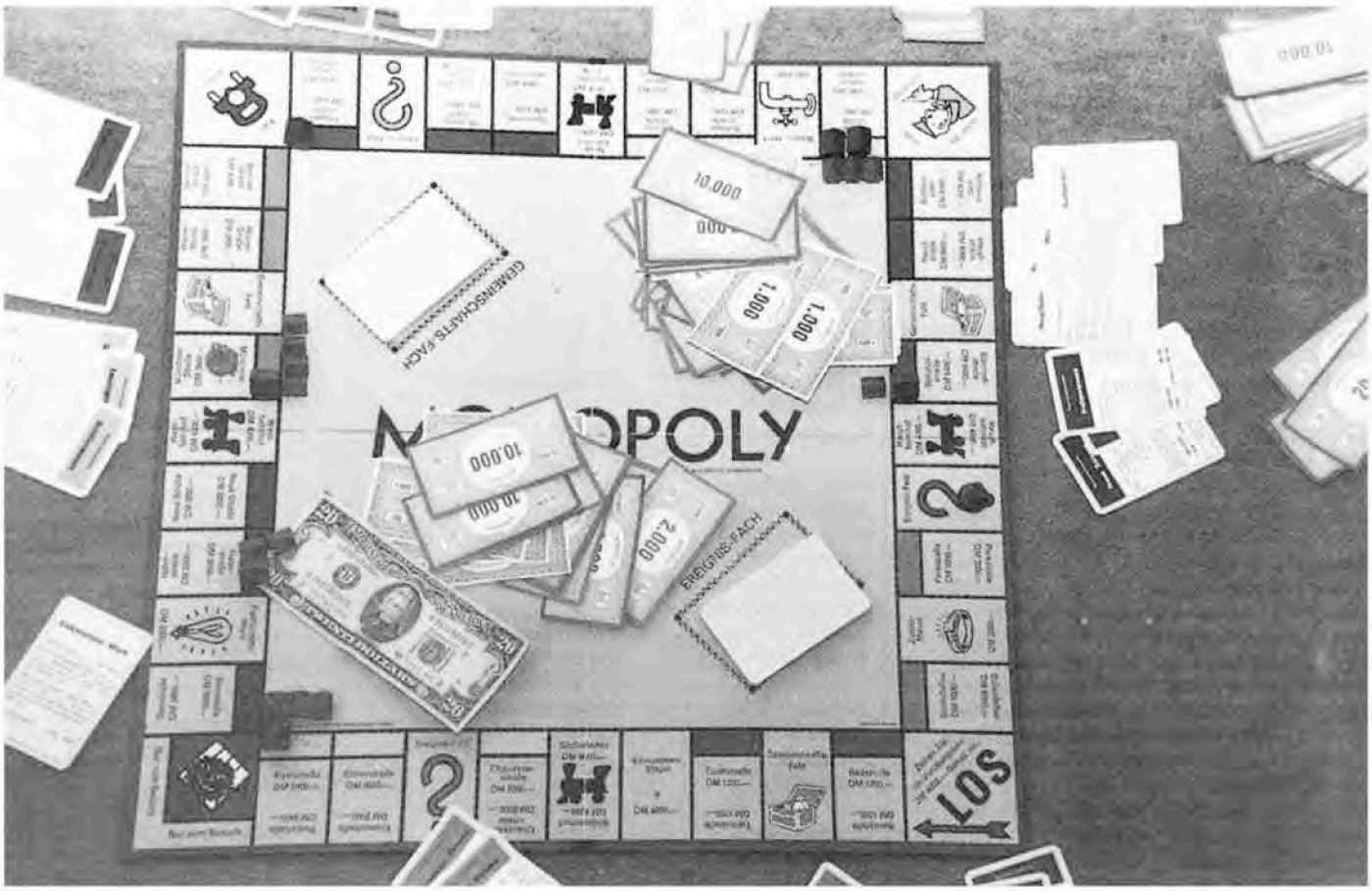
Alles in allem gibt es weder Grund zu jammern und zu zetern, denn unbeteiligt an der miesen Situation der Atomindustrie sind wir nicht, noch sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Aber es wäre ungerechtfertigt und sinnlos immer lauter nach den Waffen zu schreien und neue Kriegsschauplätze zu erfinden, je lahmer die KämpferInnen sind.

4.4.91
Iku, Anti-AKW-Plenum Köln

(1) Alle folgenden Zahlenangaben sind aus dem „Herzen der Bestie" der jährlichen Statistik der atomwirtschaft (in Nr. 11/91) - also eher schönfärberisch, was die eigene Lage betrifft. So führen sie nach wie vor noch einige „Letters of Intend" - Bauabsichtserklärungen, oder ewige Baustellen in ihrer Statistik, von deren Fertigstellung auch die größten Optimisten nicht ausgehen können (z.B. eine Auftragserteilung für Kanada aus dem Jahre 1978 oder eine Baugenehmigung auf den Phillippinen von 1976. Außerdem lassen sie die Entwicklung in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion völlig außer acht (Baustopps, Moratorien, Geldmangel).

Atommonopoly Osteuropa

Imperialistische Planspiele für die Atomindustrie vor dem WWG



Vom 6. bis 8. Juli treffen sich die Herren dieser Welt zu ihrem Weltwirtschaftsgipfel in München und werden dort ein Thema ganz oben auf die Tagesordnung setzen, das von der Linken dieses Landes, in den 70ern noch heiß umkämpft, jetzt schon seit geraumer Zeit auf dem Abfallhaufen der eigenen Geschichte deponiert wird; bewegungspolitisch bot das Thema keinen Ansatz auf radikale gesellschaftliche Veränderungsprozesse mehr. Mittlerweile findet sich, mangels Ansatzpunkten für eine radikale gesellschaftliche Veränderung überhaupt - so der immer bedrückendere Eindruck -, diese Linke allerdings kaum noch selbst. Vielleicht wird so, in allgemeiner Perspektivlosigkeit, das Thema ja noch mal wieder interessant. Das Thema, von dem die Rede ist, ist die Atomenergie.

Gerade die deutsche Linke hätte allen Grund - die Verantwortung allemal - die hier anlaufenden Planungen beim Namen zu nennen. Denn es ist der deutsche Imperialismus, der das Thema Atomenergie im Interesse seiner Expansion nach Osteuropa auf die Tagesordnung des Weltwirtschaftsgipfels gepuscht hat. Was außenpolitisch an Jugoslawien sichtbar wurde, bekommt hier atompolitisch-ökonomisch ein Gesicht: der Anspruch auf eine neue Rolle in der Welt. Auch hier werden dabei erhebliche Widerstände und Widersprüche, innerimperialistisch insbesondere gegenüber dem US-Imperialismus, überwunden.

Was in Osteuropa an Atomkraft zu verdienen ist, wieviele Atomkraftwerke und was an Ausbauplänen für Atomkraft es in den Ländern selbst gibt, wie die Programme, insbesondere speziell des deutschen Imperialismus, für die Atomenergie in Osteuropa konzipiert sind und wie das Thema auf den WWG gebracht wurde, soll im folgenden nachgezeichnet und analysiert werden.

Zahlenspiele: Wieviel AKWs gibt es überhaupt?

Über die Anzahl der Atomkraftwerke in Osteuropa kursieren seit Jahren die unterschiedlichsten Zahlen, weil die Informationsbasis mit vorläufigen und endgültigen Stillegungen immer stark schwankte. 1987 wurde die Zahl von der „atomwirtschaft" noch mit 73 Blöcken angegeben. Davon 54 in der UdSSR, 3 in Ungarn, 7 in der CSSR, 4 in Bulgarien und 5 in der DDR. (atw 6/87) Mittlerweile schwanken die Zahlen zwischen 59 im März 1992 vom „Handelsblatt" (26.3.92) gezählten Blöcken und 67 von der „atomwirtschaft" nach dem gemeldeten Stand vom September 1991 dokumentierten Blöcken. (atw 11/91) Das Durcheinander setzt sich fort in der politischen Diskussion. Wo der SPD-Fraktionssprecher Schäfer 63 AKWs ausmacht (FAZ 27.3.92), sieht der CDU-Bundestagsabgeordnete Klinkert nur 58 Anlagen. (FAZ 25.1.92)

Und wer hat nun richtig gezählt? - Es ist wohl egal, denn mit der Zeit rinnt letztlich alle Zahlenspielerei dahin. Nach den Stillegungsbeschlüssen von Tschernobyl ist eh schon wieder alles Schnee von gestern, und wer weiß schon was morgen ist. Zwei neue AKWs für die in Tschernobyl stillgelegten wurden ja gleich mit angekündigt. Nach unserer Zählung bleiben zur Zeit in der GUS noch 46 Atomkraftwerke für den potentiellen GAU in Betrieb. (siehe Tab. 1) Dazu kommen noch 2 in Bulgarien, 4 in Ungarn und 8 in der CSFR, was zusammen summa summarum für die tägliche Katastrophe von heute 60 AKWs ergibt. Ganz aus den Augen zu verlieren sind aber die 4 derzeit stillgelegten Uralt-Reaktoren in Kosloduj Bulgarien auch noch nicht. Mit einer Wiederinbetriebnahme kann durchaus noch zu rechnen sein (siehe unten). Mitzurechnen für die Zukunft sind dann nur noch weitere 34 atomare Blöcke im Bau; davon 26 in der GUS (siehe Tab. 2) und 8 im übrigen Osteuropa.

Genau diese letzteren Planungen in die Zukunft sind für die imperialistischen Expansionsstrategien nach Osteuropa natürlich mindestens ebenso interessant, wie die bereits laufenden Anlagen, bei denen es vorrangig um die Frage Sanierung, Modernisierung, oder Abschalten geht. Sie zeigen, der Atomwahn in den herrschenden Eliten der Länder Osteuropas selbst ist ungebrochen, und zwar weit über das real existierende ökonomisch-industrielle Potential der dortigen nationalen Ökonomien hinaus.

Zukunftspläne: Osteuropa - El Dorado der Atomindustrie

In **Bulgarien**, wo der atomare Wahnsinn am Beispiel des Atomkraftwerks Kosloduj am augenfälligsten geworden ist, gibt es diesbezüglich für die Atomindustrie ein bereits halbfertiges Atomkraftwerk mit zwei Blöcken auf der Donau-Insel Belene. Das ist offiziell wegen heimischer Proteste zwar aufgegeben. Hinter vorgehaltener Hand sollen Beamte jedoch weiterhin eine nukleare Zukunft für die Bauruine ventilieren. (s. FAZ 15.4.92) Bereits im November 1991 kündigte der stellvertretende Leiter des bulgarischen Staatskomitees für Energie, Dimitar Nowakow, auch schon mal den Erwerb eines weiteren WWER-1000 Reaktors an, der baugleich mit den beiden neuesten Reaktoren von Kosloduj, im Jahr 2000 ans Netz angeschlossen werden solle. (FR 26.11.91)

Weiter scheinen konkrete Gespräche bereits in Rumänien und Ungarn gediehen. **Rumänien**, das in Osteuropa mit seinem Atomprogramm immer schon eine Sonderrolle einnahm, weil es auf den Import kanadischer Schwerwasser-Reaktoren setzte (s. atom Nr.35/91), hat die Kooperation mit der kanadischen Atomindustrie intensiviert. Gleichzeitig wurde aber mittlerweile auch ein Rahmenabkommen zwischen der ABB-Mannheim und rumänischen Unternehmen zur Gründung von fünf Gemeinschaftsunternehmen in den unterschiedlichen Bereichen, u.a. einem Gemeinschaftsunternehmen zwischen der ABB AG und dem Bukarester Betrieb für Kraftwerksreparaturen abgeschlossen. (atw 1/92) Auch in Rumänien laufen seit Jahren neue Standortplanungen für ein atomares Großkraftwerk mit einer installierten Leistung von 2500 MW, wobei allerdings derzeit völlig offen ist, ob und wie das realisiert werden soll. (s. atw 3/91)

Tab.1: AKWs in der GUS in Betrieb (nach Reaktortypen gegliedert)

Bezeichnung	Standort	Typ	Betriebsbeginn
Ignalina-1	Sniekus/Lit	RBMK-1500	5/1985
Ignalina-2		RBMK-1500	8/1987
Kursk-1	Kursk/Rus	RBMK-1000	10/1977
Kursk-2		RBMK-1000	8/1979
Kursk-3		RBMK-1000	3/1984
Kursk-4		RBMK-1000	2/1986
Smolensk-1	Desnogorsk/Rus	RBMK-1000	9/1983
Smolensk-2		RBMK-1000	7/1985
Smolensk-3		RBMK-1000	6/1990
Sosnovy Bor-1	Leningrad/Rus	RBMK-1000	11/1974
Sosnovy Bor-2		RBMK-1000	2/1976
Sosnovy Bor-3		RBMK-1000	6/1980
Sosnovy Bor-4		RBMK-1000	8/1981
Nowo-Woronesch-3	Woronesch/Rus	WWER-440/230	6/1972
Nowo-Woronesch-4		WWER-440/230	3/1973
Kola-1	Murmansk/Rus	WWER-440/230	12/1973
Kola-2		WWER-440/230	2/1975
Kola-3	Murmansk/Rus	WWER-440/213	12/1982
Kola-4		WWER-440/213	12/1984
Rowno-1	Kusnetsovsk/Ukr	WWER-440/213	9/1981
Rowno-2		WWER-440/213	7/1985
Balachowo-1	Saratov/Rus	WWER-1000	5/1986
Balachowo-2		WWER-1000	1/1988
Balachowo-3		WWER-1000	4/1989
Kalinin-1	Udomlya/Rus	WWER-1000	6/1985
Kalinin-2		WWER-1000	3/1987
Kmelnitzki-1	Neteshin/Ukr	WWER-1000	8/1988
Nowo-Woronesch-5	Woronesch/Rus	WWER-1000	2/1981
Rowno-3	Kusnetsovsk/Ukr	WWER-1000	5/1987
Saporoschje-1	Energodar/Ukr	WWER-1000	4/1985
Saporoschje-2		WWER-1000	10/1985
Saporoschje-3		WWER-1000	1/1987
Saporoschje-4		WWER-1000	1/1988
Saporoschje-5		WWER-1000	10/1989
Südukraine-1	Konstantinovka/Ukr	WWER-1000	10/1983
Südukraine-2		WWER-1000	4/1985
Südukraine-3		WWER-1000	12/1989
Bjelojarsk-3	Swerdlowsk/Rus	SNR-600	11/1981
Dimitrowgrad-350	Shevchenko/Kas	SNR-350	7/1973
Bilibinsk-1	Bilibino/Rus	EGP-12	1974
Bilibinsk-2		EGP-12	1975
Bilibinsk-3		EGP-12	1976
Bilibinsk-4		EGP-12	1977
Troitsk-4	Troitsk/Rus	RBMK-100	1960
Troitsk-5		RBMK-100	1961
Troitsk-6		RBMK-100	1963

Für **Ungarn** wurde im Februar dieses Jahres öffentlich, daß hier die französische Electricité de France (EDF) und die deutschen Konzerne Preussen-Elektra und Bayernwerk über ein Atomkraftwerksprojekt verhandeln. Unter dem Namen *„Europäisches Projekt für Ungarn"* wird hier an einem Programm zur Modernisierung der ungarischen Stromversorgung gearbeitet, das auch ein neues Atomkraftwerk mit zwei Blöcken a 1000 MW einschließen soll. (TAZ 4.2.92) Dieser Bauauftrag wäre dem 1990 von Siemens und Framatome SA gegründeten Gemeinschaftsunternehmen Nuclear Power International (NPI) sicher.

Über den Stand des Atomprogramms und den Fischzug der Siemens AG in der **CSFR** haben wir ja schon in früheren Ausgaben der „atom" ausführlicher berichtet. (s. atom Nr. 35 u. 38) Das soll hier nicht nochmal wiederholt werden. Soviel ist klar. Die **CSFR** wird nicht nur zu einer Art ausgelagertem Standort für in Deutschland derzeit politisch noch nicht wieder durchsetzbare Atomprojekte, sondern kann, von weit darüberhinausgehender Bedeutung, als der derzeit am weitesten ausgebaute Stützpunkt der deutschen Atomindustrie für die Expansion nach Osteuropa gelten. Das wird von Siemens auch ganz offen so ausgesprochen: *„Von dort aus können wir zusammen mit dem Stammhaus jedes Sanierungsvorhaben bei Kernkraftwerken im früheren Ostblock angehen"*, frohlockte Wulf Bürkle, Leiter des Geschäftsgebiets nukleare Energieerzeugung bei Siemens KWU nach dem Einkauf bei Skoda Energo. (Wirtschaftswoche 13.3.92)

Hier nur noch einige aktuelle Ergänzungen. Wurde nach dem Sturz der sozialistischen Regierung im Spätherbst 1989 bezüglich der ehrgeizigen Ausbaupläne in der Atomenergie zunächst eine *„Denkpause"*

eingelegt, muß heute wohl festgestellt werden, daß sich die Atomlobby mittlerweile auf ganzer Linie durchgesetzt hat. Die Pläne zum Ausbau der Atomenergie von einem Anteil an der Elektrizitätsproduktion von derzeit ca. 27 Prozent auf 50 Prozent sind wieder aufgenommen worden. Auf der Großbaustelle für das Atomkraftwerk Temelin wird weitergebaut. Mittlerweile hat auch der zweite Reaktordruckkessel, für den Block Temelin-2, die Baustelle erreicht. Die Errichtung weiterer Atomkraftwerke nach der Jahrtausendwende wird bereits vorbereitet. Ein Consultingunternehmen, das mit einer Durchführbarkeitsstudie für diese Projekte beauftragt wurde, hat erste Kontakte zu den Reaktorbaufirmen Siemens, Mitsubishi, ABB, Westinghouse und Framatome aufgenommen. Als möglicher Baubeginn wurde das Jahr 2006 genannt. (Börsenzeitung 7.3.92)

Zumindest eines der hier anvisierten Projekte dürfte wahrscheinlich der Bau eines Hochtemperaturreaktors sein. Und da erhofft sich allen voran, wahrscheinlich nicht zu unrecht, Siemens, den Zuschlag zu bekommen.

GUS - Gigantomanie for ever

Der ganz dicke Brocken für die Atomindustrie in Osteuropa ist allerdings die GUS. Wobei auch hier gilt: Eine gesicherte Einschätzung der weiteren Entwicklung der Atomenergie in den GUS-Staaten ist zur Zeit wohl nur sehr begrenzt möglich. Und auch hier nicht nur, weil die entscheidenden Weichenstellungen erst auf dem WWG in München fallen werden und hier noch Widersprüche am Wirken sind. Auch in der GUS selbst ist in Anbetracht der ökonomischen Situation mehr offen als berechenbar. Schon zu Zeiten der noch bestehenden UdSSR waren Einschätzungen aufgrund der chronischen Probleme bei der Nichterfüllung der Pläne, gerade auch beim Atomausbau, schwierig. Die Pläne für den forcierten Ausbau der Atomenergie waren bereits im Planjahrfünft 1981/85 verfehlt worden. Und auch 1986/90 lag das Ausbauvolumen weit unter den - nach Tschernobyl deutlich zurückgenommenen - Zielvorgaben. Zudem entwickelte sich nach Tschernobyl in Ansätzen ein, wenn auch bescheidener und braver, erster „Widerstand" gegen die atomaren Planungen; insbesondere dort, wo neue AKWs direkt in Großstadtnähe den Menschen vor die Nase geklotzt werden sollten. So ruhten 1991, nach Angaben des Ministers für Atomenergiewirtschaft und Industrie, Witali Konowalow, Projektierung und Bau von AKWs im einer Größenordnung von 100.000 MW.

Die letzten, noch zu UdSSR-Zeiten aufgestellten Ausbaupläne für den Zeitraum 1991/95 sahen die Inbetriebnahme zusätzlicher AKW-Kapazitäten von 7.000 MW vor. Für das Plan-Jahrfünft 1996/2000 sollten dann nochmal 12.600 MW angestrebt werden; für die zuvor gehegten Ausbaupläne waren das höchst bescheidene Zielvorgaben. Erst ab dem Jahr 2000 meinte man/frau das Ausbau-Tempo dann wieder stark erhöhen zu kön-

Tab.2: AKWs in der GUS in Bau (nach Reaktortypen gegliedert)

Bezeichnung	Standort	Typ (geplant)	Betriebsbeginn
Balachowo-4	Saratov/Rus	WWER-1000	?
Balachowo-5		WWER-1000	?
Balachowo-6		WWER-1000	?
Bashkir-1	Agidel/Rus	WWER-1000	?
Bashkir-2		WWER-1000	?
Kalinin-3	Udomlya/Rus	WWER-1000	1993
Kalinin-4		WWER-1000	1996
Kmelnitzki-2	Neteshin/Ukr	WWER-1000	1992
Kmelnitzki-3		WWER-1000	1993
Kmelnitzki-4		WWER-1000	1995
Kola-5	Murmansk/Rus	WWER-1000	?
Kola-6		WWER-1000	?
Kostroma-1	Buy/Rus	WWER-1000	1996
Kostroma-2		WWER-1000	1998
Rostow-1	Wolgodonsk/Rus	WWER-1000	?
Rostow-2		WWER-1000	?
Rostow-3		WWER-1000	?
Rostow-4		WWER-1000	?
Rowno-4	Kusnetsovsk/Ukr	WWER-1000	1996
Saporoschje-6	Energodar/Ukr	WWER-1000	1992
Südukraine-4	Konstantinovka/Ukr	WWER-1000	1993
Kursk-5	Kursk/Rus	RBMK-1000	?
Ignalina-3	Sniekus/Lit	offen	?
Bjelojarsk-4	Swerdlowsk/Rus	SNR-800	1996
Südural-1	Tscheljabinsk/Rus	SNR-800	?

nen und die Kapazitäten bis 2010 von den für's Jahr 2000 angestrebten 57.000 MW auf 100.000 bis 150.000 MW zu verdoppeln bzw. knapp zu verdreifachen; womit man/frau schließlich wieder bei der ursprünglichen Gigantomanie angelangt wäre.

Allein um die für das Jahr 2000 angestrebten 57.000 MW auch nur annähernd zu erreichen, müßten alle zur Zeit noch in Bau befindlichen AKWs der UdSSR rechtzeitig bis zum Jahr 2000 fertiggestellt werden, einschließlich der ambitionierten Brüterprojekte. Und alle zur Zeit in Betrieb befindlichen AKWs,

natürlich einschließlich aller RBMK-Reaktoren vom Tschernobyl-Typ, aber auch einschließlich der schrottigsten Uralt-Reaktoren vom Typ WWER-440 aus den 60er Jahren, müßten dazu mit durchgeschleppt werden. Wie und woher die dann noch bis zum Jahr 2010 angestrebten weiteren schlappen 50-100.000 MW aus dem Boden gestampft werden sollten, bleibt wohl für immer eines der unergründlichen Geheimnisse sowjetischer Planungsbürokratie.

Nach dem Auseinanderbrechen der UdSSR stellt sich für die Republiken die energiepolitische Situation nun völlig neu; - sollte man/frau meinen. Was von der alten Gigantomanie in Sachen Atomenergie überlebt, bleibt allerdings offensichtlich auch weiterhin eine gruselig spannende Frage. Ein neuer *„Trend hin zum Verständnis der Notwendigkeit der Atomenergie"* vor allem bei Entscheidungsträgern, darunter Parlamentsabgeordneten, wie ihn Witali Konowalow vier Jahre nach Tschernobyl bereits wieder aufkommen sah, scheint sich in der Tat weiter zu verfestigen. In einer ganzen Reihe von Gebieten gibt es schon parlamentarische Beschlüsse für den Bau neuer AKWs. So in Woronesch, Kursk, Murmansk, Tscheljabinsk, Semipalatinsk und Ost-Kasachstan. Diese Beschlüsse reichen für einen Zubau von AKWs mit einer Gesamtleistung von 12.000 MW. (Nachrichten f Außenhandel 18.6.91)

Während der Eröffnungssitzung der Jahrestagung Kerntechnik '92 im Mai dieses Jahres, hat der Stellvertreter des russischen Ministers für Atomenergie in Moskau, Sidorenko, jetzt erstmals eigene Zahlen für die Russische Föderation genannt: *„Es sei zu erwarten"*, so der Stellvertretende Minister, *„daß die Kernkraftwerke in der Russischen Föderation im Jahr 2000 eine Gesamtleistung bis zu 25.000 MW und im Jahr 2010 bis zu 43.000 MW hätten."* (FAZ 6.5.92)

Da von der projektierten Kapazität der gegenwärtig in der ehemaligen UdSSR in Betrieb und in Bau befindlichen AKWs, die sich auf insgesamt rund 54.000 MW hochrechnen läßt,

60 Prozent an die Russische Föderation fallen, und, wie oben schon ausgeführt, die derzeit in Betrieb und Bau befindliche Kapazität ungefähr an das alte Planungsziel des Jahres 2000 heranreicht, läßt sich leicht ein Vergleich der bisherigen bürokratischen Planungen zu den neuen marktwirtschaftlichen Zielsetzungen herstellen. (zu den Zahlen vgl. ET 10/91) Die alte Planvorgabe beliefe sich, auf das Gebiet der Russischen Föderation

dieser Art hochgerechnet, auf rund 33.000 MW.

Angesichts der aktuell katastrophalen ökonomischen Situation der GUS, mit einer nahezu kollabierten technologisch-industriellen Struktur, hält sich - so muß wohl festgestellt werden -, die neue marktwirtschaftliche Zielvorgabe von 25.000 MW, die immerhin auch noch einen Zubau von ca. 4-5.000 MW erfordern wird (bei Durchschleppen aller WWER-440 und RBMK-Reaktoren versteht sich), im Vergleich mit dem alten Planziel doch ganz beachtlich. Und auch die Zielvorgabe für das Jahr 2010 mit einer Kapazität von 43.000 MW bemüht sich, mit einer ungefähren Verdoppelung der heutigen Kapazität, hart an den alten bürokratischen Planvorstellungen dranzubleiben. Da wird die „invisible hand" neuer marktwirtschaftlicher „Vernunft" wohl schon eine besondere Handvoll „Wohlfahrt" über der neuen Nation ausschütten müssen, damit dieser Wunsch in Erfüllung geht. Gruselig bleibt es also allemal.

Vier modernisierte Reaktorlinien sollen im atomenergetischen Gruselkabinett Rußlands in Zukunft weiterentwickelt werden: Ein KKW-92 mit 1000 MW Leistung, das eine modernisierte Version des WWER-1000 in Saporoschje sein soll; ein Kernheizwerk des Typs AST 500, das nach Prinzipien der *„inhärenten"* Sicherheit konzipiert in der Nähe von großen Siedlungen errichtet werden soll; eine Weiterentwicklung der WWER-440 und 1000 mit einer mittleren Leistung von 630 MW; und auch die Brütertechnologie soll weiterhin eine Zukunft haben. Das Ziel heißt hier, jetzt marktwirtschaftlich geschult, einen *„wettbewerbsfähigen"* Brutreaktor zu entwickeln, der im Jahr 2010 gebaut werden soll. (FAZ 13.5.92)

Was von all dem in der Zukunft verwirklicht werden wird, entscheidet sich heute allerdings wohl nicht mehr so sehr in Moskau, sondern eher demnächst in München, auf dem Weltwirtschaftsgipfel der Großen dieser Welt. Und zu denen gehört in Moskau heute ja wohl niemand mehr.

Nachrüstungsdebatte Atomenergie - Konzepte und Programme

Seit über einem Jahr wurde in den verschiedensten Gremien der imperialistischen Staaten an Studien für ein Nachrüstungsprogramm der osteuropäischen AKWs gearbeitet. Auf mehreren internationalen und nationalen Fachkonferenzen wurden die Probleme dieses Mammutprojektes diskutiert. Mittlerweile sind die Pläne geschmiedet und in der Presse wird nach großen Worten gesucht, mit denen sie publikumswirksam unter die Leute gebracht werden können. Statt neues zu erfinden verlegte man/frau sich dabei auf altbewährtes. Heinz-Jürgen Schürmann vom Handelsblatt prägte den Vergleich, *„ein internationaler Impuls... der im Sinne des Marshallplans nach dem 2. Weltkrieg wirken müßte"*, sei nötig (HB 18.9.91), eine Sprachregelung, der sich die SPD-Bundestagsfraktion angeschlossen hat. Ein *„Energie-Marshallplan der EG für Osteuropa"* sei gefordert. (FAZ 27.3.92) Nur GAUweiler versuchte noch etwas Abwechslung in die Debatte zu bringen, indem er von einem neuen *„Jahrhundertvertrag"*, der hier anstände, lallte. (FR 16.3.92) Wir empfehlen als Sprachregelung Atommonopoly.

Interessant für dieses imperialistische Atommonopoly ist nicht nur die Zahl der Atomkraftwerke insgesamt, sondern wichtig ist darüberhinaus die Aufschlüsselung dieser Gesamtstatistik nach Kraftwerkstypen, denn daran entscheidet sich, wo wieviel zu verdienen ist; was stillzulegen ist, wo Ersatz zu schaffen ist, was zu sanieren ist und wo neu zu bauen ist. Dabei ergibt sich für die GUS und das übrige Osteuropa ein höchst unterschiedliches Bild.

Der erste bedeutsame Unterschied: Die berüchtigten Tschernobyl-Reaktoren, von der Typ-Bezeichnung RBMK, stehen nur in der GUS. Nach der jetzt beschlossenen endgültigen Stillegung der drei in Tschernobyl

seit der Katastrophe von 1986 noch weiterbetriebenen Blöcke 1-3 arbeiten mit diesem Reaktortyp heute noch 13 AKWs in den Staaten der GUS. (Tab.1) Der zweite bedeutsame Unterschied: Die Atomprogramme der übrigen osteuropäischen Staaten bauen hauptsächlich auf Reaktoren vom Typ WWER-440, von denen in der GUS nur noch ganze 8 Blökke in Betrieb sind. Das Atomprogramm der GUS fußt neben den RBMK-Reaktoren schon vorwiegend auf der nächstfolgenden Reaktorgeneration vom Typ WWER-1000 mit derzeit 16 Reaktoren. (Tab.1) Bei den WWER-440 ist im Detail nochmal zu differenzieren nach einer älteren Baureihe, mit der Zusatzbezeichnung W-230 aus den sechziger Jahren, und einer in den siebziger Jahren modernisierten Baureihe mit der Zusatzbezeichnung W-213. Beide Typen sind von der UdSSR in die osteuropäischen Staaten exportiert worden. Welcher Typ wo steht, ist schlicht eine Frage der Zeit, in der die Reaktoren gebaut wurden.

Bei den in den Gremien der imperialistischen Staaten erarbeiteten Konzepten für die Nachrüstung dieser AKWs lassen sich zwei Schienen deutlich voneinander abgrenzen, stehen dabei aber nicht im Widerspruch zueinander:

* Auf der einen Seite steht das sogenannte PHARE-Programm (Pologne, Hongrie Assistance et Reconstruction Economique), das von der EG in enger Kooperation mit der Atomkraftbetreiberorganisation WANO (World Association of Nuclear Operators) konzipiert wurde und sich insbesondere auf die Nachrüstung von WWER-440/230, aber auch auf eine Nachbesserung der *„nuklearen Sicherheit"* der RBMK-Reaktoren, konzentriert. (s. atw 4/91 u. ET 4/92)

* Auf der anderen Seite steht ein weit darüberhinausweisendes umfassendes Nachrüstungsprogramm, das insbesondere von der Bundesregierung, offensichtlich in enger Zusammenarbeit mit den Reaktorbauern der Siemens, gepuscht wird. In diesem Programm gelten die RBMK-Reaktoren, wie auch die Reaktoren der WWER-440-Serie älterer Bauart (Typ W-230), als nicht nachrüstbar.

Das steht nur scheinbar im Widerspruch zum PHARE-Programm und wird lediglich einer - mehr oder weniger zu Recht - für dumm gehaltenen Öffentlichkeit vom Bundesumweltminister Töpfer so verkauft. Wenn dieser immer wieder mal publicity-trächtig mit der Forderung auftritt, diese Reaktoren müßten im grunde sofort abgeschaltet werden, meint er nur, sie müßten durch andere Reaktoren neuerer Bauart - WWER-1000, bzw. West-AKWs -, ersetzt werden. Konkret beteiligt sich derzeit aber auch die Bundesregierung noch selbst an dem Programm von WANO und EG. Seit Dezember 1991 mit 230 Mio DM auf den Weg gebracht, wird in diesem Programm zur Zeit konzentriert an der Nachrüstung der Uralt-Schrottreaktoren im bulgarischen Kosloduj gearbeitet. Die Ersatzteile kommen aus den bauartgleichen Reaktoren von Greifswald. Sie wurden unentgeltlich von der deutschen Bundesregierung zur Verfügung gestellt und werden von Spezialisten aus Greifswald zur Zeit in Kosloduj eingebaut; in Reaktoren, die nach den großmäuligen Verlautbarungen Töpfers nie wieder ans Netz gehen sollten. (ET 4/92) Ein Bundesminister mit Sinn für Schildbürgerstreiche, oder wozu das ganze?

Am 24. Januar dieses Jahres legte die Bundesregierung ihre Vorschläge für ein Nachrüstungsprogramm der AKWs in Osteuropa vor. In der anschließenden parlamentarischen Debatte darum hatte die SPD dem, außer ein Gefasel von einem *„Energie-Marshallplan für Osteuropa"*, mit dem *„langfristig"* der Ausstieg aus der Atomenergie vorbereitet werden sollte, nichts entgegenzusetzen. Aufmerksam wurde in der FAZ zur Kenntnis genommen, daß sich diesmal auch *„der umweltpolitische Sprecher der FDP-Fraktion Baum, der sich energiepolitisch bisher eher als Kernenergie-Gegner zu erkennen gegeben hatte"* vehement an die Seite Töpfers stellte. (FAZ 25.1.92)

Das Programm wurde offensichtlich seit über einem Jahr im Brain-Trust der Bundesregierung, in der *„Stiftung Wissenschaft und Politik"* in Ebenhausen, vorbereitet. Bereits am 3. bis 5. Juli 1991 fand dort eine

Fachtagung gemeinsam mit dem *„Institut für Europa"* aus Moskau, zum Thema *„Europäische Energiepolitik und die Sowjetunion"* statt, zu dem, wie ein Tagungsbericht in den „Energiewirtschaftlichen Tagesfragen" informiert, *„ein handverlesener Kreis aus Politik, Administration, Energiewirtschaft und Wissenschaft der Sowjetunion und Deutschlands"* geladen war. (ET 10/91)

Das Programm, das letztlich zusammen-gezimmert wurde, differenziert nach den 4 Reaktortypen in Osteuropa, und läßt sich wie folgt zusammenfassen:

* Für die RBMK-Reaktoren erweise sich ein *„wirtschaftlich vertretbares Nachrüstkonzept"* als schwierig; sie müßten stillgelegt und anderweitig ersetzt werden.
* Bei der ersten Generation der WWER-440-Reaktoren scheine *„ein befristeter Weiterbetrieb auf der Basis begrenzter Ertüchtigungsmaßnahmen"* möglich. Die Schätzkosten lägen hier bei 75 bis 80 Mio DM.
* Die zweite Generation der WWER-440-Reaktoren seien bei Schätzkosten von 250-300 Mio. DM pro Reaktor nachrüstbar.

* Die WWER-1000-Reaktoren könnten *„auf westlicher Sicherheitsniveau ertüchtigt"* werden, wobei sich Schätzkosten von 160 bis 200 Mio. DM ergäben. (atw 2/92)

Abgewickelt werden sollten die Nachrüstungen in einem Stufenprogramm über 5 Jahre. Die Gesamtkosten für diese erste Sanierungsphase werden von der Bundesregierung, übereinstimmend mit den Berechnungen der Siemens, auf 12 bis 15 Mrd. DM geschätzt, wobei rund 4 Mrd DM auf die aus dem Westen kommende Meß- und Leittechnik entfielen und von den Ländern Osteuropas in Devisen aufgebracht werden müßten. Starke Abweichungen ergeben sich bei den Schätzungen, wenn über diese erste Sanierungsphase hinaus die Kosten des Gesamtnachrüstungsprogramms, in das auch Stillegungen und Ersatzbauten von Kraftwerken einzurechnen sind, abgeschätzt werden. Hier werden Zahlen in Größenordnungen von 20, bis 50, bis 100 Mrd DM gehandelt. Es fiel aber auch schon mal das Wort *„eine Billion"* (Gauweiler). (FR 16.3.92)

Das sind Programme einer Größenordnung, die von den osteuropäischen Ländern nicht nur in der derzeitigen ökonomischen Verfassung unmöglich zu finanzieren sind. Das war von Anfang an klar. Sie übersteigen auch die Möglichkeiten einzelner imperialistischer Staaten. Im „Handelsblatt" wurde so denn auch schon im September letzten Jahres *„ein westliches Hilfsprogramm mit einer einigermaßen ausgewogenen Verteilung der Lasten auf die westeuropäischen Volkswirtschaften, aber auch auf die USA*

und Japan" gefordert. (HB 18.9.91) Finanzierung heißt dabei natürlich nicht, daß die imperialistischen Staaten vor haben die „Sanierung" zu bezahlen. *„Die Last der Sanierung"*, so machte auch Töpfer von Anfang an klar, *„sollen die Betreiber, also unsere östlichen Nachbarn tragen."* Er gehe *„auch hier vom Verursacherprinzip"* aus. (FAZ 5.2.92) Die Frage, um die es nur geht, lautet: wer stellt die Kredite bereit. Ein durchaus kniffliges Problem, denn kein Imperialist finanziert gerne die Profite der Konzerne des Anderen. Und das wissen alle: die Aussichten auf Profite sind hier für die Deutschen, allen voran Siemens am größten.

Die Deutsche Atom-Initiative zum WWG - oder wie landet man einen Coup

Bereits im Februar kündigte Töpfer in einem Interview mit der „Hannoverschen Allgemeinen" eine Initiative der Bundesregierung für ein international zu koordinierendes Nachrüstungsprogramm der osteuropäischen AKWs auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juli in München an. (FAZ 19.2.92) Doch der Funke wollte nicht überspringen. So sehr auch die *„Interessen aller Industriestaaten"* beschworen wurden (das *„unter Sicherheitsaspekten schwächste Glied"*, so die RWE, könne *„über die Zukunft der gesamten Kernenergienutzung entscheiden"*), so sehr auch selbsthartgesottene Atommanager anfingen, AKWs (sei's auch nur in Osteuropa) als *„tickende Zeitbomben"* zu brandmarken, oder eine *„nukleare Risikogemeinschaft"* entdeckt wurde, die um eine *„finanzielle Sicherheitspartnerschaft"* zu ergänzen sei, die Stimmung gegenüber dem deutschen Drängen blieb eisig. Am 13. März titelte die „Wirtschaftswoche" schon verzweifelt: *„Die Sanierung der osteuropäischen Atommeiler stockt. Deutsche Konzerne fürchten um ihr Geschäft."*

Angesichts solch drohender Gefahr sah sich nach dem Bundes- schließlich auch noch der Bayrische Umweltminister GAUweiler gezwungen, einzugreifen - ob unterstützend, oder kontraproduktiv, bleibt allerdings wohl eher die Frage. Persönlich vom russischen Präsidenten Jelzin nach Moskau eingeladen, *„um mit ihm über die Versorgung der Bevölkerung mit Atomstrom zu sprechen"*, brachte er die mühsam auf internationale Ebene gehievte Angelegenheit wieder auf europäisches Niveau und damit letztlich auf den Kern: auf deutsches Interesse. Sein Vorschlag lautete: Radikaler Ersatz der 16 auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion betriebenen Tschernobyl-Reaktoren vom Typ RBMK durch Neubau von Atomkraftwerken nach westlichen Sicherheitsstandards durch *„westeuropäische Firmenkonsortien"*. Das ganze, so GAUweiler, werde 50 bis 60 Milliarden Mark kosten. *„Die Finanzierung müsse durch Beteiligung der deutschen Firmen an GUS-Energieunternehmen und an deren Gewinnen abgesichert werden."* Das gebe *„ein berechenbares Geschäft"* und für die Menschen in der GUS Arbeit durch *„ein gigantisches wirtschaftliches Investitionsprogramm"*. (FR 16.3.92) So einfach macht sich also die Sache von Bayern aus.

Am 25. März kam die, von Töpfer eigentlich erst für den Weltwirtschaftsgipfel angekündigte, Initiative der Bundesregierung schließlich doch schon vorzeitig. Der Auslöser war der in der Nacht zuvor gemeldete erneute schwere Unfall im russischen Atomkraftwerk Sosnovy Bor bei Leningrad, bei dem die Erinnerung an Tschernobyl plötzlich hautnah nocheinmal spürbar wurde. Mit dem Unfall wehte den Deutschen diesmal nicht der *„Mantel der Geschichte"*, sondern *„ein Wink des Schicksals"* um die Nase. Auch dieser wurde ergriffen; die „Gunst" der Stunde prompt genutzt, einer Welt in Schrecken die eigene Botschaft möglichst eindringlich zu übermitteln.

Gefordert wurde jetzt, daß das Thema Atomenergie bei den Gipfelgesprächen über die Lage der GUS zum *„Schwerpunktthema der Beratungen"* gemacht würde und umfassend *„ein Energieprogramm vereinbart werden müsse"*. *„Nur durch eine internationale Koordinierung von finanziellen, personellen und technischen Hilfsmaßnahmen könne die Energiekrise dieser Staaten gemildert und später auch überwunden werden."* (FAZ 26.3.92) Für die Finanzierung wurde in diesem Zusammenhang die oftmals gehandelte Variante Investitionen gegen Stromlieferungen für die GUS-Staaten verworfen. Die Absage kam dabei ausgerechnet vom Vorstandsvorsitzenden des Bayernwerkes, Holzer, der genau diese Finanzierungsform für die Kooperation seines Unternehmens mit dem Elektrizitätsverbundunternehmen der CSFR, Slovenské Energetick Podniky (SEP), u.a. zur Finanzierung des Weiterbaus des AKW Mochovce eingefädelt hatte: *„Westliche Partner, die ihre Mitfinanzierung an osteuropäischen Kraftwerken durch Gegenlieferungen von Strom ausgleichen wollten"* so Holzer, *„müßten sich darüber im klaren sein, daß auf lange Sicht nicht so viel Strom nach Westen verkauft werden könne, wie Kapital gebraucht werde."* (FAZ 26.3.92) Die FAZ sekundierte der Initiative in bewährter Manier, indem sie die Spalten ihres Wirtschaftsteils dem Ebenhausener Institutsdirektors Michael Stürmer für einen Leitkommentar unter dem doppelbödigen Titel *„Unser Selbstinteresse im Osten"* öffnete. (FAZ 26.3.92)

Mit der Initiative kam der Optimismus zurück. An den deutschen Börsen wurden *„mit Blick auf den enormen Sanierungsbedarf osteuropäischer Kernkraftwerke"* prompt wieder *„Kraftwerkssanierer empfohlen"*. In der Empfehlung der DG-Bank heißt es dabei ganz unverblümt: *„Der größte Teil der Aufträge werde - weil von Deutschland maßgeblich finanziert* (was sich noch erst zeigen wird; r.k.) *- an deutsche Unternehmen gehen. Anleger sollten an den Kraftwerksbauer KWU denken, eine Tochtergesellschaft der Siemens AG. Nutznießer der Entwicklung seien neben Siemens aber auch Deutsche Babcock (Kesselbau), KSB (Pumpen), Lurgi, KHD und die Hoechst-Tochtergesellschaft Uhde (Anlagenbau und Verfahrenstechnik."* (FAZ 4.4.92)

Am 10. April stand das Thema auf der Tagesordnung des Europaparlaments. Das Ergebnis war eine Entscheidung ganz im Sinne der deutschen Initiative. Die EG wurde aufgefordert *„mehr Mittel als bisher zur Verbesserung der Sicherheit der Atomanlagen in der ehemaligen Sowjetunion bereitzustellen"*,

wobei es gleichzeitig einen Rüffel für die EG-eigene Initiative - das PHARE-Programm - gab. Die Gemeinschaft sollte ihre Anstrengungen *„auf jene Anlagen konzentrieren, bei denen ein den westlichen Normen vergleichbarer Sicherheitsstandard zu erreichen sei"*. (TAZ 11.4.92) Mit diesem Anspruch verkauft sich das Nachrüstungsprogramm, das von der Bundesregierung vorgelegt wurde.

Als der wohl bedeutendste Durchbruch für die deutsche Atominitiative ist aber wohl eine Entscheidung zu werten, die am 14. April auf der zweitägigen Jahreskonferenz der Osteuropa-Bank in Budapest fiel. Jacques Attali, der Chef der Bank, überfiel den Gouverneurs-Rat der Bank mit der - wie es hieß - *„etwas überraschenden Vorlage"*: Bei der Bank solle ein *„Sonderfond"* eingerichtet werden, der über die Gewährung von Vorzugskrediten seine Mittel zur Sanierung der Atomkraftwerke Osteuropas und der Umwelt,

wie zum Aufbau der Infrastruktur und zur Konversion der Rüstungsindustrie Osteuropas einsetze. Der etwas überrumpelte Gouverneursrat hat ein *„unverbindliches Mandat"* zur Prüfung des geforderten Sonderfonds erteilt. Theo Waigel, der als Bundesfinanzminister an der Jahreskonferenz der Bank teilnahm, erklärte sofort die Befürwortung des Projektes durch die Bundesregierung. *„Zur Verbesserung der Kernreaktorsicherheit in den osteuropäischen Reformstaaten sollten bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Osteuropa-Bank) besondere Bedingungen für die Kreditaufnahme geschaffen werden."* Darüberhinaus konnte Waigel gleich betonen: *„Außerdem befürwortet sie* (die Bundesregierung; r.k.) *bilaterale technische Hilfsprojekte in Zusammenarbeit mit der Bank."* (FAZ 15.4.92) Es läßt sich wohl nur schwer der Eindruck verwischen, daß alles ein wenig wie ein deutsch-französischer Überraschungscoup aussieht; der beiden Staaten, die die größten Interessen in Osteuropa haben. Frankreich ist nach den Deutschen mit ihren Konzernen Framatome und EdF ja ebenfalls rege im osteuropäischen Atomgeschäft engagiert. Für den weiteren Gang der Dinge ist Waigel jetzt auch noch bestens positioniert. Am Schlußtag der Konferenz wurde er *„in Nachfolge seines holländischen Amtskollegen Wim Kok zum neuen Vorsitzenden des Gouverneursrates der Osteuropa-Bank gewählt"*. (FAZ 15.4.92)

Imperialistische Widersprüche in der Finanzierungsfrage

Ungeteilte Zustimmung wollte bei der Banker-Tagung zu diesem Überraschungscoup nicht aufkommen. Die Reaktion der G-7-Mitgliedsländer als Hauptfinanziers der Bank war, wie die FAZ berichten mußte, sogar *„mehrheitlich negativ"*. Insbesondere die britische und die amerikanische Delegation wandten sich in Stellungnahmen gegen diese *„Schaffung eines gesonderten Spezialfonds mit Vorzugskrediten"*. Die britische Delegierte soll in ihrem Vortrag wissen lassen haben, *„daß ihre Regierung die Rolle der Bank strikt in regional ausgewogener 'Hilfe zur Selbsthilfe' und in der Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Privatinitiative"* sähe. Der amerikanische Vertreter soll die Pläne Attalis schon am Vortag entschieden zurückgewiesen haben. Sein Stellvertreter, der Unterstaatssekretär im Schatzministerium David Mulford, meinte in seinem Statement *„daß man mit Investitionen in die Konversion von Rüstungsunternehmen eine Menge Geld verlieren werde."* (FAZ 15.4.92)

Mittlerweile soll Großbritannien dem Vorstoß der Bundesregierung im Vorfeld des Münchener Gipfels in allgemeiner Form *„wachsende Zustimmung"* entgegenbringen; - was immer das für die Finanzierungsfrage heißen mag. Neben Frankreich sei unter den europäischen Staaten auch Belgien positiv gestimmt. Außereuropäisch gäbe es Zustimmung aus Kanada und nach dem Besuch Umweltminister Töpfers im April in Tokio jetzt auch aus Japan. *„Der größte Unsicherheitsfaktor"*, so die „Welt", *„heißt Washington."* Aber auch hier erwarte man, *„daß die USA nicht beides - Erdgipfel in Rio und Wirtschaftsgipfel in München - durch ihre starre Haltung platzen lassen wollen."* (Welt 27.4.92)

Seit dem 1. Mai ist klar, daß vom Münchener Gipfel irgendeine Initiative zur Nachrüstung der osteuropäischen Atomkraftwerke ausgehen wird, denn seit diesem Tag arbeitet eine von den *„Sherpas"* der Gipfelteilnehmer eingesetzte *„G-7-Arbeitsgruppe für das Nuklearprogramm"*. Auf dem Außenministertreffen am 24. Mai in Lissabon wurde es noch einmal bestätigt. Die Hauptschwierigkeit für die Einigung auf ein gemeinsames Programm dürfte dabei wohl weiterhin in der Finanzierung liegen.

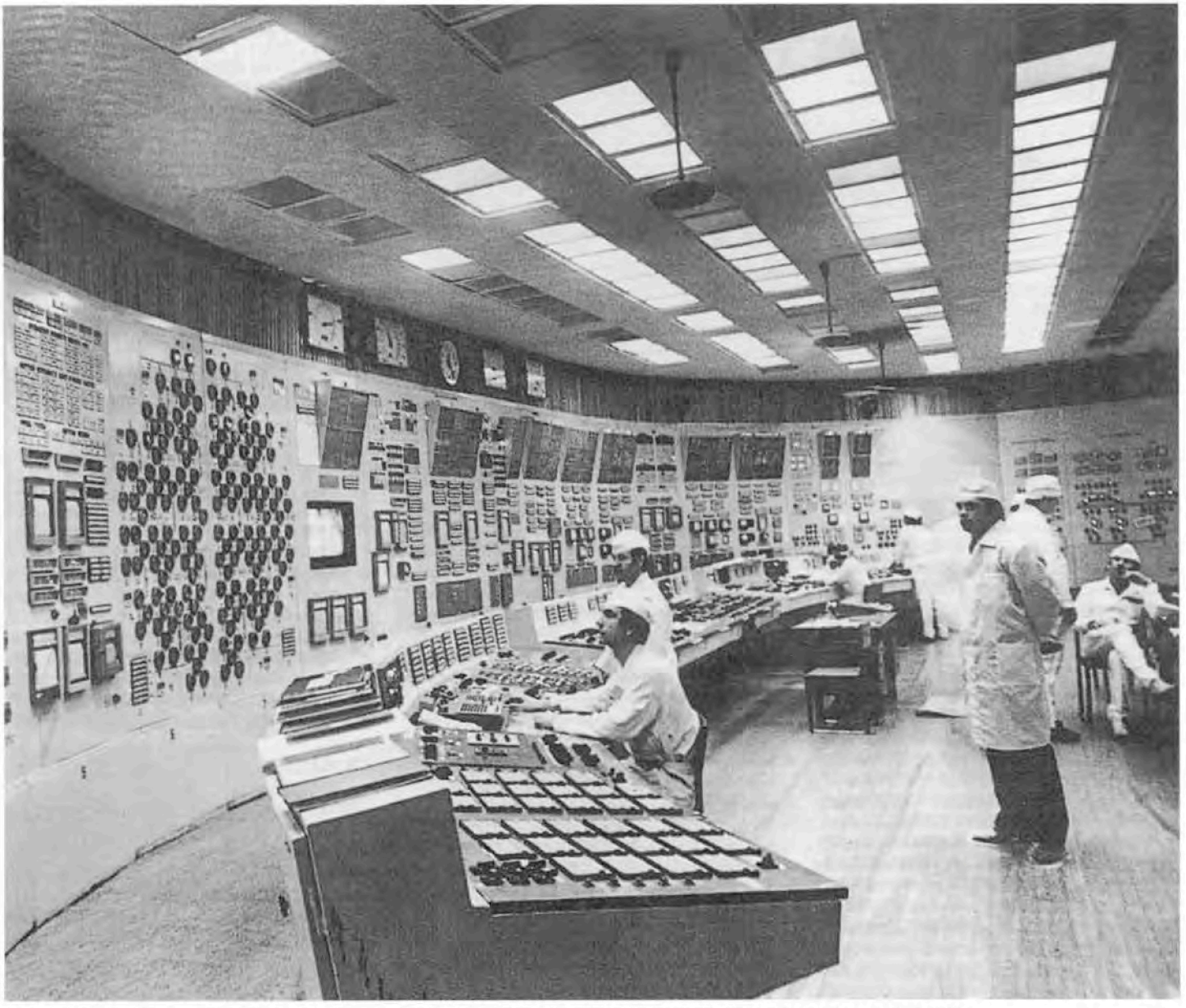
Mit dem Beschluß zur Einsetzung einer *„G-7-Arbeitsgruppe"* hatte die Bundesregierung ein bei dem Essener Professor Dieter Schmitt in Auftrag gegebenes Finanzierungskonzept aus der Tasche gezogen, das einen Zuschuß- und einen Kreditprogrammmteil enthält. (Welt 27.4.92) Mit den Zuschüssen von 1,5 bis 2,5 Mrd DM sollen vor allem Sofortmaßnahmen für Frühwarnsysteme und Reaktorsicherheit finanziert werden. Das Kreditprogramm zielt auf die Einschaltung der Osteuropa-Bank, die mit der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg kooperieren könne. Da die Weltbank keine Nuklearprogrammme finanziert, könne sie nur bei der Finanzierung von konventionellen Ersatzkraftwerken für die stillzulegenden Reaktoren vom Tschernobyl-Typ herangezogen werden. Der letzte Stand: Die *„G-7-Arbeitsgruppe"* soll für den Gipfel einen *„Fünfstufen-Vorschlag"* erarbeitet haben. Der sieht für kurzfristige Hilfen bisher die Einrichtung eines Fonds von 700 Mio. Dollar vor. Der Streit um die Rolle der Osteuropa-Bank ist noch nicht ausgetragen. Gegenüber dem deutschen und französischen Drängen auf Einschaltung der Bank bestehen Japan, die Vereinigten Staaten und Kanada weiterhin auf bilaterale Hilfen. (FAZ 9.6.92)
Atommonopoly hat erst begonnen.

r. karsten

Alle Fotos: P. Zimmermann

Zwischen Energiekrise und Super-GAU

Die russische Regierung hat entschieden, weiterhin Kernkraftwerke bauen zu lassen, obwohl ihre Sicherheit weltweit angezweifelt wird !



Sosnowy Bor bei St. Petersburg: Der Spuk währte zweieinhalb Sekunden – eine nukleare Ewigkeit

Anmerkung der „atom-Redaktion": Der folgende Artikel erschien in der Juni-Ausgabe der „Moskau-News". Wir drucken den Artikel hier nach, ohne mit allen seinen Aussagen und Einschätzungen übereinzustimmen. Insbesondere die Einschätzung, daß „der Westen" fordere „beinahe alle Kernkraftwerke (KKW) zu schließen" und „keinen Spielraum für Toleranz" habe, können wir so nicht teilen. Wir können das nur als eine „taktische" Aussage begreifen, die sich der, aus eigenen atompolitischen Interessen begründeten Widersprüche „des Westens", im Sinne und aus einer besonderen atomkritischen Position gegenüber der russischen Regierung bedient. Aber auch als solchermaßen „taktisch" zu bewertende Aussage müßten wir sie kritisieren. Der Artikel liefert nichtsdestotrotz eine ganze Reihe interessanter Informationen im Detail, die wir unseren kritischen LeserInnen nicht vorenthalten wollten.

Jegor Gaidar, Erster Vize-Ministerpräsident der russischen Regierung, hat bereits am 26. März 1992 eine sensationelle Verordnung unterzeichnet. Aufgrund dieser Verordnung wurde die Errichtung neuer Kernkraftwerke in Rußland schon im April wieder aufgenommen. Die Bauarbeiten waren nach dem Tschernobyl-Unglück angesichts der Protestkundgebungen der Öffentlichkeit eingestellt worden.

Gaidar scheint der verwegendste hochrangierte Beamte der Perestroika-Zeit zu sein. Das, was er geleistet hat, hätten seinerzeit Ryschkow, Pawlow Silajew oder selbst Gorbatschow in seiner Blütezeit nicht einmal gewagt, da die sozialen Folgen dieser Entscheidungen unvorhersagbar gewesen wären. Der Erste Vize-Ministerpräsident hat sich dennoch zu dieser Maßnahme entschlossen. Das bedeutet, daß er etwas weiß, was uns nicht bekannt ist, nämlich das tatsächliche Ausmaß der näherrückenden Energiekrise.

Die Entscheidung, die im Vorfeld des 6. Jahrestages des Tschernobyl-Unglücks getroffen wurde, wirkt nach dem jüngsten Unfall in dem Atomkraftwerk bei Petersburg besonders riskant und stellt eine Herausforderung dar. Der Westen, der hier keinen Spielraum für Toleranz mehr hat, fordert, beinahe alle Kernkraftwerke (KKW) in der Ex-UdSSR zu schließen, da jedes dieser Kraftwerke eine Bedrohung darstellt, die selbst mit der militärischen Bedrohung keinen Vergleich aushalte. (siehe Anmerkung der „atom"-Redaktion) Diese Forderungen sind nicht unbegründet.

MN liegen Angaben aus sachverständiger Quelle vor, die besagen, daß Viktor Michailow, Minister für Atomenergie, nach dem Unfall bei St. Petersburg angeordnet hatte, alle russischen nuklearen Kraftwerke nach jenem Defekt zu überprüfen, der zu dem Versagen in Petersburg führte. Bereits die ersten Prüfungsergebnisse schockierten sogar erfahrene Fachleute. So gut wie alle überprüften Kernkraftwerke, die mit RBMK-Reaktoren ausgestattet sind, weisen den genannten Defekt auf. Nach der Prüfung von Absperr- und Regelventilen im 1. Block des Kraftwerks in Kursk hat sich herausgestellt, daß 17 von je 20 Ventilen in kritischem Zustand sind. Das gleiche Bild wurde auch in anderen nuklearen Kraftwerken festgestellt. In diesem Zusammenhang wurden dieser Tage in den Atomkraftwerken von Petersburg und Kursk sechs von insgesamt 11 auf dem Territorium Rußlands arbeitenden RBMK-Energieblöcken mit einer Leistung von je 1 Million Kilowattstunden stillgelegt. Geschlossen sind auch die verbliebenen drei Blöcke von Tschernobyl. Die Absperr- und Regelventile müssen umgehend ausgetauscht werden. Aber die vorläufigen Berechnungen beweisen, daß neue Ventile bestenfalls in 13 Monaten hergestellt werden können. Die entstandene Sachlage stellt eine Katastrophe dar, da die Blöcke nur bis zum Wintereinbruch stillstehen können. Eine schöne Perspektive: Entweder erfrieren oder auf einem Vulkan leben. Aber das ist die Realität.

Das ist der düstere Hintergrund für Gaidars Entscheidung, die auf Eis gelegten Objekte weiter bauen zu lassen. Aber gibt es eine Wahl? Das Kernkraftwerk in Armenien deckte früher 40 Prozent des Strombedarfs dieser Republik und exportierte Strom auch in alle anderen transkaukasischen Länder. Nach dem Tschernobyl-Unglück wurde es vorläufig abgeschaltet, da sich damals eine Energiekrise nicht einmal abzeichnete. Heute liegt das Stromdefizit in Armenien bei 20 Prozent. Der Ministerrat Armeniens ersuchte das Ministerium für Atomenergetik und Atomindustrie der UdSSR vor einem Jahr, das Kraftwerk wieder in Betrieb zu setzen. Die Spezialisten prüften das Problem gründlich und gelangten zu der Schlußfolgerung, daß der Bitte nicht stattgegeben werden kann. Zunächst einmal hat Armenien die inzwischen unrentablen Ausrüstungen teilweise verkauft, und das, was übrig blieb, ist einfach gestohlen worden. Zudem sind die Fachkräfte ausgereist und wollen um keinen Preis zurückkommen. Schließlich war aber die Überlegung entscheidend, daß sich Armenien demnächst in eine Kriegszone verwandeln wird: Ein Kernkraftwerk ist unter diesen Verhältnissen ein Pulverfaß.

Auch Litauen bat das Ministerium für Atomenergetik, sein Atomkraftwerk wieder in Betrieb zu setzen, aber diese Bitte wurde ebenso abgelehnt.

In Rußland hat sich eine kritische Situation ausgestaltet. Es fehlt an Strom im Süden, im Fernen Osten und in Dutzenden russischen Gebieten. 1986 hatte das Land 2,5 Prozent Energiereserve, von der heute nicht mehr die Rede sein kann. Zum Vergleich: Die Energiereserve der USA beträgt 27 und die Frankreichs 12 Prozent.

Nach dem schon Anfang der achtziger Jahre aufgestellten Entwicklungsplan für Atomenergie sollten die Atomkraftwerke der UdSSR vier Billionen Kilowattstunden im Jahr liefern. Nach dem Gaidar-Plan beläuft sich dieser Wert bestenfalls auf zehn Millionen Kilowattstunden. Wenn die Maßnahmen des Ersten Vize-Ministerpräsidenten erfüllt werden, dann werden

- im Kernkraftwerk Smolensk *„planmäßige Arbeiten, darunter... Arbeiten an einer Lagerstätte für radioaktive Abfallstoffe beendet, die in diesem Jahr in Betrieb genommen wird"*,
- im Kernkraftwerk Balakowo *„planmäßige Arbeiten beendet, nach denen 1992 der vierte Energieblock mit einer Leistungsfähigkeit von 1 Million Kilowatt in Betrieb genommen wird"*,
- im Kernkraftwerk Kalinin *„erforderliche Vorarbeiten fortgesetzt, um 1994 den dritten 1-Million-Kilowatt-Energieblock in Betrieb zu nehmen, und Arbeiten am Kernkraftwerk insgesamt beendet"*,
- im Kernkraftwerk Kursk *„erforderliche Vorarbeiten fortgesetzt, um 1994 den fünften 1-Million-Kilowatt-Energieblock (RBMK-Block - A.K.) in Betrieb zu nehmen, und Arbeiten am Kraftwerk insgesamt beendet"*,
- alte Reaktoren in einigen Atomkraftwerken - in Bilibino, auf der Halbinsel Kola (KKW-2), in Woronesch (KKW-2) - gegen neue Reaktoren vom Typ WWER-1000 und ATU-32 ausgetauscht. Alle Kernkraftwerke wurden in Rußland konzipiert.

Zwei nukleare Kraftwerke - in Kostroma und im Fernen Osten - sind inzwischen nur eingeplant worden. Zwei stillgelegte Kraftwerke, in Tatarien und Baschkirien, werden in Gaidars Verordnung gar nicht erwähnt. Das ist vermutlich eher auf politische Beweggründe zurückzuführen. Aber auch die aufgeführten Kernkraftwerke genügen, um sich den Kopf über die Finanzierungsquellen zu zerbrechen.

Für das erste Quartal sah das Ministerium für Atomenergetik mindestens 20 Milliarden Rubel vor. Die Experten bewerten allerdings diesen Betrag auf das 4- bis 5fache höher, da in diesem Fall das alte eingeübte Verfahren der Bürokratie verwendet wird: Zunächst einmal wird ein bescheidener Betrag genannt, nach der Zusage wird dann das Finanzministerium wie eine Kuh nach eigenem Bedarf gemolken.

Die Atom-Spezialisten werden es in diesem Jahr vermutlich leichter, als vor zwei oder drei Jahren haben. Den Einwohnern von Kostroma beispielsweise wird dargelegt, daß sie mit Strom entweder kostenlos oder spottbillig versorgt werden können. Noch vor einem Jahr hätte diese Argumentation keine Wirkung erzielt. Heute kann man allerdings damit zahlreiche Einwohner überzeugen. Ihnen wird suggeriert, daß die Energiekrise um sie einen Bogen schlagen wird, im Gebiet neue Straßen verlegt und Gewerbesteuern des Kraftwerks an den Haushalt des Gebiets abgeführt werden. Die Menschen werden zustimmen, da sie keine Wahl haben. Eben so wie Gaidar keine Wahl hatte.

ANDREJ KOLESNIKOW

Wir bomben weiter!

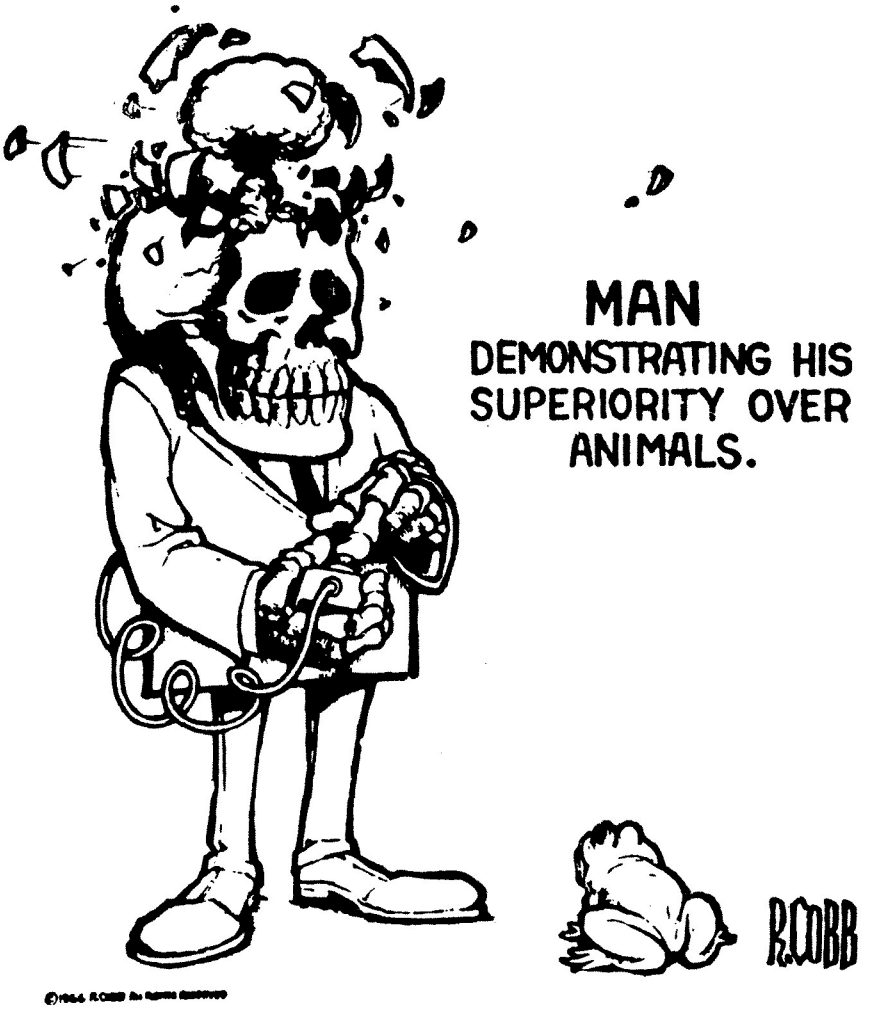
Einseitiges Atomwaffentestmoratorium der ehemaligen UdSSR läuft aus

An 5 verschiedenen Orten der Welt befinden sich die Testgebiete, an denen die Atommächte ihre Nuklearwaffen unterirdisch testen können. Zwei dieser Testgebiete liegen in der ehemaligen UdSSR. Doch an diesen Orten, in Semipalatinsk (Kasachstan) und Nowaja Semlja (Nord-Rußland) ruhen derzeit die Versuche. Der vor allem auf kasachischem Gebiet aktiven Antitestbewegung „Nevada-Semipalatinsk" ist es unter Führung des Vorsitzenden des kasachischen Schriftstellerverbandes Olschas Suleimenov zu verdanken, daß das kasachische Testgebiet für immer geschlossen wurde. Ein Erfolg, der bisher keiner westlichen Friedensbewegung in ihrem Land zuteil wurde.

Entsprechend einem Ukas des russischen Präsidenten Boris Jelzin vom 24. 10. 1991 sollen die Tests auf dem russischen Atomwaffentestgebiet von Nowaja-Semlja für mindestens ein Jahr ruhen. Als der russische Präsident Boris Jelzin das einjährige Atomtestmoratorium Rußlands verfügt hatte, war dies in der Hoffnung geschehen, die anderen Atomstaaten würden diese einseitige Vorleistung Rußlands honorieren und ebenfalls mit einem Atomteststopp antworten. Dies ist bisher nicht geschehen. Am 26. November zündete Großbritannien eine weitere Atombombe in der Wüste von Nevada in Yucca Flats. Allein 1991 gab es 14 unterirdische Atombombenversuche, 7 davon zündeten die USA, 6 Frankreich und 1 Großbritannien. Rußland und China zündeten 1991 keine.

Mittlerweile scheint der russische Präsident Boris Jelzin nicht mehr die Hoffnung zu hegen, sein einseitig erklärtes Moratorium würde von den westlichen Staaten ebenfalls mit einem Moratorium beendet.

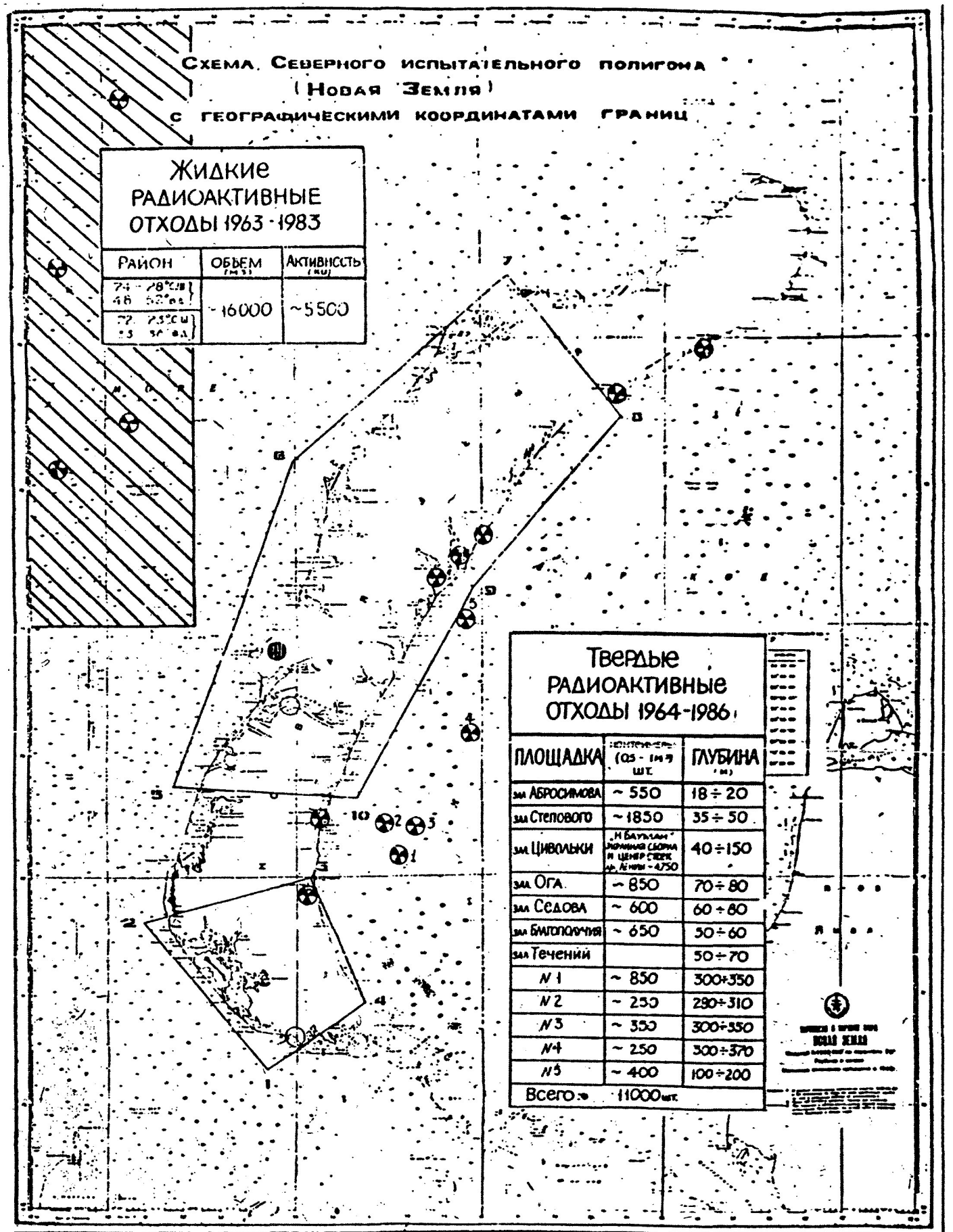
Rußland plant bereits wieder die nächsten unterirdischen Atombombenversuche auf der Polarinsel „Nowaja Semlja". So berichtet die in Moskau erscheinende Zeitung „Moskovskij Komsomolez" in ihrer Ausgabe vom 14. 3. 1992 von einem nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Erlaß Jelzins, worin dieser eine beschleunigte Vorbereitung des unterirdischen Testgebietes für neue Atomtests anordnet. Gleichzeitig, so die Zeitung, hält sich der ehemalige Minister für Umweltschutz der UdSSR, Nikolay Vorontzew in Französisch-Polynesien auf, um Frankreich zu überzeugen, das russische Atomtestmoratorium ebenfalls mit einem Moratorium zu beantworten.



Wie schade um die Gelder, die verwandt werden, um die Insel wieder atomtestfähig zu machen. Offensichtlich gehen jetzt bereits wieder militärische Interessen vor ökologische Interessen.

Seit neuestem wird in der GUS in Kreisen der Wissenschaft ernsthaft darüber diskutiert, ob sich die chemischen Waffen nicht am besten mit einer unterirdischen Atombombenexplosion entsorgen ließen. Alexander Tschernyschow, stellvertretender Direktor des wissenschaftlichen Instituts für experimentelle Physik, möchte die ca. 40.000 Chemiewaffen der ehemaligen UdSSR mit 3 bis 10 unterirdischen Atomexplosionen entsorgt wissen. Ein Team von Experten hat sich bereit erklärt, bereits im Frühling diesen Jahres mit einer Probeexplosion zunächst einmal 20 Tonnen Gift zu entsorgen. Diese Explosion könnte auf der Insel „Neue Erde" durchgeführt werden. Da das einjährige Atomwaffentestmoratorium von Jelzin noch gilt, so die Moskauer „Nesavisimaja Gaseta", lassen sich diese Experimente noch nicht durchführen. (Juri Meschkow in der Nesavisimaja Gaseta, Moskau, 5. 3. 92)

Ein Vertreter der russischen Anti-Atomtestbewegung „Zur neuen ERDE", Wladimir Jakimets, wandte sich vor kurzem erneut an die westliche Öffentlichkeit und die westliche Friedensbewegung. Gerade jetzt sei für die russische Anti-Atomtestbewegung die Unterstützung durch westliche Friedens- und Ökologiegruppen von großer Wichtigkeit. Würden diese Bewegungen einen Stopp der Atomwaffenversuche der westlichen Länder und Chinas erreichen, würde auch sie ihr Ziel „Keine neuen Atomwaffentests auf Nowaja Semlja!" schaffen. In einem Gespräch mit Bernhard Clasen, das unlängst in Moskau geführt wurde, begründet Dr. Wladimir Jakimets, warum er einen weltweiten Stopp der Atomtests für notwendig hält.



Quelle: "SPASENIE", MOSKAU, DEZEMBER 91

«СПАСЕНИЕ»

Dies ist eine Karte von der Insel Nowaja Semlja, dem russischen Testgebiet, wie Ihr sie in keinem Atlas findet. Die markierten Stellen zeigen auf, wo sich viele Fässer mit radioaktivem Abfall befinden.

Gespräch mit Wladimir Jakimets aus Moskau :

„Gerade jetzt brauchen wir die Unterstützung der westlichen Friedensbewegung!“

Wladimir Jakimets (Vertreter der russischen Anti-Atomtest-Bewegung "Zur Neuen Erde") Foto: Bernard Clasen

Frage: Wladimir Nikolajewitsch. Nachdem der kasachische Präsident Nasarbajew einen endgültigen Teststopp, der russische Präsident einen vorläufigen auf ein Jahr zunächst befristeten Teststopp verfügt haben, kann man Ihnen nun erst einmal zu diesem Erfolg gratulieren. Machen die beiden Bewegungen „Zur neuen Erde“ und „Nevada - Semipalatinsk“ trotzdem weiter?

Wladimir Jakimets: Natürlich. Die Atomtests in der ehemaligen UdSSR sind vielleicht zu Ende. Aber die Probleme, die durch diese Versuche da sind, sind deswegen doch noch lange nicht aus der Welt.
In den Gewässern um die Insel „Nowaja Semlja“ (dem russischen Atomtestgebiet) befinden sich ca. 11.000 Fässer mit radioaktiven Abfällen. Jahrelang hatte die Sowjetunion diese Insel als nationales Atomklo benutzt. Die genannten Fässer lagern teilweise schon seit 1964 da unten. Niemand weiß, wie dicht diese Fässer noch sind. Wenn man weiß, daß Rußland dieses Jahr nur 5 Milliarden Rubel für radioaktiv verseuchte Gebiete ausgeben will, sieht man leicht, daß im Augenblick das Geld einfach nicht da ist, diese Fässer zu heben und damit endlich unschädlich zu machen. Wir bemühen uns, zusammen mit anderen ökologischen Gruppen im skandinavischen Raum, hierfür eine Öffentlichkeit zu schaffen. Vielleicht läßt sich diese Zeitbombe mit Hilfe anderer Staaten gemeinsam beseitigen.
Daneben kämpfen wir dafür, daß endlich alle Daten der durch Atomversuche entstandenen radioaktiven Verseuchung der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, daß die Opfer dieser radioaktiven Vergiftungen angemessen entschädigt werden. Und wir wollen langfristig, daß in diesen Gebieten wieder Menschen leben können. Voraussetzung dafür ist jedoch die Durchführung einer ökologischen Expertise.
Schauen Sie, in Kasachstan wüteten die Atombombenversuche 40 Jahre lang. Von 1949 bis 1989. Sie wurden unterirdisch, überirdisch, in der Luft durchgeführt. Wir wissen heute noch nicht sehr viel über die medizinischen Folgen. Aber das was wir wissen, zeigt das Ausmaß der Folgen für die Menschen: Die Menschen, die in der Nähe der Testgebiete leben müssen, haben eine höhere Sterblichkeit als die Durchschnittsbevölkerung, die Krebserkrankungen sind bei diesen Menschen um das 4-fache gestiegen, Immunschwächen treten gehäuft auf, genetische Veränderungen lassen sich beobachten. Durch die Schaffung einer Wissenschaftlerkommission wollen wir von „Nevada - Semipalatinsk“ mehr über die Folgen dieser Versuche wissen. Wir haben Geld gesammelt, mit dem wir betroffenen Personen, insbesondere Kindern, eine medizinische Behandlung im Ausland ermöglichen konnten.
Und nicht zuletzt geht es uns natürlich nicht nur darum, nur in unseren Gebieten Atomtests zu verhindern. Zusammen mit anderen Gruppen im Osten und im Westen kämpfen wir für einen weltweiten Atomwaffenteststopp. Um dies deutlich zu machen, hat sich die kasachische Antitestbewegung „Nevada - Semipalatinsk“ 1991 umbenannt. Sie nennt sich nun „Nevada - Semipalatinsk - Mururoa - Nowaja Semlja - Lop Nur“ nach den Orten, an denen Testgebiete liegen.

Frage: Wie hoch schätzen Sie die Möglichkeit ein, daß die Versuche in Rußland wieder aufgenommen werden?

Wladimir Jakimets: Eine Wiederaufnahme der Atomversuche in Rußland läßt sich leider nicht ausschließen. Das von Jelzin am 24. 10. 1991 verkündete einjährige Moratorium war ein einseitiger Schritt, der vom Westen und China unbedingt entsprechend beantwortet werden muß. Werden die westlichen Atommächte und China ihre Atomversuche bis Oktober dieses Jahres nicht einstellen oder zumindest ein einjähriges Moratorium verkünden, ist die Wahrscheinlichkeit einer Wiederaufnahme der russischen Tests leider hoch. Werden die Atomversuche in den anderen Ländern nicht bis zum 24. Oktober diesen Jahres eingestellt, können wir wieder am Punkt Null anfangen. Nimmt Rußland die Tests wieder auf, sind unsere Hoffnungen, Nowaja Semlja für den Menschen wieder bewohnbar zu machen, zunichte gemacht. Dann hatten leider doch all die Zyniker und Kritiker unserer Organisationen Recht gehabt mit ihrer Behauptung, durch einseitige Vorleistungen ließe sich ein weltweiter Atomteststopp nicht erreichen.
Aber es gibt noch einen weiteren Grund, warum es gerade jetzt so wichtig ist, weltweit einen umfassenden Teststopp durchzusetzen. 1995 läuft der Atomwaffensperrvertrag aus, der die Weiterverbreitung der Atomwaffen verbietet (Nonproliferation Treaty). Der Vertrag, der die überirdischen Atomversuche verbietet (Partial Test Ban Treaty) ist zwar unbefristet. Artikel IV läßt den Unterzeichnern jedoch die Möglichkeit offen, von diesem Vertrag zurückzutreten, wenn dies das Staatsinteresse erforderlich macht. In diesem Fall muß den anderen Unterzeichnern 3 Monate im voraus Mitteilung gemacht werden.
Allen unterirdischen Atomwaffenversuchen gingen überirdische Testreihen voraus. Dies ist militärtechnisch durchaus logisch: Die überirdischen Versuche lassen sich sofort nach Fertigstellung der Waffe durchführen. Man braucht also nicht zu warten, bis der unter Umständen umständliche Bau der unterirdischen Versuchsanlagen fertiggestellt ist. Die Militärs können mit eigenen Augen ihr Wunderwerk betrachten. Überirdische Versuche sind billiger als die unterirdischen. Sie sind deswegen auch für die ärmeren Schwellenländer eher erschwinglich.
Der Atomwaffensperrvertrag läuft nun just zu einem Zeitpunkt aus, als zumindest eine Atommacht, nämlich die USA, bereits an einer neuen Generation von Atomwaffen (Laserwaffen, Mikrowellenwaffen, Teilchenstrahlenwaffen) forscht und viele Schwellenländer ebenfalls an einer eigenen Atomwaffe arbeiten.
Nehmen die USA ihre Atomwaffenversuche 1995 wieder überirdisch auf, dann werden wohl einige andere Länder diesem Beispiel folgen.

Bernhard Clasen

Schwarzes Brett

Ökohaufen Dortmund

Der Ökohaufen Dortmund, vormals c/o Langer August, Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund, gibt hiermit seine Auflösung und damit die Einstellung sämtlicher Tätigkeiten bekannt und bittet darum, aus allen Post-Verteilern gestrichen zu werden.

"Atomzentrum Euregio"

(Neue Broschüre)

Atomzentrum Euregio, so heißt die neu erstellte Broschüre von der deutsch-niederländischen Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland, die erstellt wurde.
Diese Broschüre soll alle Atomanlagen dieser Region aufzeigen, erläutern und darstellen. Der Inhalt sind Beiträge von den Standorten Almelo (Urananreicherungsanlage mit 1300t UTA/a), Gronau (Urananreicherungsanlage 530t UTA/a), Lingen (Brennelementfabrik ANF, Atomkraftwerk I und II und die Strahlenmolke), Ahaus (Brennelementzwischenlager), Endlagerung in den Niederlanden, Geschichte des regionalen Widerstandes, weitere Anti-AKW-Gruppen, Adressen der Anti-AKW-Gruppen aus der Region und einer Karte der Atomanlagen (reginal).
Die Broschüre "Atomzentrum Euregio" ist zu beziehen beim Arbeitskreis Umwelt Gronau

c//o AG Broschüre
Werner Neumann
Gildehauser Str.. 175
4432 Gronau 1

Die Broschüre kostet 3,50 DM plus -,80 DM Porto. Bitte überweist das Geld auf das Konto: 620483 bei der Sparda-Bank Münster, BLZ: 40060560, Werner Neumann, oder Briefmarken gleich mitschicken.

„Wild Wuxx"

so wird eine neue Zeitung heißen, von Jugendlichen für Jugendliche. Die erste Ausgabe müßte mittlerweile vorliegen. InteressentenInnen wenden sich bitte an:

Jugendzeitungsprojekt Wild Wuxx
Goebenstraße 3a, 3000 Hannover 1
Tel. 0511/394041 (Carsten Direske)

„Stromnetz unter Spannung"

so heißt die Dokumentation des Energiewende-Komitees Dortmund. Am Fall Dortmund geht es um die Frage der Rekommunalisierung oder Entkommunalisierung der Energieversorgung. Das Vorwort hat Klaus Traube verfaßt. Umfang der Broschüre: 178 Seiten A4, Preis: 24.80 DM + 3.- Versandkosten und kann bestellt werden bei:

Energiewende Komitee Dortmund
c/o Wilfried Bergmann
Scharnhorststr.54
4600 Dortmund 1

Doku zur Situation Hafenstraße/St.Pauli

Die Doku geht auf die jetzige Situation in der Hafenstraße ein, auf Umstrukturierungstendenzen in St.Pauli und Ansätze des Widerstands. Die Doku heißt „Einschnitt", kostet 4.-DM plus Porto und kann bestellt werden über:

Hafenrandverein für selbstbestimmtes Leben u. Wohnen
c/o GWA, Hamburger Hochstr.2, 2000 Hamburg 36

„Anti-islamischer Rassismus und Algerien"

Dokumentation, 50 Seiten, 3.-DM, kann bestellt werden über:
„AG Algerien", c/o Buchladen
Gneisenaustraße2a, 1000 Berlin 61
(Bei Einzelbestellungen bitte 5 DM in Briefmarken beilegen)

„Zuwanderung, Flucht und Asyl"

„Zuwanderung wird es auch künftig geben. Politikerinnen und Politiker handeln unverantwortlich, wenn sie so tun, als ließe sich Zuwanderung durch gesetzliche Beschränkungen verhindern. Es geht nicht darum, ob wir Zuwanderung wollen, sondern wie wir sie gestalten."
(aus dem Vorwort von Niedersachsens Minister für Bundes- u. Europaangelegenheiten Jürgen Trittin, Die Grünen)
Die Broschüre kann kostenlos bezogen werden über:

Niedersächsische Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten
- Pressereferat -
Clemensstraße 17
3000 Hannover 1

„Umwelt im Unterricht"

Sonderprospekt von Unterrichtsmaterialien zu Umweltthemen, u.a. Atomenergie, Tropischer Regenwald, Gen-Technologie, Wege zur Öko-Schule, Nordsee u. Wattenmeer, Boden usw. Der Prospekt kann kostenlos bezogen werden (geeignet besonders für Büchertische) über:

Die Werkstatt, Lotzestr.24a, 3400 Göttingen

Neuer Katalog Aufkleber, Plaketten, Postkarten etc.

Interessant für Büchertische, BI-Büros und auch Einzelpersonen. Der neue Prospekt zu Themen wie Anti-Rassismus, Umwelt, Verkehr, Frauen etc. kann kostenlos angefordert werden bei:

Die Werkstatt, Lotzestr.24a, 3400 Göttingen

Antifa-Kalendergruppe `93

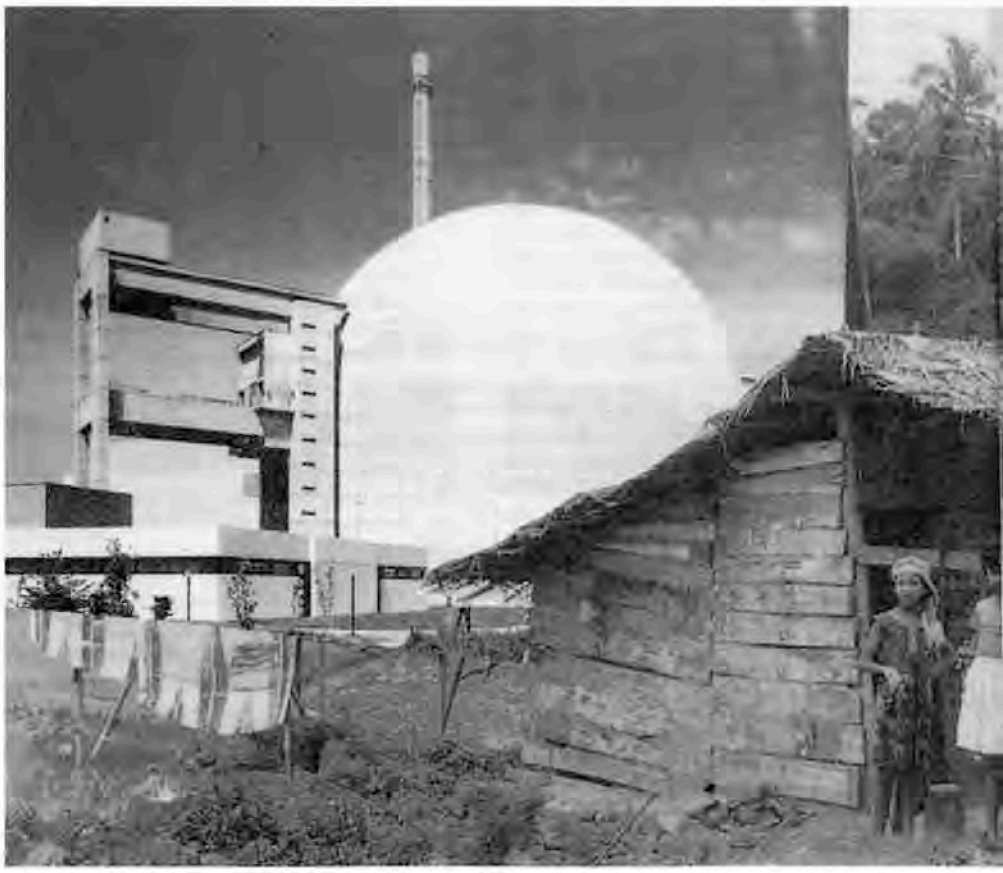
Vertrieb:
unrast
Querstr. 2
4400 Münster
Tel.: 0251-66 62 93

Wir bieten Euch wieder einen Subscriptionspreis an. D.h., wenn ihr vor dem 15. Juli (der Stichtag für die erste Druckrechnung) bereits bezahlt, zahlt ihr nur 9,- statt 10,- DM für den Kalender. Die Rabatte rechnen sich entsprechend vom Subscriptionspreis.
Es gibt wieder folgende Rabatte: ab 5 Kalender 30%, ab 20 Stck. 35%, ab 50 Stck. 40%. Hinzu kommen die Versandkosten.

Indonesien vor dem Ausbau der Atomenergie

Die Regierungen der Länder der Dritten Welt verfolgen im allgemeinen ein wachstumsorientiertes Entwicklungsmodell, in dem die Erschließung neuer Energiequellen eine sehr wichtige Rolle spielt. Denn Energie ist im reichen Norden eine der Grundbedingungen für die große industrielle Produktivität und hohe Lebensqualität. Sie gilt daher als eine der Voraussetzungen, um die im Süden herrschende Armut zu bekämpfen. So dient auch der indonesischen Regierung der, infolge von Industrialisierungsmaßnahmen und westlichem Konsum (z. B. Elektrogeräte), sprunghaft gestiegene Bedarf an Elektrizität als Argument, den Einsatz von Atomenergie zu forcieren.

Seit 1984 ist in Serpong, 40 km von Jakarta, eine Kernforschungsanlage mit Arbeitsplätzen für 1.500 Mitarbeiter in Betrieb. Diese Anlage ist mit einem radiometallurgischen und einem nuklear-elektronischen Zentrum, sowie Aufbereitungsanlagen für radioaktive Abfälle ausgestattet. Damit hat Indonesien Zugang zur gesamten Atomtechnologie. Ergänzt wurde das Zentrum 1989 durch weitere Nuklearanlagen aus der BRD, die aus Mitteln der Entwicklungshilfe finanziert wurden. Dazu gehört ein 30 MW Universal-Kernforschungsreaktor und eine Anlage zur Fertigung von Brennelementen. Indonesien wurde damit die Möglichkeit zur Herstellung von spaltbarem Material geliefert, das sowohl zur Herstellung von Kernenergie als auch zu militärischen Zwecken genutzt werden kann.



Mit der Lieferung der Anlage erfüllte die Bundesregierung, Bedenken der USA außer Acht lassend, einen lang gehegten Wunsch der indonesischen Regierung, denn der Besitz von Atomanlagen beinhaltet gleichzeitig den Zugang zu Atomwaffen und damit eine außenpolitische Stärkung auch gegenüber den westlichen Verbündeten. Das nach wie vor durch die Kolonialzeit tief verwurzelte Mißtrauen gegenüber den reichen Industrienationen, den ehemaligen Kolonialmächten, wird durch deren Politik nicht eben abgeschwächt und findet in Vorkommnissen wie dem Golfkrieg oder dem Überfall der USA auf Grenada neue Nahrung.

Das Atomprogramm in Planung

Anfang 1990 kündigte die indonesische Regierung mit der Planung von sechs AKWs in Situbondo (Ostjava) und sechs in Ujung Watu (Zentraljava) einen kommerziellen Ausbau in der Nutzung der Atomenergie an.

Jedes AKW soll eine Leistung von 600 MWe haben, wobei zunächst je ein Druckwasser- (PWR) und ein Siedewasserreaktor (BWR) gebaut werden sollen. Der Druckwasserreaktor wird voraussichtlich von einem Konsortium zwischen der amerikanischen Firma General Electric und den japanischen Firmen Hitachi und Toshiba, der Siedewasserreaktor von der amerikanischen Firma Westinghouse und der japanischen Firma Mitsubishi errichtet werden. Eine Firma aus der BRD wird voraussichtlich den Auftrag erhalten, in einer Sicherheitsstudie das Konzept für die Sicherheits-technik zu entwickeln. Die Kosten eines Kraftwerks werden auf 1 Milliarde US-Dollar geschätzt.

Mittlerweile sind die Planungen für das erste AKW in ein konkretes Stadium eingetreten. Die Standortuntersuchungen haben begonnen und sollen innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein. Der Auftrag ging an das Ingenieurunternehmen Newjec, einer Tochtergesellschaft der japanischen Kansai Electric Power Company (Kepco). Die Inbetriebnahme des AKW ist für das Jahr 2004 geplant. Das nächste Planziel ist das Jahr 2015. Bis dahin sollen weitere 5 Kraftwerksblöcke von je 600 MWe errichtet werden.

In Indonesien fehlen der breiten Öffentlichkeit die Informationen und das Bewußtsein über die Gefahren der Atomenergie, zumal die Auswirkungen des GAUs von Tschernobyl dort nicht zu spüren waren. Wie überall werden von den Betreibern vor allem die Vorteile und die Sicherheit der Kraftwerke herausgestrichen; in der Bevölkerung entwickelt sich nur langsam ein kritisches Bewußtsein dagegen.

Daher ist es umso bemerkenswerter, daß von einigen indonesischen Sachverständigen und Intellektuellen in mehreren Zeitungen erhebliche Bedenken gegen den Ausbau der Kernenergie geäußert wurden. Einer der Kritiker dieser Projekte ist Dr. ' Sudja, führender Ingenieur der indonesischen Stromkommission. Er wies besonders auf andere, bereits vorhandene alternative Energiequellen hin: So wird das vorhandene Potential an Erdwärme in Indonesien auf 60.000 MW geschätzt, wobei sich die meisten Quellen auf Java befinden.

zusätzlich seien bisher Energiequellen, wie Sonnenenergie und nachwachsende Brennstoffe, noch nicht ausreichend ausgeschöpft bzw. entwickelt worden.

Die Energiepolitik in Indonesien ist auch anderweitig fragwürdig: Niedrige, subventionierte Preise für Energie, auch für Strom, begünstigen ein verschwenderisches Verhalten. So werden beispielsweise neue Gebäude nicht mehr wie früher klimagerecht geplant, sondern überall energiefressende Klimaanlagen, Aufzüge usw. eingebaut. Architekten, die ihre Vorhaben so konzipieren, daß eine Klimaanlage überflüssig ist, werden als Spinner abgehandelt. Die Bevölkerung wird nicht zum Energiesparen aufgefordert, sondern zur Verschwendung angeregt.

Atomwahn in Südkorea 18 neue AKWs bis zum Jahr 2006 angekündigt

Bis zum Jahr 2006, sollen auf Beschluß des südkoreanischen Ministeriums für Energie und Rohstoffe und der Korea Electric Power Corporation (KEPCO) jetzt nocheinmal 13 neue Atomkraftwerke zusätzlich zu den 4 bisher noch in Bau befindlichen und einem 5. bisher erst projektierten AKW errichtet werden. Damit ergäben sich 18 neue Atomkraftwerke bis zum Jahr 2006.

Auch heute schon zählt Südkorea in Südostasien hinter Japan zu dem Land, das am stärksten auf Atomenergie setzt. Gegenwärtig sind in Südkorea 9 Atomkraftwerke mit einer Bruttoleistung von 7.616 MWe in Betrieb. In der Weltstatistik des Atomwahns steht Südkorea damit an 9 Stelle.

Die Atomenergie in der Kritik

Von den Kritikern der Entwicklung der Atomenergie in Indonesien werden sowohl Umweltschutz- und Sicherheitsargumente, aber auch wirtschaftliche Begründungen angeführt. Die wichtigsten Punkte ihrer Kritik sind im einzelnen:

1. Durch die Unfälle in Harrisburg und Tschernobyl würde deutlich, daß es bisher keinen absolut sicheren und damit akzeptablen Atomreaktor gibt. Die Folgen eines Unfalls wären durch Tschernobyl deutlich vor Augen geführt worden: Das dabei freigesetzte radioaktive Inventar, z.B. Caesium, verseuchte weite Teile Europas und hatte größere Auswirkungen als die Explosion einer thermischen Atombombe. Das von dem Unfall unmittelbar betroffene Land ist lange Zeit nicht mehr bewohnbar. So hat die UdSSR in den letzten sechs Jahren rund 70 Milliarden US-Dollar investiert, um die betroffenen Flächen wieder nutzbar zu machen - ohne sichtbaren Erfolg. Die Reaktorruine droht mittlerweile zu bersten und dann das Grundwasser zu verseuchen. Der entstandene ökologische Schaden ist unermeßlich, die Folgeschäden sind unüberschaubar und wohl von keinem Land wirtschaftlich zu verkraften.

2. Nirgends gäbe es bisher eine befriedigende Lösung für das Problem der Endlagerung von Atomabfällen, was aus der öffentlichen Diskussion bei uns hinlänglich bekannt sein dürfte. Der Abfall muß mindestens 100.000 Jahre kontrolliert und möglicherweise, wenn z.B. die Behälter platzen, in einem komplizierten Verfahren neu aufbereitet werden. Damit bürden wir den nachfolgenden Generationen unverantwortbare, nicht absehbare Lasten, ständig notwendige Kontrollen und hohe Unkosten auf.

3. Java ist eine der Regionen dieser Erde, in der es eine große Zahl von noch aktiven Vulkanen und auch häufige Erdbeben mittlerer Stärke gibt. Gegen Erdbeben kann man die Reaktorgebäude sichern, nicht aber die gesamte Infrastruktur, wie Wasser- und elektrische Leitungen, die immer zu funktionieren haben, um die Kühlung des Reaktors sicherzustellen. Gegen Vulkanausbrüche gibt es bekanntlich keinen Schutz. Eine Havarie der Anlage durch den Ausfall der Wasser- bzw. Elektroversorgung bei Erdbeben oder Vulkanausbrüchen kann nicht ausgeschlossen werden.

4. Ein weiteres ungelöstes Problem im Falle eines Reaktorunfalls ist der Schutz der im Umkreis des Reaktors lebenden Bevölkerung. Ihre ausreichend schnelle Information und sofortige Evakuierung ist noch nicht einmal in Industriestaaten mit einer relativ guten Infrastruktur (wie z.B. den USA im Fall Harrisburg) möglich. Wie soll dies in Indonesien, mit so schlechter Infrastruktur und so hoher Bevölkerungsdichte wie in Mittel- bzw. Ost-Java geschehen?

5. Aufgrund der geschilderten besonderen Bedingungen, die beim Bau der geplanten Atomkraftwerke in Indonesien zu berücksichtigen seien, wären die veranschlagten Kosten wahrscheinlich viel zu niedrig angesetzt worden.
- Die zusätzlich notwendigen Absicherungen aufgrund der besonderen geologischen Bedingungen auf Java ziehen hohe Baukosten nach sich.
- Sowohl in Ujung Watu, als auch in Situbondo gibt es zur Reaktorkühlung kaum Süßwasser. Zur Kühlung kann zusätzlich Meerwasser verwendet werden, was aber den Bau von Entsalzungsanlagen und zusätzlichen Korrosionsschutz erfordert. Beides ist ebenfalls sehr kostenintensiv.
- Die benötigten Bau- und sonstigen Materialien müssen voraussichtlich überwiegend aus dem Ausland eingeführt werden, denn die einheimischen entsprechen nicht immer den Sicherheitsstandards.

Allein die aufgeführten Faktoren werden die Kosten des Reaktors immens in die Höhe treiben. Für den Bau müssen daher viele Mittel umgeschichtet werden, wodurch andere wichtige Aufgaben verschoben werden müssen. Das Projekt wird demnach eher
als Investitionsblockade für andere Bereiche wirken und im Endeffekt ein Hemmschuh für die Modernisierung Indonesiens werden.

(der Artikel wurde in leicht abgeänderter, teils gekürzter, teils aber auch ergänzter Form, aus **IMBAS-Rundbrief März 1992**, übernommen. IMBAS steht für: Initiative für die Menschenrechte aller BürgerInnen der ASEAN-Staaten. Der Rundbrief unterrichtet regelmäßig über Ereignisse in diesen Staaten. Er ist zu beziehen über:
IMBAS
Postfach 600422, 6000 Frankfurt 60)

UNCED - Das ist der Gipfel !

Kurze Anmerkung zu Geschichte, Inhalten und zur politischen Einschätzung

Wie kommt es eigentlich zu einer solchen Mammut-Veranstaltung, wie es die UNCED werden wird? Dazu ein kurzer Blick zurück in die Geschichte internationaler Umweltpolitik.

Umweltkonferenz-Rückblick: Von Stockholm 1972 nach Rio 1992

Mitte der 60er Jahre mußten die Regierungen der skandinavischen Staaten feststellen, daß auf „ihren" Territorien die Wälder abstarben und die Seen versauerten. Beides aber - die Seen und die Wälder - waren zentrale ökonomische Standbeine der skandinavischen Staaten. Es mußte also etwas geschehen.

Die Ursachenbestimmung war nicht schwer: die von den europäischen Industrien (vor allem auch die der BRD) ausgehende Luftverschmutzung führte zum sogenannten „Sauren Regen", der die natürlichen Ressourcen stark angriff. Die Umweltverschmutzung war damit auf die Tagesordnung internationaler Politik gesetzt. Die Geburtsstunde der „Umweltaußenpolitik" schlug.

Auf die Initiative der skandinavischen Staaten hin fanden in der UNO Diskussionen zu diesem neuen Politikfeld statt, die schließlich zur Einberufung der ersten internationalen Umweltkonferenz der UNO - nicht zufällig - in Stockholm 1972 führten.

Schon auf der damaligen ersten UN-Umweltkonferenz herrschten in den Grundzügen die Konfliktlinien im internationalen Verteilungskampf zwischen Nord und Süd, die auch die UNCED in Rio de Janeiro prägen werden. Die industrialisierten Staaten des Nordens, deren Energie- und Rohstoffverbrauch schon damals ein Vielfaches dessen des Südens betrug, formulierten ihr Interesse an international verbindlichen Umweltschutzabkommen, die ihre politischen Zentren vor den Folgen des hemmungslosen Naturverbrauchs schützen sollten, während die Staaten des Südens ihr Recht auf nachholende industrielle Entwicklung durchzusetzen versuchten.

Seitdem sind zwanzig Jahre vergangen. Zwei Jahrzehnte, in denen die Staaten der sogenannten „3. Welt" in die „Schuldenfalle" manövriert wurden und die Menschen in diesen Staaten weiter verarmten und verelendeten, während die globale ökologische „Krise" sich aufgrund des Produktionssystems im industrialisierten Norden und dessen Raubzügen in der ganzen Welt dramatisch zuspitzte. Das ist der politische und materielle Hintergrund, vor dem die UNO 1989 beschloß, für Juni 1992 - ausgerechnet im 500. „Jubiläums"-Jahr der Conquista - die Konferenz für Umwelt und Entwicklung nach Rio de Janeiro einzuberufen.

Eine umfassende Darstellung der inhaltlichen Diskussionen in der Vorbereitungsphase der UNCED ist hier aus Platzgründen nicht möglich. Wir werden stattdessen einige Konfliktpunkte herausgreifen, an denen deutlich werden wird, mit welchem - öko-imperialistischen - Interesse die Staaten des Nordens in die UNCED hineingehen.

Der Streit um die Tagesordnung

Ein Streitpunkt im Vorfeld der UNCED ist die Frage der Reihenfolge der zu verabschiedenden Umwelt-Konventionen. Im Leitfaden zur UNCED, herausgegeben von der gemeinsamen Projektstelle von BUND und DNR, ist in einem Bericht über die offiziellen Vorbereitungstreffen zu lesen: *„Malaysia und Brasilien vertraten die Auffassung, daß die Reihenfolge, in der internationale Umweltabkommen verhandelt werden, nach den Ursachen der Probleme geordnet werden*

müsse. Mit anderen Worten, ein Abkommen über CO_2 und Treibhausgase sollte höchste Priorität genießen, gefolgt von einem Abkommen über Wälder. Auf diese Weise könnten die Industrieländer sich nicht ihrer Verantwortung entziehen, die Probleme beim Verursacher zu behandeln, anstatt einzig 'senkenbezogene' Lösungen zu diskutieren." (S.6/7)

Dieser Verhandlungsstreit hat den materiellen Hintergrund, daß die tropischen Regenwälder für das globale Klima die wichtige Funktion einer CO_2-Senke übernehmen, d.h. diese Wälder nehmen große Teile des durch die industrielle Produktion im Norden freigesetzten CO_2 in sich auf, weshalb diese großen Mengen CO_2 nicht mehr *„treibhauswirksam"* werden können. Werden die Regenwälder jedoch abgeholzt, entfällt damit auch deren ökologische Funktion als CO_2-Senke und der *„Treibhauseffekt"* wird nochmal um ein Vielfaches verstärkt. Um nicht radikale Anpassungsschritte vornehmen zu müssen und dabei gleichzeitig die Folgen des Treibhauseffektes möglichst kalkulierbar zu halten, haben die Staaten des Nordens ein materielles Interesse an der Erhaltung der Regenwälder-Restbestände.

Im Gegensatz dazu stellt die industrielle Nutzung der Regenwälder für viele Staaten des Südens eine wichtige ökonomische Basis dar, u.a. um die erpreßten Schuldenrückzahlungen leisten zu können, aber auch - das darf mensch nicht aus den Augen verlieren - aus machtpolitischen Interessen der im Süden HERRschenden Regierungen heraus.

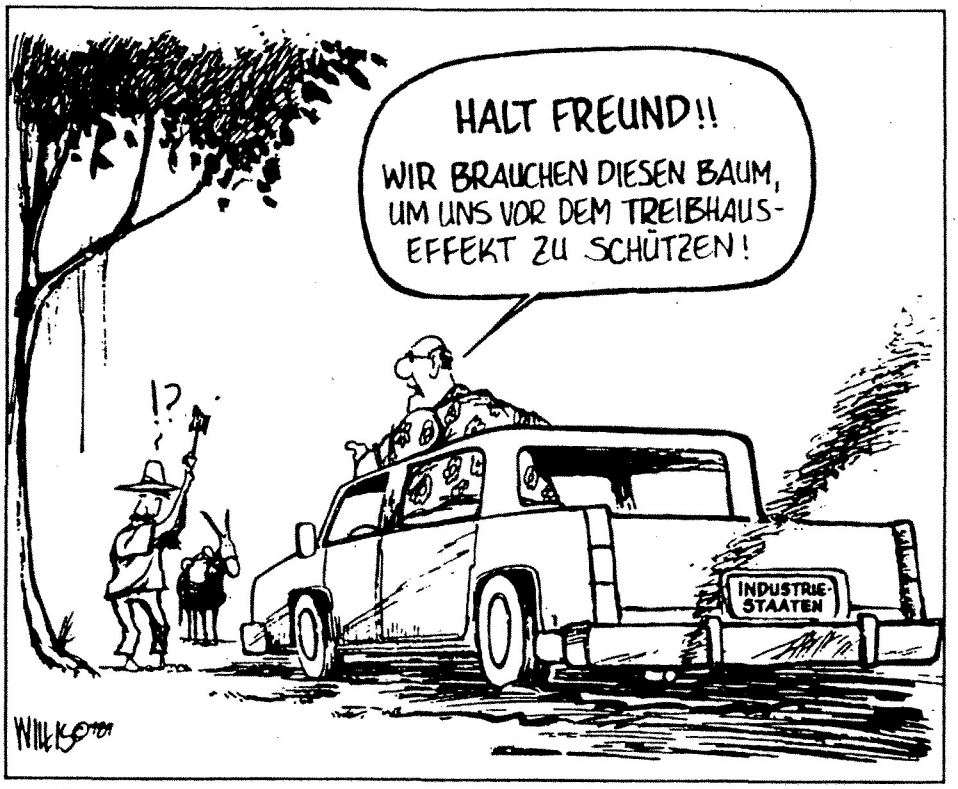
Das Einlenken *„wichtiger"* Regenwald-Staaten wie z.B. Brasilien, im Vorfeld der UNCED bezüglich des dargestellten Streitpunktes scheint darauf hinzudeuten, daß die Industrie-Staaten ihre Interessen durchsetzen können. Widerlicherweise scheuen die weltweit HERRschenden politischen Kräfte selbst davor nicht zurück, sich bei der Durchsetzung ihrer Interessen auf den Schutz der Lebensräume von noch im Regenwald lebenden indigenen Völkern zu berufen.

Im Gegensatz zu den jetzt einlenkenden Regenwald-Staaten wird ein Staat wie z.B. Malaysia, dessen Regierung sich - bisher - weigert, sein Abholzungs-Programm durch die Staaten des Nordens kontrollieren zu lassen, als *„Umweltverbrecher"* in der Öffentlichkeit gebrandmarkt.

Als Hinweis darauf, wie scheinheilig diese Ideologisierung der Regenwald-Zerstörung betrieben wird, soll an dieser Stelle nur die Information dienen, daß die Staaten des Nordens offensichtlich keine ökologischen und sozialen Bedenken dagegen äußern, daß in Brasilien zur Zeit am Rande des Amazonas ein Gelände der Größe Frankreichs für den Anbau von Wintergemüse zur Bedienung des westeuropäischen Marktes freigemacht wird. (ISW-Wirtschaftsinfo Nr.7, April 92)

Die Klima-Konvention

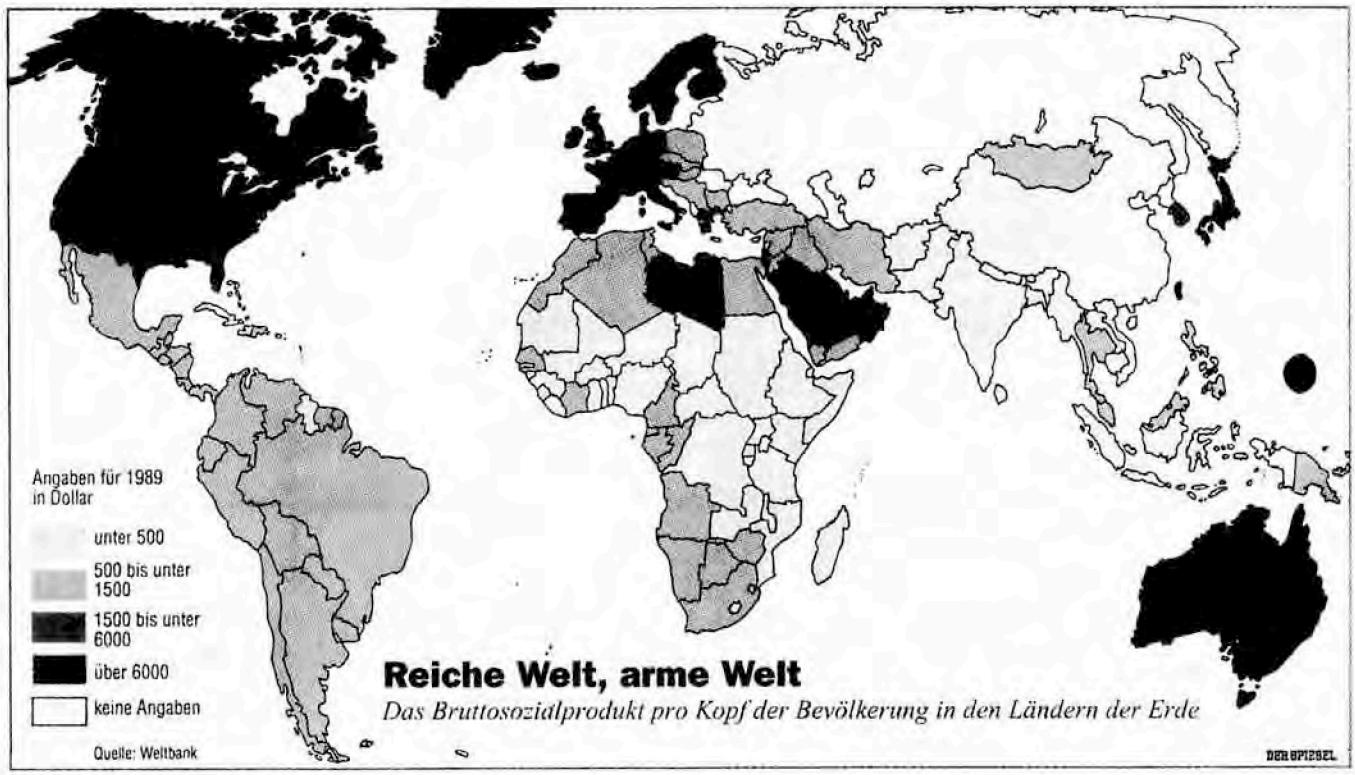
Schon im Vorfeld der UNCED wurde das angestrebte Ziel einer internationalen Klima-Konvention mit verbindlichen CO_2-Reduktionszielen zurückgeschraubt. Die Rede war bis vor kurzem nur von einer Klima-Rahmenkonvention, die die Aushandlung konkreter Reduktionsziele in die unbestimmte Zukunft verschiebt. Hier scheint sich doch noch etwas zu bewegen. Als Hauptbremser bezüglich einer international verbindlichen Klima-Konvention trat bis vor kurzem die Regierung der USA in Erscheinung. Jetzt scheint es jedoch so zu sein, daß die bisher in der Öffentlichkeit eingenommene Verweigerungshaltung mehr Ausdruck von Verhandlungspoker war als Ausdruck grundsätzlicher Ablehnung. Darauf deutet jedenfalls die öffentliche Erklärung vom 26. April 1992 hin, daß die US-Regierung sich bereit findet, die CO_2-Emissionen in den USA *„bis zum Jahr 2000 auf dem Niveau von 1990"* zu halten. (FR 27.4.92) Mit dieser plötzlichen *„Kehrtwende"* verschafft sich die US-Regierung vor dem Hintergrund ihrer bisherigen Verweigerungspolitik neuen politischen Verhandlungsspielraum auf der UNCED.



Die anvisierte Klima-Konvention soll, sofern sie irgendwann einmal international anerkannte Rechtsgültigkeit erlangen wird, festlegen, welcher Staat das Recht auf wieviel Ausstoß von klimarelevanten Gasen erhält (Quotierung von Treibhausgasen). Ausgangspunkt für eine Klima-Konvention ist dabei die Einschätzung, daß das Recht auf Einbringung von klima-relevanten Gasen in die Atmosphäre dem einzelnen Staat nicht mehr freigestellt werden kann, sondern einer international sanktionierten Begrenzung unterworfen werden muß. Oder mit anderen Worten: im Bewußtsein des wissenschaftlich nachgewiesenen Zusammenhangs zwischen z.B. CO_2-Emissionen und der Aufheizung der Erdatmosphäre muß die Möglichkeit zur Luftverunreinigung zu einem knappen *„Gut"* gemacht werden.

Im Zuge einer solchen, durch politische Verträge anvisierten, künstlichen Verknappung des Rechts auf Belastung der Atmosphäre mit klima-relevanten Gasen, ist zwischen den Staaten des Nordens und des Südens im Rahmen der Vorverhandlungen zur UNCED ein heftiger Verteilungskampf entbrannt. Die entscheidende Frage, an der sich die politische Auseinandersetzung entzündet, ist die nach den Kriterien, nach denen die Quotenverteilung für die jedem Staat zugestandene Atmosphärenbelastung bestimmt werden soll. Kurz formuliert lautet die entscheidende Frage: Welcher Staat hat das Recht auf wieviel Umwelt-Belastung? Übersetzt auf die jeweils unterschiedliche industrielle Ausgangssituation der Staaten des Nordens und des Südens lautet diese Kernfrage: Auf wieviel einschneidende Veränderungen ihres industriellen Produktionssystems lassen sich die Staaten des Nordens verpflichten, bzw. auf welche Einschränkungen eines nachholenden industriellen Entwicklungsprozesses lassen sich die Staaten des Südens verpflichten?

Es braucht sicherlich nur wenig Phantasie, um sich vorstellen zu können, mit welcher Härte an dieser Frage die unterschiedlichen Interessenslagen der Staaten aus Nord und Süd aufeinanderprallen. Um den Charakter der Gegensätze, die sich an der genannten Kernfrage entzünden, deutlich zu machen, soll ein kleines Beispiel angeführt werden: Das durch die industriellen Produktionsprozesse freigesetzte CO_2 wirdim globalen Maßstab nur zu 50 Prozent klimawirksam. Verantwortlich für die Reduzierung des Gefahrenpotentials sind die sogenannten *„CO_2-Senken"*. Die Hälfte der weltweiten CO_2-Emissionen werden zur Zeit durch Wälder, Meere und Böden aufgenommen und tragen darum auch nicht zur jetzigen Erwärmung der Erdatmosphäre bei. An das Wissen um diesen ökologischen Zusammenhang knüpft sich in der internationalen Auseinandersetzung um eine Klima-Konvention die Frage, welcher Staat zu wieviel Prozent die weltwei-



Reiche Welt, arme Welt

Das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung in den Ländern der Erde

ten CO_2-Senken für sich in Anspruch nehmen kann. Stand der Diskussion ist zur Zeit, daß die Staaten des Nordens die Absorptionsfähigkeit der CO_2-Senken zu 50 Prozent für sich beanspruchen. Obwohl in den USA z.B. nur 4,8 Prozent der Weltbevölkerung lebt, beansprucht die US-amerikanische Regierung 25 Prozent der Aufnahmekapazitäten der CO_2-Senken für sich; entsprechend dem Anteil der US-amerikanischen Industrie an den weltweiten CO_2-Emissionen. Die Staaten des Südens wollen dagegen einen Verteilungsschlüssel bzgl. der CO_2-Senken durchsetzen, der sich am Weltbevölkerungsanteil der jeweiligen Staaten bemißt. Würde dieser Verteilungsmechanismus zur Grundlage genommen, würde das dazu führen, daß sich die Staaten des Nordens zu wesentlich höheren Reduktionsmaßnahmen verpflichten müßten. Dies wird von diesen Staaten abgelehnt.

Darüberhinaus muß an dieser Stelle noch angemerkt werden, daß im Rahmen dieser konkreten Verhandlungen die Gleichsetzung von *„Überlebens-Emissionen"*, wie z.B. der Methan-Ausstoß (Methan ist ein klimarelevantes Gas) durch den Reisanbau in Asien, mit *„Luxus-Emissionen"* in den hochindustrialisierten Staaten des Nordens, die nicht in der Folge der Befriedigung von Grundbedürfnissen freigesetzt werden, nur als menschenverachtend charakterisiert werden kann.

Soweit zu dem kleinen konkreten Beispiel, das den öko-imperialistischen Charakter der Verhandlungsführung durch die Staaten des Nordens deutlich werden läßt.

Die Rolle der Weltbank

Ein dritter zentraler Diskussionspunkt in den Vorverhandlungen zur UNCED ist die Frage der finanziellen Lastenverteilung bezüglich global wirksamer Umwelt-Abkommen.

Die Zusage der Staaten des Nordens zur finanziellen Unterstützung der Staaten des Südens bei Umweltschutzmaßnahmen im Süden darf dabei nicht als Ausdruck ökologischer oder sozialer Läuterung des Nordens mißverstanden werden. Vielmehr sind diese Zusagen einer der Schlüssel, mit denen überhaupt die Regierungen des Südens dafür gewonnen werden können, sich in internationale Abkommen einbinden zu lassen.

Im Zusammenhang mit dem Nord-Süd-Finanztransfer hat sich ein weiterer Streitpunkt an der Frage entwickelt, wer die Verwaltung dieser Gelder in welcher Form wahrnimmt. Die Staaten des Nordens wollen - wen wundert's - diesen Finanztransfer über den sogenannten *„globalen Umweltfond"* der Weltbank abwickeln. Gegen die Verwaltung dieser Gelder durch die Weltbank wehren sich die Staaten des Südens, denn diese haben zur Genüge erfahren müssen, daß die Weltbank ein Instrument der Staaten des Nordens war und ist, mit dem diese ihre ökonomischen Interessen in den Staaten des Südens durchsetzen.

Darüberhinaus hat ein Weltbank-internes Memorandum auch noch das ökologische Image, das sich die Weltbank seit ein paar Jahren mühsam aufzubauen bestrebt ist, gründlich entlarvt und deutlich gemacht, was

Landwirtschaft in Afrika

Getreideernte in Niedersachsen

Einrichtungshaus in Hamburg

sich praktisch hinter all der wortreichen Umwelt-Rhetorik der Weltbank letztendlich versteckt. In diesem internen Memorandum, geschrieben von Vizepräsident Summers, heißt es: *„Unter uns gesprochen: Sollte die Weltbank nicht mehr Abwanderung schmutziger Industrie in die Entwicklungsländer fördern?... Die Kosten gesundheitsschädlicher Verschmutzung bemessen sich nach den entgangenen Einnahmen durch erhöhte Krankheit und Sterblichkeit. So gesehen sollte Verschmutzung in dem Land mit den geringsten Kosten stattfinden.... Ich war schon immer der Meinung, daß unterbevölkerte (!!, mensch merke auf: unterbevölkerte; d. Verf.) Länder in Afrika deutlich unter-verschmutzt sind."* Der Charakterisierung dieser Weltbank-Politik als *„Friss-Müll-Nigger-Politik"*, wie sie Greenpeace vorgenommen hat, ist nichts mehr hinzuzufügen.

Diese ideologische Verschiebung ist ungeheuerlich, bedenkt mensch die Eindeutigkeit der Fakten und die klaren HERRschaftsverhältnisse zwischen Nord und Süd, insbesondere bezüglich der weltwirtschaftlichen Entwicklung. So ungeheuerlich diese Verschiebung in der Ursachenbestimmung auch ist, so ist dennoch abzusehen, daß diese Eingang in die Formulierung der *„Erdcharta"* finden wird.

Kann diese ideologische Ausrichtung in der Politik der G-7-Staaten nicht verwundern, so ist es schon erschreckend festzustellen, daß auch Umweltverbände, wie z.B. der BUND und der Deutsche Naturschutz-Ring (DNR) in der BRD, sich dieser Position angeschlossen haben. Beide genannten Organisationen, die es eigentlich besser wissen, unterzeichneten den Nationalen Bericht des Vorbereitungskomitees auf die UNCED, in dem die Industriestaaten nur auf ihre *„Mitschuld an der Zerstörung der Umwelt"* hingewiesen werden. (FR 26.1.92)

Ein vergleichbarer Prozeß vollzieht sich auch im internationalen Maßstab. So erklären die lateinamerikanischen Staaten Argentinien, Chile, Paraguay, Uruguay und Brasilien, die bis vor kurzem noch eine andere Position eingenommen hatten, nach einem Vorbereitungstreffen auf die UNCED im Februar 1992 in der Charta von Canele: Die unterzeichnenden Staaten seien mitverantwortlich für die globale Umweltkrise und erbitten Hilfe von den Industriestaaten zur Lösung der Umweltprobleme. Außerdem plädieren die Staaten für die Verabschiedung eines weltweiten Umweltkodexes, dessen Nichteinhaltung Sanktionen nach sich ziehen müßte. (Ökologische Briefe 15/92)

Ein zentraler ideologischer Punkt in dieser Verantwortlichkeits-Definition ist immer wieder die Hervorhebung der *„Bevölkerungs-Explosion"* in der sogenannten *„3. Welt"*. Diese wird als ökologischer Zerstörungsprozeß definiert, womit sich auch die Eingriffsfelder im Kampf gegen die ökologische *„Krise"* entsprechend verschieben.

Autonome Ökologie AG Wuppertal
Mai 1992

(Der Beitrag ist aus der aktuell zum **„Erdgipfel"** herausgegebenen **Broschüre** der Autonomen Ökologie AG Wuppertal entnommen.
Die Broschüre enthält weitere Artikel zur Klimakatastrophe, zum Ozonloch, zur Ideologie des „europäischen Geistes", zu Kapitalismus und Ökologie, Mensch und Ökologie und zur Militarisierung der ökologischen Frage. Die Broschüre ist zu beziehen über: Autonome Ökologie AG, c/o Infoladen, 41, 5600 Wuppertal 1, oder Andreas, Tel.: 0202-310677)

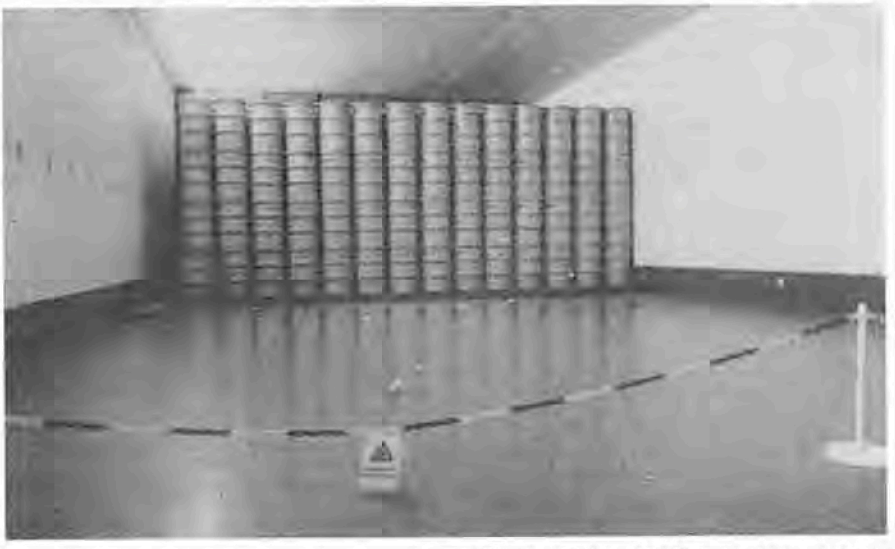
Die Erd-Charta

Während der UNCED werden sicherlich viele praktisch bedeutungslose Erklärungen produziert werden. Die als Ziel der UNCED anvisierte sogenannte *„Erdcharta"* wird sicher zu großen Teilen mit dazu gehören. Einem Punkt in dieser *„Erdcharta"* sollte jedoch schon besondere Aufmerksamkeit gegeben werden, da er in der ideologischen Auseinandersetzung wahrscheinlich große Bedeutung haben wird. Dieser Punkt ist die Frage der Bestimmung der Verantwortlichkeit für die globalen ökologischen Zerstörungsprozesse.

Diesbezüglich ist innerhalb der nationalen, wie in der internationalen Vorbereitung auf die UNCED ein bemerkenswerter Wandlungsprozeß zu verzeichnen. War bis vor kurzem noch nahezu unstrittig, daß die Staaten des Nordens für die globalen ökologischen Zerstörungsprozesse verantwortlich zu machen sind, so heißt es jetzt sowohl im nationalen, wie auch im internationalen Rahmen zunehmend, daß den Industriestaaten lediglich eine Mitverantwortung für die ökologische *„Krise"* zukommt.

Sammelplatz für ausgemusterte Kühlschränke (in Hamburg): Ende einer phantastischen Erfindung

Gorleben News



Faßlager Gorleben: Persilschein für die Betreiber - Staatsanwaltschaft stellt Ermittlungen gegen die BLG in Gorleben ein

Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Verantwortliche der Brennelementlagergesellschaft (BLG) wegen der Einlagerung radioaktiver Abfälle aus dem belgischen Mol im Jahre 1987 sind eingestellt worden. Der 29seitige Einstellungsbeschluß der Staatsanwaltschaft Lüneburg vom 6. März (Aktenzeichen 10 Js 1258/88) liegt der Bürgerinitiative Umweltschutz erst seit kurzem vor. Wir wollen auf eine förmliche Beschwerde verzichten. Denn wir sind es seit Jahren gewöhnt, in der juristischen Auseinandersetzung um die Atomanlagen abgeschmettert zu werden. Die offensichtlichen Verstöße der BLG gegen die Einlagerungsgenehmigung, gepaart mit Ermittlungsdefiziten der Staatsanwaltschaft werden in der politischen Auseinandersetzung um das Faßlager Gorleben aber noch eine Rolle spielen.

Oberstaatsanwalt Johann-Albrecht Müller resümierte, von 1 290 Fässern der Lagergassen A und B seien nachweislich 302 im belgischen Atomzentrum Mol konditioniert worden. Von den 302 verdächtigen Fässern in Gorleben seien 8 in Jülich zerstörend untersucht worden. Die Staatsanwaltschaft hält diese Zahl für repräsentativ, die BI kontert: diese Stichproben reichen nicht aus, weder ist die Zahl repräsentativ, außerdem ist bei der schlampigen Abfallbehandlung immer mit Ausreißern zu rechnen. Hier ist nun auch das niedersächsische Umweltministerium gefordert, weitere faßzerstörende Einzeluntersuchungen müßten angeordnet werden, und zwar auf Kosten der BLG.

Der Bericht der Staatsanwaltschaft hält weiter fest, daß Fremdabfälle in Mol zur Tarnung falsch deklariert wurden. U.a. wurden Fässer mit Innengebinden entdeckt, der freie Raum zwischen Außen- und Innenfaß wurde mit inaktivem Zement verfüllt, damit an der Außenwand die Oberflächendosisleistung von 200mrem/h - das ist auch für das Faßlager die erlaubte Obergrenze - nicht überschritten wurde. Drei Fässer in Gorleben hatten nachweislich diesen Grenzwert überschritten, wurden aber nicht wieder abtransportiert. Auch Plutonium als Folge der sogenannten Querkontamination bei der Vermischung aller Abfälle in Mol ist in den Fässern enthalten. Nach der Novelle der Strahlenschutzverordnung 1989 sei dieses gestattet, wenn der Plutoniumanteil nicht höher als 3 g pro 100 kg Nuklearabfall betrage, argumentiert die Staatsanwaltschaft heute. Nach den Einlagerungsbestimmungen dürfen in den Fässern auch keine faul- oder gärfähige bzw. chemische Reaktionen auslösende Stoffe enthalten sein. Folgenlos bleibt zur unserer Verwunderung auch die Einlagerung von Fässern aus dem Berliner Hahn-Meitner-Institut, bei denen es zu Rißbildungen als Folge chemischer Reaktionen kam. Die Blähfässer werden im Einstellungsbeschluß mit einem Satz abgetan. Drei Fässer waren nachweislich im Faßlager ausgelaufen, in ihnen befanden sich unverfestigter Schlamm und leicht radioaktives Wasser - auch das hat für die BLG nun kein gerichtliches Nachspiel.

Welchen Sinn machen die Bestimmungen der Betriebsgenehmigung, wenn sie ungeahndet überschritten werden dürfen, fragen wir die Genehmigungsbehörden. Für uns ist der Einstellungsbeschluß auf diesem Hintergrund ein Persilschein für die BLG. Einzelfaßuntersuchungen für die Charge, die demnächst wieder ausgeliefert wird, und zwar der Inhalte, eine Kontrolle der Kontrolleure, wenn es wie in jüngster Zeit Hinweise auf weitere Blähfässer gibt, und ein Nein zur weiteren Lockerung der Genehmigungsvorschriften ist das, was einer rot-grünen Landesregierung als Reaktion auf eine derart betreiberfreundlichen Einstellungsbeschluß abverlangt werden darf.

Faßlager Gorleben - WAA-Abfälle aus Cap de la Hague nach Gorleben

Umfassende Antwort auf die Fragen der BI Umweltschutz zur Nutzungserweiterung des Faßlagers Gorleben hat das niedersächsische Umweltministerium inzwischen in zwei Schriftsätzen gegeben. Die Nutzung konradgängiger Container im Faßlager hatten wir moniert. Die Frage, ganz realpolitisch gestellt: welchen Sinn macht die Genehmigung dieser Container bei uns, wenn zugleich behauptet wird, daß das Endlager Schacht Konrad nicht akzeptiert werde, wenn der Erörterungstermin nicht einmal stattgefunden hat? Die Genehmigung, belehrt uns nun das Umweltministerium, sei bereits im 1. Nachtrag zur Genehmigung für das Abfallager in Gorleben vom 13.10.87 enthalten, hauptsächlich gehe es bei dem jetzt anhängigen *neuen Genehmigungsantrag* der Brennelementlagergesellschaft Gorleben (BLG) um die „gewünschte Zulassung anderer Aktivitätsinventare". Und das heißt:

Aufhebung der Gesamtaktivitätsgrenzen!

Eine schlüssige und offene Begründung wird aber auch in diesem „fachlich sehr detaillierten Schreiben" nicht gegeben. Auf das Abfallgebinde bezogen solle es in Zukunft eine Begrenzung von Aktivitätskonzentrationen (Bq/g-Abfallprodukt) geben, gleichzeitig aber sei das Ziel des BLG-Antrags die „Aufhebung der Beschränkung der einlagerbaren Gesamtaktivität". Was sich dahinter verbirgt, schließen wir aus einer anderen Passage des Antwortschreibens: "Nichtmineralische Fixierungsmittel dürfen in unfallsicheren Behältern (z.B. MOSAIK-Gußbehälter) als Bindemittel für Abfälle eingesetzt werden. Dadurch soll die Einlagerung von bitumierten Abfällen aus der Wiederaufarbeitung in La Hague ermöglicht werden."

Es geht also doch - wie wir schon vermutet hatten - in erster Linie um die Abfälle aus der Wiederaufarbeitung, die nach Gorleben kommen sollen! Und die BLG hat auch gleich eine „Hintertreppe" eingebaut: Sollten einzelne Abfallgebinde mit höheren Aktivitätskonzentrationen anfallen, so dürften diese dennoch eingelagert werden, „wenn detaillierte Freisetzungsberechnungen die Einhaltung der Freisetzungsgrenzwerte nachweisen." Mit

anderen Worten, man rechne bereits mit der Überschreitung der Grenzwerte aus der Wiederaufarbeitung, und die BLG besorgt sich vorsorglich einen weiteren Persilschein (s.nachfolgenden Beitrag).
Das Umweltministerium verweist von sich aus auf ein „Versagungsermessen" und gibt bekannt, „rechtzeitig" vor der Erteilung einer Genehmigung nach § 3 StrSchV (Strahlenschutzverordung) „die interessierte und betroffene Öffentlichkeit im Raum Lüchow-Dannenberg" zu informieren. Hoffentlich versagt Rot-Grün an dieser Stellen nicht erneut, aber das anzunehmen, wäre wohl vermessen.

Nachrichten aus der Tropfsteinhöhle

Der Laugenzufluß im Schacht 1 des geplanten Endlagers ist nach 6 Monaten noch immer nicht gestoppt. Damit ist das Abteufen der Endlagerschächte, das im März 1986 begann, inzwischen zwei Jahre im Verzug. Bereits ab Mai 1987, nachdem der Schacht 1 als Folge der starken Konvergenzen einzustürzen drohte, war das Abteufen für fast 18 Monate notgedrungen gestoppt worden. Die offiziellen Stellungnahmen zum gegenwärtigen weiteren Untersuchungsauftrag des nds. Umweltministeriums und der Bergbehörden, sind immer spärlicher geworden. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) geht davon aus, daß die überlange Standzeit des Frostkörpers und die Verstärkung der Gefrierleistung nach dem schweren Unfall im Mai 1987 zu einer Ausweitung der sog. temperaturbedingten „Topfrisszone" geführt habe. Um die Schächte abteufen zu können, wird der Untergrund gefroren. Die Folge sind große Temperaturunterschiede unter Tage. Der Kieler Quartärgeologe Prof. Klaus Duphorn hingegen vermißt seitens des BfS den Gegenbeweis, daß es sich nicht um eine Kombination von künstlichen - durch das Gefrierverfahren hervorgerufene - und natürlichen salztektonischen Rissen handelt. Duphorn: Zwischen 260 und 280 m Tiefe werde der Schacht 1 von einer salztektonischen Störung großen Ausmaßes durchzogen, verschiedene Salzschichten seien mit einer Gesamtmächtigkeit von 100 m en bloc abgerissen und ausgequetscht worden. Bis hinab zur 290m- Sole liegen die Laugenzuflüsse so dicht zusammen, daß von einer „Punktwolke" gesprochen werden müsse. Duphorn vermutet ein ganzes Netzwerk von kommunizierenden Röhren bzw. Rissen. Zusätzliche Untersuchungen - Bohrungen und mineralogische Dünnschliffuntersuchungen seien nötig. Ob überhaupt in 350 m Tiefe das Ausbaufundament errichtet werden könne, sei höchst fraglich.
Daß die Endlagerbauer nicht vorankommen, kritisieren wir natürlich nicht (da hat uns die EJZ Ende Mai falsch wiedergegeben). Und der Machbarkeit des Ausbaufundaments gilt unsere Sorge auch nicht. Denn wir wollen nicht die Fortführung, sondern den Abbruch des milliardenschweren Projekts. Was das Umweltminsterium in Hannover zu unternehmen gedenkt, wissen wir nicht. Wir empfehlen für die Tropfsteinhöhle noch immer den Widerruf des Hauptbetriebsplans.

Besuch aus der CSFR

Der Wiener Bürgermeister zahlte den Bus, das Schwandorfer Anti-WAA-Büro beglich die Kosten für Unterkunft und Verpflegung: so starteten 30 Bewohner aus dem tschechischen Dorf Dukovany bei Brünn am vergangenen Wochenende zu einer Infotour nach Gorleben, wo sie als Gäste der Bürgerinitiative begrüßt wurden.

Anlaß für diese ungewöhnliche „Blitztour" ist der Plan der Nukem, in Dukovany ein Brennelementzwischenlager für den hochradioaktiven Müll zu bauen, der im AKW-Komplex Dukovany angefallen ist und noch anfallen wird. In der vergangenen Woche hatte in Dukovany bereits ein Anhörungstermin stattgefunden. Die Beschäftigung mit den Zwischenlagerplänen habe zu heftigen Diskussionen in dem Dorf und der Umgebung des Kernkraftkomplexes geführt - dort sind 4 Blöcke des sowjetischen Typs WWER mit je 440 Megawatt Nennleistung in Betrieb. Nachdem die Rücklieferung der abgebrannten Brennelemente in die einstige Sowjetunion nicht mehr möglich war, wurden sie in Bohunice zwischengelagert und sollen u.a. jetzt zurückgeführt werden.
Eine wachsende Skepsis der tschechoslowakischen Bevölkerung gegenüber der Atomkraft und - speziell in Sachen Zwischenlagerung - und die Klarheit vor Augen, daß es ein künftiges Endlager in der CSFR nicht gebe, hätten zu einer Ablehnung der aktuellen Planungen in Dukovany geführt, erläuterte der Bürgermeister Dukovanys, Vitezslav Jonas, in einer mehrstündigen Gesprächsrunde in Trebel, die nach der Besichtigung der Gorlebener Atomanlagen am Morgen stattfand. Zweifelhaftes habe man auch über die Rolle der Nukem im Transnuklearskandal erfahren und: „Das AKW hat Dukovany nicht besiegt!" umriß Jonas die Stimmung vor Ort. Neben Fachfragen standen die Motive der Lüchow-Dannenberger Atomkraftgegner, die Rolle der Kommunen und der Kommunalparlamente am Nachmittag im Mittelpunkt des Interesses der Gäste aus der CSFR. Aufgrund der politischen Umbruchsituation in der CSFR komme derzeit den Kommunen bei der Entscheidung über ein Für und Wider der Atommüllagerung ein großes Gewicht zu. Undine von Blottnitz, Ex-Europarlamentarierin und jetzt im Bundesvorstand der Grünen, beschwor die Gäste, ihre Skepsis zu bewahren und sich nicht von Hochglanzbroschüren und Professorentiteln beeindrucken zu lassen. Offensichtlich, so die Mahnung, versuche die Atomindustrie angesichts leerer Auftragsbücher im Westen nun im Osten die Schwierigkeiten bei der Energieversorgung schamlos für ihre Geschäftsinteressen zu nutzen. Aber auch nach den „Gorleben-Geldern" wurde gefragt, der Begriff schien einigen der Gäste bereits bekannt. Das Resümee des atomkritischen Bürgermeisters Jonas zum Abschied: man wolle sich nicht finanziell ködern lassen und weiter nein zu den Plänen der Nukem sagen.

Gorleben-Prozesse neue Welle

Seit 18. Mai wird vor dem Amtsgericht Dannenberg gegen Gorlebengegner/innen verhandelt. Widerstandsaktionen in der Zeit vom 6. Februar 1990 bis zum 19. Februar 1991 haben nun ein gerichtliches Nachspiel: gemeint sind die Blockadeaktionen bei Baubeginn der Pilotkonditionierungsanlage (PKA), Aktionstage zu Ostern 1990 und Besetzungsaktionen - zum einen wurde die PKA-Baustelle in Greenpeacemanier im letzten Jahr symbolisch besetzt, zum anderen wurden die Türme der Endlagerschächte bestiegen und damit das Schachtabteufen für einen Tag lahmgelegt.
In scharfer Form hatte sich die BI Umweltschutz gegen die Vorverurteilung der Demonstranten verwahrt. Das Landgericht Lüneburg hatte die Angeklagten in einer Presseerklärung als „gewalttätige Gorleben-Demonstranten" bezeichnet. An die Adresse der Staatskanzlei in Hannover verwies die BI-Vorsitzende Susanne Kamien in einem Brief auf den Widerspruch, daß die rot-grüne Koalition zwar aus der Atomenergie aussteigen wolle, Polizei und Gerichte in Niedersachsen aber normale Widerstandshandlungen und bürgerlichen Ungehorsam zu „staats- und gesellschaftsfeindlichen Taten aufbauschen". Auch die Diskussion der Bundes-SPD über positive Änderungen von Rechtsformen - so sollten Sitzblockaden künftig straffrei bleiben - schienen „Schall und Rauch". Die BI betonte, auch Recht und Gesetz seien einem gesellschaftspolitischem Wandel unterzogen, die Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft Lüneburg atme den „proatomaren Geist von gestern".
Einstellung aller Verfahren!
Schluß mit der Kriminalisierung der AKW-Gegner/Innen!
Insgesamt hat die Staatsanwaltschaft in 36 Fälle Anklage erhoben!

Prozessinfos:

Prozessinfos über das BI-Büro, Drawehnerstr.3, 3130 Lüchow, 05841/ 4684

Castor-Transporte im Herbst ?

CASTOR-Transporte im Herbst??? Wir stellen uns bereits jetzt darauf ein, ruft uns an, fragt einmal nach. Wird es heiß, gibt es Rundbriefe. Wer will mit in die Telefonkette bei Alarm?
Wir werden die Herbstkonferenz der Anti-Atom-Initiativen im Wendland ausrichten. Termine werden wir rechtzeitig bekanntgeben, aber so, daß sie nicht mit dem Erörterungstermin in Salzgitter kollidieren.

Wolfgang Ehmke

„Wir sind gegen SCHACHT KONRAD -

Unter diesem Motto sollen gleich nach den Sommerferien zahlreiche Aktionen zur Verhinderung eines Atommüllendlagers SCHACHT KONRAD in Salzgitter laufen. Anlaß ist der wahrscheinlich am Montag, den 28. September 1992 (gleichzeitig Beginn der Herbstferien in Niedersachsen!) beginnende "Erörterungstermin". Trotz der 289.000 Einwendungen (so lautet die jetzt offiziell genannte Zahl) hält Bundesumweltminister Töpfer weiterhin an dem Projekt fest.

Statt sich mit den Einwendungen sachlich und politisch auseinanderzusetzen, macht sich Töpfer zum Büttel der Atomlobby und versucht das Projekt mit dem Weisungshammer durchzupeitschen. Die Gutachter der Genehmigungsbehörde (des Nieders. Umweltministeriums) haben die Prüfung der Einwendungen (einschl. der Stellungnahmen der Kommunen mit ihren umfangreichen Gutachten) noch längst nicht abgeschlossen und werden die Prüfung auch im Herbst noch nicht abgeschlossen haben. Töpfer will das Ergebnis nicht abwarten und hat das Nieders. Umweltministerium angewiesen, „den Erörterungstermin spätestens am 28.09.92 begonnen zu haben".

Der Atomwirtschaft rennt die Zeit davon. Die völlig ungelöste „Entsorgung" bleibt eines der größten Akzeptanzprobleme (für den weiteren Ausbau der Atomenergie) und ein faktisches Problem, die bestehenden Zwischenlager werden nach offiziellen Vorausberechnungen bis 1997 randvoll sein.
Ab 1993 muß die Bundesrepublik den Atommüll zurücknehmen, der bei der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente im Ausland (in La Hague und Sellafield) angefallen ist. Diese Abfallmenge macht übrigens ca. 50% des für SCHACHT KONRAD vorgesehenen Atommülls aus.

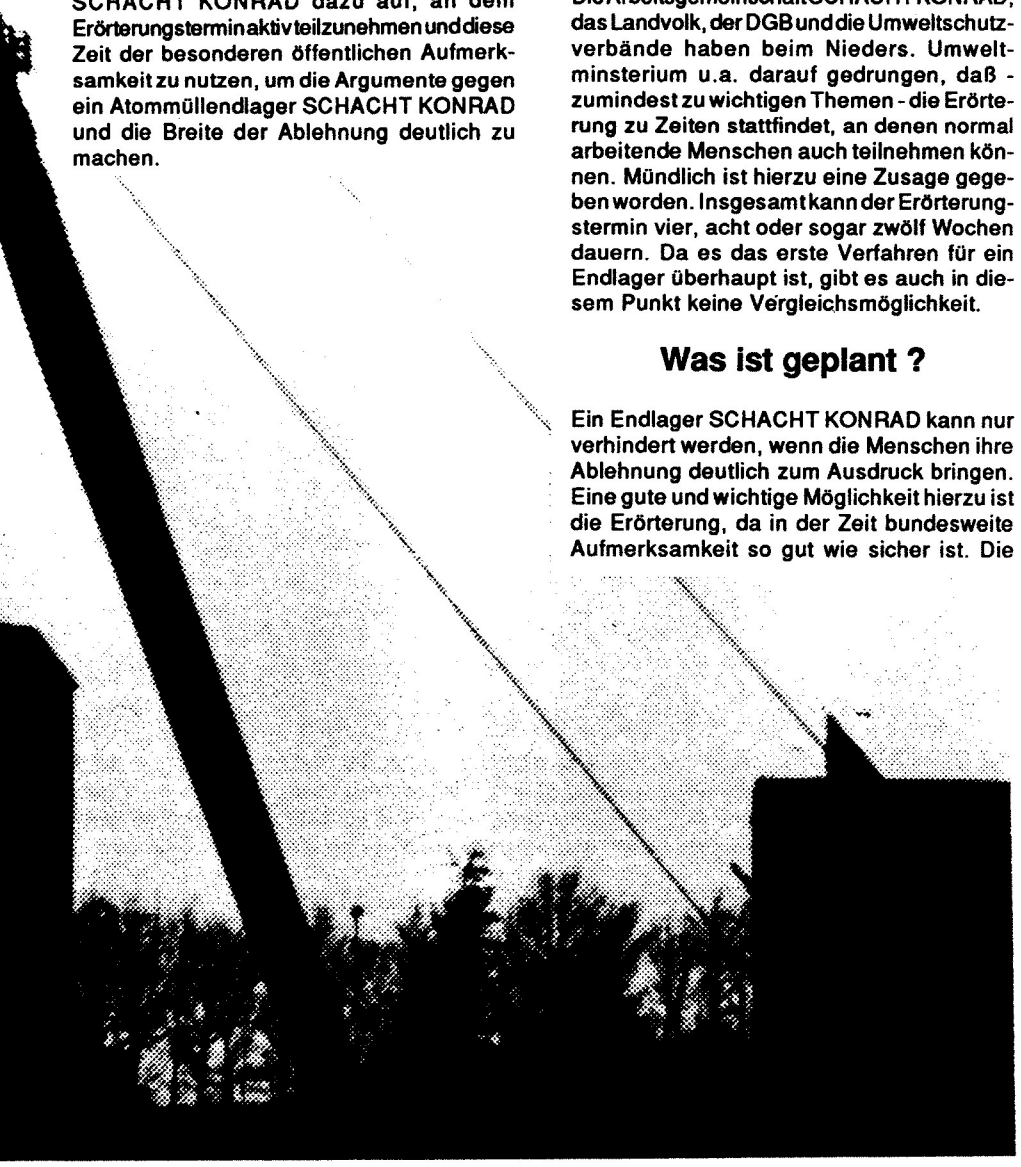
Und SCHACHT KONRAD ist für die Bundesregierung nach wie vor ohne Alternative. Nach dem Erörterungstermin wird Töpfer versuchen, möglichst schnell einen Planfeststellungsbeschluß zu erwirken. Den muß zwar das Nieders. Umweltministerium treffen, aber aufgrund seiner Weisungskompetenz wird er zumindest versuchen, diesen zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Offen ist allerdings, ob die in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ausgesprochene Weisungskompetenz wirklich soweit reicht, daß der Antragsteller über die Genehmigung seines Antrages letztendlich selbst entscheiden kann. Sollte es - wie auch immer - zu einem Planfeststellungsbeschluß kommen, der eine Endlagerung in SCHACHT KONRAD genehmigt, hätte eine Klage höchstwahrscheinlich keine aufschiebende Wirkung. D.h. wenn der Beginn der Einlagerung wirklich verhindert werden soll, müssen die Menschen in der Region, aber auch bundesweit, die das wollen, sich entsprechende (neue) Maßnahmen überlegen.

Mit Kompetenz und Phantasie gegen die geballte Macht“

Was bringt der Erörterungstermin ?

Im Erörterungstermin wird auf jeden Fall keine abschließende Entscheidung gefällt. Er hat den Zweck, die Genehmigungsbehörde zu ertüchtigen, damit sie einen Planfeststellungsbeschluß fällen kann, der möglichst „gerichtsfest“ ist. Die Einwender und Einwenderinnen (andere sind - formal gesehen - gar nicht einlaßberechtigt) können ihre Einwendungen noch einmal mündlich vortragen und durch Sachbeistände untermauern lassen. Die Klagemöglichkeit hat man sich mit der (fristgerecht eingereichten) Einwendung gesichert; die Erörterung ist in diesem Zusammenhang unerheblich.

Trotzdem ruft die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD dazu auf, an dem Erörterungstermin aktiv teilzunehmen und diese Zeit der besonderen öffentlichen Aufmerksamkeit zu nutzen, um die Argumente gegen ein Atommüllendlager SCHACHT KONRAD und die Breite der Ablehnung deutlich zu machen.



Für die Erörterung wird auf dem Festplatz an der Neißestraße in Salzgitter-Lebenstedt eigens eine Leichtbauhalle errichtet, die 1.000 bis 2.000 Personen fassen kann. Das Nieders. Umweltministerium wird aus den eingegangenen Einwendungen einen zu erörternde Themenabfolge festlegen. Zumindest wochenweise soll vorher öffentlich bekannt gegeben werden, wann welche Themen „dran“ sind. Dann hat jede R Einwender In das Recht, sich zu dem Thema mündlich zu äußern. Der Verhandlungsleiter (der vom Nieders. Umweltminsterium) benannt wird, bestimmt, wer wann und wie lange reden darf. Der Antragsteller, das Bundesamt für Strahlenschutz (die mit ca. zehn Personen anwesend sein werden), wird sicherlich häufiger aufgefordert werden, sich zu den einzelnen Punkten zu äußern.

Die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD, das Landvolk, der DGB und die Umweltschutzverbände haben beim Nieders. Umweltminsterium u.a. darauf gedrungen, daß - zumindest zu wichtigen Themen - die Erörterung zu Zeiten stattfindet, an denen normal arbeitende Menschen auch teilnehmen können. Mündlich ist hierzu eine Zusage gegeben worden. Insgesamt kann der Erörterungstermin vier, acht oder sogar zwölf Wochen dauern. Da es das erste Verfahren für ein Endlager überhaupt ist, gibt es auch in diesem Punkt keine Vergleichsmöglichkeit.

Was ist geplant ?

Ein Endlager SCHACHT KONRAD kann nur verhindert werden, wenn die Menschen ihre Ablehnung deutlich zum Ausdruck bringen. Eine gute und wichtige Möglichkeit hierzu ist die Erörterung, da in der Zeit bundesweite Aufmerksamkeit so gut wie sicher ist. Die Diskussion bei der Erörterung darf nicht den Fachleuten überlassen bleiben.

Nichtsdestotrotz versucht die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD Mittel zu erschließen, um interessierten EinwenderInnen Sachbeistände vermitteln zu können. Eine erste Beratung für EinwenderInnen bietet die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD auf dem KONRAD-Kongreß am Samstag, den 18. September 1992 im DGB-Haus in Salzgitter an. Direkt neben der Leichtbauhalle werden der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD vom Nieders. Umweltministerium Räumlichkeiten und technische Voraussetzungen gestellt, um dort u.a. eine Beratung vor Ort durchführen zu können.

Demo am 17. Oktober 1992

Um die Breite der Ablehnung deutlich zu machen, ruft die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD schon jetzt zu einer bundesweiten Demonstration am Samstag, den 17. Oktober 92 um ca. 14.00 Uhr in Salzgitter-Bleckenstedt auf. Mitte Juni will die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD einen nächsten bundesweiten Rundbrief verschicken, um die geplanten Aktivitäten näher zu erläutern.

Neue Adresse der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD

Die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD hat seit dem 1. Mai 1992 ein neues (und größeres) Büro in Braunschweig, Petzvalstr. 50, Tel.: 0531 / 37 81 21/22 und Fax: 0531 / 37 81 51.
Das Büro in Salzgitter-Bleckenstedt wird zu einem Informationsbüro ausgebaut und ist nach Vereinbarung geöffnet.

Für die Durchführung dieser Maßnahmen benötigt die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD dringend Spenden:

Nr. 378752-308 PGiroA Hannover (BLZ 250 100 30)

Nr. 93 44 250 NORD/LB Wolfenbüttel (BLZ 270 500 00)

(Die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e.V. ist als gemeinnützig anerkannt - Spenden sind deshalb steuerlich absetzbar - eine Spendenquittung wird Anfang 1993 zugesandt - Bitte Absender leserlich schreiben)

Claus Schröder

STANDORT SPLITTER

Gewaltfrei gegen die atomare Bedrohung

Kettenreaktion Hanau

informiert über ihre Blockade des Brennelementewerks und über die Arbeit danach: Zunächst zur Aktion selbst. DIE SIEMENS-BLOCKADE AM 9.3.92

Die ca. 130 TeilnehmerInnen der Aktion kamen aus dem gesamten Bundesgebiet, knapp 60 von ihnen hatten sich entschlossen, als BlockierInnen teilzunehmen. Unter anderen nahmen ÄrztInnen, Mitglieder von Ordensgemeinschaften, Polizisten und Pfarrer teil, sowie - als vielleicht prominenteste Teilnehmer - der Schriftsteller (und ehemalige Bundestagsabgeordnete) Dieter Lattmann und Klaus Vack vom Komitee für Grundrechte und Demokratie. Die größte Gruppe der UnterstützerInnen kam mit einem Bus aus Wackersdorf, die größte eigenständige Gruppe von BlockiererInnen waren Mitglieder des Odenwälder Friedensforums. Von den 54 BlockiererInnen, die am 9.3. festgenommen worden sind, hatten 18 bereits mehrmals vorher an Blockaden in Hanau teilgenommen, für alle übrigen war es die erste Blockade des Brennelementewerkes. Die Zahl der TeilnehmerInnen, die im direkten Umkreis von Hanau wohnen, hat zugenommen; etwa ein Drittel der UnterstützerInnen und BlockiererInnen kamen aber aus recht entfernten Orten zur Aktion nach Hanau. Ohne diese bundesweite Unterstützung wäre es nicht möglich gewesen, eine wirksame Blokkade aller Zufahrten zum Brennelementewerk zu bewerkstelligen.

In mehrfacher Hinsicht beurteilen wir die Aktion als erfolgreich:

- Die Schadensersatzdrohung gegen BlockiererInnen - von der Firma Siemens nach der Blockade am 6.3.1991 ausgesprochen, hat ihr Ziel (Einschüchterung und Maßregelung) nicht erreicht: im Gegenteil haben sich weit mehr Menschen als zuvor an der jüngsten Blockade-Aktion beteiligt. Es konnte also verhindert werden, daß ein Exempel darüber statuiert wird, wie mächtige Firmen und Institutionen gewaltfreien Widerstand in die Knie zwingen können.
- Unsere Anstrengungen, gegen die Schadensersatzforderungen eine Welle von Solidarität und Unterstützung zu mobilisieren, hat nicht nur zu der starken Beteiligung an der Aktion selbst geführt, sondern eine Vielzahl von Kontakten geschaffen und (mit) dafür gesorgt, daß Informationen über die Hanauer 'atomaren Vorgänge' stärker wahrgenommen werden. Ein Ausfluß dieser Arbeit ist die weiter unten besprochene Broschüre mit Briefen an Siemens.

Wir haben versucht, die bei uns eingegangenen Rückmeldungen zur Aktion sorgfältig auszuwerten. Alle TeilnehmerInnen bekommen diese Auswertung (sowie einen Pressespiegel) automatisch zugeschickt. Wer sonst noch Interesse hat, möge sich bitte melden (siehe auch Materialliste am Schluß).

Weitere Aktionen, Ausblick

Am 27.4.92 haben drei Mitglieder der 'Bürgerinitiative Energiewende Stendal' eine Mahnwache auf dem Gelände des Brennelementewerkes durchgeführt. Ohne von den Wachleuten des Werkschutzes behindert zu werden, betraten sie das Betriebsgelände und konnten sich eine zeitlang unbeobachtet darauf bewegen. Erst als sie mit dem ausgerollten Transparent („Wir schweigen mahnend für die Opfer der Atomtechnik") in den Bereich des Haupttores zurückgingen, wurden sie vom Werkschutz aus dem Betriebsgelände herausgebracht; sie konnten aber die Mahnwache unmittelbar vor dem Pförtnerhaus fortsetzen.

Wir möchten gerne mit Euch gemeinsam über die Fortsetzung derartiger Aktionen beraten, die mit sehr viel weniger TeilnehmerInnen und relativ unaufwendiger Vorbereitung umgesetzt werden können. Unserer Ansicht nach ist die geringe Zahl von TeilnehmerInnen dann kein Mangel, wenn es gelingt, die wichtigen Aussagen und Zeichen in der Aktion zum Leben zu bringen und deutlich zu machen.

Einige TeilnehmerInnen der Blockade am 9.3.92 haben die Erwartung geäußert, bis zu einer nächsten großen Aktion Zivilen Ungehorsams gegen den Betrieb des Brennelementewerkes solle nicht wieder ein ganzes Jahr verstreichen. Obwohl auch wir den Wunsch haben, den Widerstand zu verstärken, sehen wir diese Erwartungen mit gemischten Gefühlen:

- personell ist die Kettenreaktion mit einer Kerngruppe von derzeit 6 'SchafferInnen' an den Grenzen der Belastbarkeit. Eine so große Aktion wie am 9.3. läßt sich deshalb nicht beliebig oft wiederholen.
- Die Entscheidung, zu einer Blockade des Werkes aufzurufen, war für uns stets ein Resultat aus der unmittelbaren Auseinandersetzung mit den Verantwortlichen der Firma Siemens. Sie ist also nie einseitig und 'automatisch' getroffen worden, sondern immer erst nach einem genauen Hinhören, ob sich im Konflikt mit Siemens auch noch andere Wege öffnen könnten, das Ziel - die Beendigung der Brennelementeproduktion - zu erreichen. Unser nächster Schritt wird es sein, von Siemens Reaktionen auf die Blockade vom 9.3.92 einzufordern. Vorher können und wollen wir über das Datum einer nächsten großen Aktion noch nichts sagen.
- Bei den Vernetzungstreffen der gewaltfreien Anti-AKW-Initiativen diskutieren wir z.Zt., ob es zu den Blockade-Aktionen bessere Alternativen gibt - beispielsweise 'Reingeh'-Aktionen wie die oben beschriebene.
- Die hier angerissenen Fragen möchten wir mit möglichst vielen von Euch bei einem „Perspektiven-Treffen" beraten, zu dem wir für den 31.10./1.11.92 nach Hanau oder Frankfurt einladen werden. (Bitte den Termin schon notieren!!) Da wir erst jetzt - gut zwei Monate nach der Aktion - dazu kommen, in Ruhe über weitere Perspektiven nachzudenken, können wir unsere Gedanken dazu erst im nächsten Rundbrief vorstellen.

Bei all diesen Überlegungen ist es für uns sehr wichtig zu wissen, wie hoch Eure Bereitschaft ist, mit uns zusammen - oder selbständig - am Brennelementewerk in Hanau zivilen Ungehorsam zur Überwindung der atomaren Gefahr zu leisten. Meldet Euch bitte bei der u.g. Kontaktadresse.

- Neben den Aktionen Zivilen Ungehorsams möchten wir an der regelmäßigen Präsenz am Werk festhalten. Wie ihr wißt, sind wir am

6. eines jeden Monats (in der Regel von 15.00 bis 17.00 Uhr) am Werk. Wir würden es sehr begrüßen, wenn andere Gruppen einzelne dieser Präsenz-Daten übernehmen würden oder sich daran beteiligten. Zum einen, um etwas von der Breite des Widerstandes immer wieder vor Ort sichtbar werden zu lassen, zum anderen wäre uns das eine willkommene Entlastung. Natürlich seid ihr auch als Einzelpersonen herzlich eingeladen, immer mal wieder an einem 6. teilzunehmen. (Am besten aber kurz vorher bei einer/m von uns anrufen, um zu erfahren, ob es terminlich irgendwelche Verschiebungen gibt!).

- Am 6.5. haben wir die Präsenz am Werk genutzt, den MitarbeiterInnen im Werk eine Reihe von Briefen anzubieten, die (v.a.) im Vorfeld der letzten Blockade an die Siemens-Werksleitung geschrieben worden waren; sie erschienen uns inhaltlich so wichtig, daß wir sie den Beschäftigten zur Kenntnis bringen wollten (siehe Materialliste). Zum Preis von DM 2,00 haben wir erstaunlich viele Broschüren verkaufen können. Eine andere Hoffnung hat sich leider nicht erfüllt: Wir hatten verschiedene Kontakte zu den SchutzpolizistInnen genutzt, diejenigen unter ihnen, die sich ebenfalls Sorgen wegen der Nuklearbetriebe machen, zur Mahnwache am 6.5. besonders einzuladen. Es hat sich aber an diesem Tag keine/r von den PolizistInnen zum Werk aufgemacht. (aua, aua !,d.S.)

Sehr beeindruckend war für uns dagegen die Teilnahme von Sinaida, der Mutter von Larissa, einem an Leukämie erkrankten Mädchen aus Weißrußland. Sinaida und Larissa halten sich in Frankfurt auf, seitdem Larissa an der Frankfurter Universitätsklinik behandelt wird. Die TeilnehmerInnen der Blockade kennen ihre Namen bereits, denn Larissa hatte - vom Krankenbett aus - zur Gestaltung der Meditation beigetragen; sie hat dem Text die Namen derjenigen ihrer MitpatientInnen zugefügt, die - wie sie - durch den Super-GAU von Tschernobyl an Leukämie erkrankt waren und bis zum Tag der Blockade bereits verstorben waren. Darunter alle Kinder, die mit ihr zusammen die Behandlung in Frankfurt begonnen hatten.

Die Prozesse

Von den ursprünglich 18 Verfahren im Zusammenhang mit der Siemens-Blockade vom 6.3.91 (15 Festnehmen wg. der Aktion plus 3 x Ermittlungen wg Aufruf zur Blockade) waren im Vorfeld 13 eingestellt worden. 5 BlockiererInnen hatten einen Strafbefehl wegen „Nötigung" erhalten und Widerspruch dagegen eingelegt, so daß es nun zu mündlichen Verhandlungen vor dem Amtsgericht Hanau kommt. Die erste dieser Verhandlungen hat am 7. April stattgefunden, die 4 weiteren werden in den nächsten Wochen terminiert werden. Bei der Verhandlung am 7.4. gegen Michael Dietrich (Mitglied der FI Maintal) hat Richter Berner nach einer ausführlichen Beweisaufnahme angeregt, einer Einstellung des Verfahrens nach § 153,2 StPO (also ohne Auflagen) zuzustimmen. Dabei handelt es sich um eine Einstellung wg. Geringfügigkeit; d.h. alle Verfahrensbeteiligten verzichten auf eine endgültige Klärung der „Schuldfrage", weil die Schuld in jedem Fall als gering anzusehen wäre. Nach der Erhebung der Klage erfordert eine solche Einstellung das Einverständnis nicht nur des Staatsanwaltes, sondern auch des Beschuldigten.

Im allgemeinen finden wir diese Art „Freispruch zweiter Klasse" nicht unbedingt erfreulich; es spricht vieles dafür, die Schuldfrage eben nicht offen zu lassen, eine Einstellung nach § 153,2 abzulehnen und stattdessen einen klaren Freispruch zu verlangen (-auf die Gefahr hin, daß dann doch verurteilt wird).

In diesem Fall sind wir aber gemeinsam ... zu dem Schluß gekommen, es könne richtig sein, auf das Einstellungs-Angebot in diesem Fall einzugehen. Ausschlaggebend dafür war die Tatsache, daß in die Positionen des Richters und (besonders) des Staatsanwalts im Verlauf der Verhandlung sichtbar Bewegung hineingekommen war. Das Einstellungsangebot hatte insofern nicht den Charakter der 'bequemsten Lösung' für die Justiz, sondern schien ein Ergebnis der ernsthaften Auseinandersetzung mit der Sache zu sein. Das ging insbesondere aus den ausführlichen Nachfragen des Richters im Anschluß an Michaels Verteidigungsrede hervor. (Michael hatte darauf verzichtet, sich von einem Anwalt vertreten zu lassen.)

Ob es in den späteren Verfahren wieder mit der Zustimmung des Beschuldigten zu dem (möglichen und wahrscheinlichen) Angebot einer Verfahrenseinstellung ... kommen wird, ist allerdings noch völlig offen.

Neueste Nachricht:

Zur Zeit stimmen sich die zuständigen Richter offensichtlich darüber ab, ob sie die vier Verfahren aus 1991 noch vor der Eröffnung der Hauptverhandlungen einstellen können. Wenn es dazu kommt, könnte wegen der Blockade vom 6.3.91 niemand mehr juristisch verfolgt werden.

Einer der Blockierer vom 9.3.92 hat bei der Staatsanwaltschaft erfahren, daß den 54 an diesem Tag festgenommenen BlockiererInnen die Einstellung der Verfahren gegen Zahlung von DM 100,- an die „Kinder von Tschernobyl" angeboten werden soll. Wir werden in den nächsten Wochen mit allen davon Betroffenen beraten, wie wir uns diesem Angebot gegenüber verhalten wollen, wenn es denn kommt.

Wichtig:

Teilt uns bitte mit, wenn wir Euch über aktuelle Prozeßtermine und Terminverschiebungen benachrichtigen sollen (Adresse s.u.).

Die Ausweitung der Arbeit bringt weitere Kosten mit sich. Deshalb möchten wir allen herzlich danken, die uns in den letzten Monaten mit Geldspenden so ermutigend den Rücken gestärkt haben!

Neue Materialien im Überblick:

- Besorgte BürgerInnen schreiben an Siemens (Broschüre, 2,-DM + Porto)
- Gedächtnis-Protokoll der Verhandlung wg. Nötigung am 7.4.92 (Amtsgericht Hanau)
- Verteidigungsrede von Michael Dietrich gegen den Vorwurf der Nötigung
- Auswertung der gewaltfreien Blokkade-Aktion bei Siemens am 9.3.92
- Presse-Spiegel zur Blockade-Aktion am 9.3.

Kettenreaktion Hanau,
I. Laubenthal, Obermainanlage 27, 6000 Frankfurt/M. 1

STANDORT SPLITTER

Atomtests aktuell -

Neuer Atomtest der USA

Am 30. April 1992, um 9.30 Uhr explodierte „Diamond Fortune", die 2. Atombombe dieses Jahres, in einem Tunnel auf dem den Indianern gestohlenen Testgelände der USA in Nevada. Der Test diente dazu, die Wirkung der Atomstrahlung auf elektronische Kommunikationsgeräte zu prüfen. Nach dem Test wurde der Tunnel entlüftet, d.h. es erfolgte eine absichtliche, sogenannte „kontrollierte" Freisetzung von RADIOAKTIVITÄT.
Die Uran-AG beschloß sofort nach Bekanntwerden am 5. Mai, am nächsten Tag eine Mahnwache am US-Konsulat zu machen (17-18 Uhr). Martin Köffler von der Atomteststopp-Kampagne (früher Friedenstestkampagne) hatte uns mitgeteilt, daß solche Mahnwachen an fünf weiteren Orten in der BRD veranstaltet werden.
Im Zusammenhang mit dem neuen Test sagte er, daß es in Nevada wieder große Proteste gegeben habe, am Ostersonnabend sind 3.000 Menschen an der Test Site gewesen. 800 wurden festgenommen, weil sie in das Gelände eingedrungen waren. Am Dienstag vor dem Test wurden noch sechs und am Mittwoch zwei Personen im Testgelände festgenommen.
Unsere Mahnwache fiel etwas kümmerlich aus (vier Menschen, zwei Transpas und eine Papptafel). Trotzdem wagten es die Amis nicht, einen Brief von uns in Empfang zu nehmen, in dem wir u.a. nochmal unseren Wunsch nach einem persönlichen Gespräch wiederholten. Sie riefen stattdessen einen deutschen Peterwagen zu Hilfe. Der Versuch des freundlichen Polizeibeamten, unseren Brief doch noch an den Mann oder die Frau zu bringen, war ebenfalls erfolglos. Also haben wir ihn schließlich -jetzt, wo der Streik beendet ist- der Post anvertraut, per Einschreiben. Wir wissen dann hoffentlich am 28., ob es wirklich eine unüberwindliche Abneigung gegen Gespräche über Atomtests bei der US-Vertretung gibt...
Der etwas frustige Verlauf dieser Spontan-Aktion ändert aber nichts daran, daß der Protest von den KonsulatsmitarbeiterInnen bemerkt wurde und daß sie ihn auftragsgemäß an ihre Regierung melden müssen. Das finden wir, ist Grund genug, auch nach dem nächsten Test, der uns ja vermutlich nicht erspart bleibt, wieder dort zu sein.
TERMIN:... Es soll am 12. Oktober einen bundesweiten Aktionstag gegen Atomtests geben und da dies der 500. Jahrestag der Ankunft von Columbus auf dem amerikanischen Kontinent ist, soll thematisch auf die Situation der Ureinwohner, insbesondere der Western Shoshone Bezug genommen werden.
Wir sind natürlich dabei...
Wir rufen auch nochmal zum Protestbriefversand an US-Botschaft und -Konsulat auf.

Liebe Grüße von der Uran-AG, i.A. Elke

Radioaktive Wolke über Hamburg

Hamburg. Brunsbüttel, Brokdorf, Stade, Krümmel: Vier AKW's im Nahbereich von Hamburg, der Zwei-Millionen-Metropole, sind eine ständige Bedrohung. Wir wissen, daß im Falle einer atomaren Katastrophe unser Überleben nur noch von der Windrichtung abhängt. Welche schrecklichen Folgen ein solcher Unfall für uns haben würde, hat uns 1986 das Unglück von Tschernobyl gezeigt. Noch immer führen uns die Nachrichten aus dieser Region vor Augen, daß Mißbildungen, Krankheit und Tod bei Menschen und Tieren grausamer Alltag sind. Durch diesen Unfall und die nachfolgenden Proteste der Bevölkerung wurde die Hamburger SPD aufgerüttelt. Sie versprach uns, daß der Ausstieg aus der Atomenergie in der Satzung der Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) festgeschrieben werden sollte.
Jetzt endlich, sechs Jahre später, soll dies auf der Jahreshauptversammlung der HEW-.Aktionäre geschehen. Daß dies gelingt, erscheint sicher, denn der Hamburger Senat besitzt 73 % der HEW-Aktien.
Also nun doch - ein später Sieg der Anti-AKW-Bewegung ?
Weit gefehlt! Die notwendigen konkreten Schritte, die dieser Entscheidung folgen müßten, wurden von der SPD als Regierungspartei nicht gemacht. Vielmehr eilt die Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung: Die HEW will in den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel hochgiftige plutoniumhaltige Brennstäbe (MOX-Brennelemente) einsetzen. Die SPD gibt ihr dabei Rückendeckung.
Was ist MOX ?
Das Kürzel MOX bedeutet Misch-OXid. Dahinter verbirgt sich das Gemisch aus Uran und Plutonium. Es fällt bei der Wiederaufbereitung verbrauchter Uran-Brennstäbe

Polizei beendet die Blockade

Umweltschützer wollten Transport abgebrannter Brennstäbe

von Eckart Spoo aus Frankfurter Rundschau vom 3. Juni 1992

HANNOVER, 2. Juni. Die niedersächsische Polizei hat am Dienstag die Greenpeace-Blockade des Atomkraftwerks Unterweser bei Esenshamm beendet. Nach Angaben eines Polizeisprechers wurden 35 Demonstranten zur Feststellung der Personalien vorübergehend festgenommen.

Mehr als 40 Umweltschützer hatten am Montag morgen das Bahngleis des Kraftwerks besetzt. Sie errichteten einen Stahlturm auf den Schienen und ketteten sich an einen Zaun, um den Abtransport verbrauchter, hochradioaktiver Brennstäbe zur britischen Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield zu verhindern. Am Montag bemühte sich die Polizei in Gesprächen mit Vertretern der Umweltschutzorganisation und des Energie-Konzern Preussenelektra vergeblich um eine gütliche Beilegung des Konflikts. Nach einer Strafanzeige des Unternehmens gab dann das von Gerhard Glogowski (SPD) geleitete niedersächsische Innenministerium grünes Licht für den Polizeieinsatz. Ein Sprecher des Innenministeriums sagte, die Räumung wäre nicht erfolgt, wenn das von Monika Griefahn (parteilos) geleitete Umweltministerium in Hannover massive Bedenken erhoben hätte. Die Polizei nahm die Greenpeace-Aktivisten für einige Stunden in Sicherungsverwahrung, wo sie erkennungsdienstlich behandelt wurden. Die Umweltschützer warfen der Landesregierung anschließend vor, sie mache sich zum Erfüllungsgehilfen von Preussenelektra.

Greenpeace hatte die Aktion mit einer Aufforderung an Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) verbunden, die politischen Weichen zum Ausstieg aus der „ungesetzlichen" Wiederaufarbeitung im Ausland zu stellen. Schon jetzt gebe es in der Umgebung von Sellafield wesentlich mehr Leukämie-Fälle als in anderen Teilen Großbritanniens; durch eine neu errichtete Wiederaufarbeitungsanlage werde sich die Radioaktivität in der Umgebung noch um ein Mehrfaches erhöhen, argumentierten die Umweltschützer. Dagegen ließ Töpfer mitteilen, mit der neuen Anlage werde die zulässige Strahlenbelastung der Bevölkerung bei weitem nicht erreicht.

Die niedersächsische Ministerin Griefahn unterstützte das Anliegen der Demonstranten zumindest politisch. Wenn Töpfer behaupte, abgebrannte Brennelemente könnten im Ausland schadlos verwertet werden, unterschlage er seit langem bekannte Tatsachen, sagte die Ministerin am Dienstag. Vor allem der Ärmelkanal und die Irische See würden mit radioaktiven Substanzen belastet. Man dürfe die Wiederaufarbeitung, die in Deutschland am Widerstand der Bevölkerung in Gorleben und Wackersdorf gescheitert sei, nicht „schönreden", wenn sie im Ausland stattfinde. Die genehmigten Grenzwerte in der neuen britischen

an. Plutonium zählt zu den giftigsten Stoffen, die es auf der Welt gibt. Ebenfalls wird daraus die Kernbombe gebaut. Solch gefährliche Brennelemente sollen nun in Brunsbüttel und Krümmel in den AKW's eingesetzt werden.
Schon jetzt steht das AKW Krümmel unter starkem Verdacht, für das häufige Auftreten von Leukämie in der Umgebung verantwortlich zu sein.
Die SPD vernachlässigt die ihr zur Verfügung stehenden Mittel, den Atom-Riesen HEW zum Ausstieg zu bewegen. Dies zeigt sich beispielsweise in den derzeit laufenden geheimen Verhandlungen über einen neuen Konzessionsvertrag. Mit diesem Vertrag gibt die Stadt Hamburg der HEW das Recht auf das Stromversorgungsmonopol. Der Senat könnte hierin der HEW eine Stromversorgung ohne Atomstrom vorschreiben. Daß diese Verhandlungen in aller Stille ablaufen, läßt nichts Gutes ahnen.
Die Satzungsänderung wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Damit aber auf schöne Worte die entsprechenden Taten folgen, müssen wir bei der SPD und der HEW tatkräftig Druck machen.

Weitere Informationen:
Gewaltfreies Aktionsbündnis,
Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/ 390 92 22

Kampftag der Neofaschisten verhindert

Rund 1.000 AntifaschistInnen waren nicht bereit, den Kampftag des „Deutschen Kameradschaftsbundes" am 23. Mai in Wilhelmshaven tatenlos hinzunehmen.
Durch die regionale und überregionale Mobilisierung trafen sich rund 1.000 Antifas am Kundgebungsplatz der Neo-FaschistInnen. Dem lautstarken „HAUT AB" der Antifas konnten die Faschos nichts entgegensetzen. Sich im „Eierregen" duckend, konnten sie ihr Redekonzept nicht durchziehen. Übrig blieben wüste Beschimpfungen gegen Flüchtlinge und Linke. Ihr Konzept, die „Vereinigte Rechte" zu repräsentieren, ging nicht auf. Anstatt der angekündigten 200 - 300 Neo-FaschistInnen kamen nur ca. 100 an; u.a. fehlte Roman Dannenberg als einer der Hauptredner und seine Sachsen-Fraktion, die „Deutsche Alternative". Es redeten nur Christian Worch und Thomas Wulff (Nationale Liste Hamburg). Die „Lokalgrößen" Thorsten de Vries und Thorsten Schoenrock trauten sich nicht einmal, in „ihrer" Stadt öffentlich aufzutreten. Dies ist als Schlappe der Neo-FaschistInnen zu bewerten.

STANDORT SPLITTER

Auf die gewünschte Öffentlichkeit der Wilhelmshavener BürgerInnen mußte verzichtet werden, da die Neo-FaschistInnen nur unter Bullenschutz ihren Kundgebungsplatz betreten konnten und genauso wieder abziehen mußten. Somit fiel der geplante Aufmarsch gänzlich in's Wasser. An ihrem Sammelplatz wurde ihre Abfahrt durch zerstochene Reifen verzögert. Auch hier wurden die Neo-FaschistInnen durch die Bullen vor den Antifas geschützt. Dementsprechend blieb die geplante „Jubelfahrt" zum Zeltplatz aus. Wahrscheinlich unter Bullenschutz, um sich vor den Antifas zu verstecken, feierten sie kleinlaut ihr Fest.
Dieser Rückzug ist sicher auf die powervolle und entschlossene Platzbesetzung der Antifas zurückzuführen. Durch ein organisiertes Infonetz wurden im Städteplenum die aktuellsten Infos diskutiert, ausgewertet und Handlungsperspektiven entwickelt. Die Entscheidung der Antifas, sich an dem Kundgebungsplatz der Faschos zu treffen, hat sich als richtig erwiesen. Ohne die Bullen wären die Faschos von den Antifas vertrieben worden. Daß dieses Konzept richtig war, mußten schließlich auch die DGB'lerInnen einsehen, die zuerst eine Kundgebung in Roffhausen abhielten, dann aber auch zum Kundgebungsort der Faschos kamen. Hier hat sich der DGB den entschlossenen Antifas gegenüber sehr unsolidarisch verhalten. Der Festivalcharakter war ihnen wichtiger, als den Antifas den Lautsprecherwagen für Durchsagen zur Verfügung zu stellen.
Die Anzahl der Festnahmen sind im Moment noch widersprüchlich. Wahrscheinlich wurden sechs Neo-FaschistInnen festgenommen. Darüberhinaus fünf Antifas, davon einer aus Oldenburg wegen „versuchter Gefangenenbefreiung". Alle wurden noch am selben Tag wieder freigelassen. Sollten gegen die betroffenen Antifas weitere Repressionsmaßnahmen ergriffen werden, werden wir (und die OLDENBURGER RECHTSHILFE, d.S.) dies genau verfolgen und öffentlich dazu Stellung beziehen.
Abschließend bleibt festzustellen, daß bei den Antifas vieles besser gelaufen ist, als beim 1. Treffen des „Deutschen Kameradschaftsbundes" am 4. Januar in Wilhelmshaven. Dies lag sicherlich daran, daß im Vorfeld umfassend recherchiert wurde; diese Informationen in Form von Veranstaltungen, Stellwänden und Flugblättern breitflächig weiter getragen wurden. Dies ermöglichte auch Antifas aus anderen Städten sich in Bezugsgruppen konkret auf den 23. Mai vorzubereiten. Trotz einiger Fehler, die sicherlich weiter diskutiert werden müssen, war der 23. Mai ein Erfolg für die Antifa.
WEITER SO !
Arbeitskreis Kein Fußbreit den FaschistInnen,
c/o Alhambra, Hermannstr. 83, 2900 Oldenburg

des Atomkraftwerks Unterweser

nach Sellafield verhindern / Griefahn unterstützte Anliegen politisch

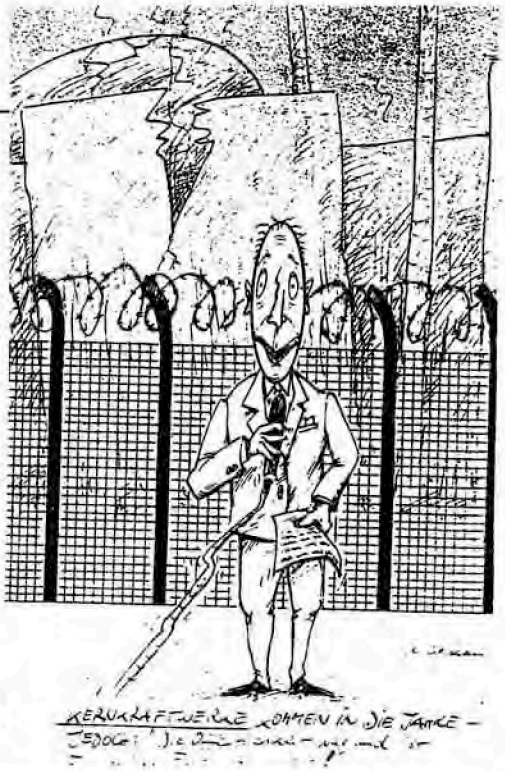
Anlage lägen für einige Substanzen sogar höher als in der alten Anlage in Sellafield. Frau Griefahn sagte: „Die Atomkraftbefürworter haben die Atomenergie wie ein Flugzeug geplant, für das es keine Landebahn gibt."
Die Bundesregierung müsse einsehen, daß sie sich mit ihrer Atompolitik in einer Sackgasse befinde, betonte die Ministerin. Die Entsorgungsfrage werde sich erst lösen lassen, wenn auf die weitere Nutzung der Atomenergie und damit auf die Produktion von immer mehr radioaktivem Abfall verzichtet werde.

STANDORT SPLITTER

Bericht von den Aktivitäten gegen die Jahrestagung Kerntechnik in Karlsruhe (5.-7.5.92)

Die Schweine waren da - und jetzt sind sie wieder weg (wenn auch nicht weit). Ein Teil der Stadt hat sie bemerkt und sie haben uns auch bemerkt. Und ein bißchen Spaß hat's uns auch gemacht. Mehr war nicht drin.
Etwas ausführlicher:
Zur Eröffnung unserer Ausstellung „Atomic Horror Picture Show" am 26.4. in einem zentral gelegenen Jugendzentrum kamen ca. 20 Personen und ließen sich bei einer Führung vor allem über die Atomanlagen der Umgebung informieren. Durch diesen Auftakt ermutigt (20 Leute ohne Promi hatten wir schon lange nicht mehr, dazu kaum „alte Bekannte" darunter), wurden wir wenige Tage später enttäuscht, als zu einer Lesung so wenig Publikum kam, daß wir sie ausfallen lassen mußten.
Am 4.5. hatten die Grünen Undine v. Plottnitz eingeladen, die über den neuesten Stand in Gorleben berichtete und dabei bemüht war, Rot-Grün gegen unsere Kritik in Schutz zu nehmen.
Am 5.5. versammelten wir uns vor dem Tagungsort, um die Ankunft der TeilnehmerInnen an der Atomtagung mit einem Frühstück zu begehen. Zu deren Empfang hatten wir ein Transparent mitgebracht: „Wir begrüßen Sie zur Abschlußtagung Kerntechnik".
Drinnen wurden schon die ersten Reden gehalten, als auf einmal zwei Tagungsteilnehmer von der Bühne gingen und vor versammelter Atomgemeinde ein Transparent mit der Aufschrift „Atommafia abwickeln - Treuhand, übernehmen Sie!" aufspannten. Leider wurde es ihnen nach kurzem Gerangel mit dem Saalschutz sehr schnell wieder entrissen.
Abends bat dann das Badenwerk zum Empfang mit Konzert von „Camerata Nucleare", dem Kammerorchester der Kerntechniker Deutschlands. Wir hatten aus diesem Anlaß unser eigenes Konzert mit einer Trommelgruppe, an dem (wie auch am morgendlichen Frühstück) etwa 30 Leute teilnahmen.
Bestbesuchte Veranstaltung (50) war der Vortrag von Sebastian Pflugbeil aus Ost-Berlin, Physiker und Ex-Minister der Ex-DDR. Er berichtete aus Tschernobyl, zeigte Dias von dort und aus Semipalatinsk (Atomtestgebiet) und schloß mit der Aufforderung, die Betreiber öffentlich als Verbrecher zu bezeichnen (was wir allerdings seit Bestehen der BI tun).
Nachzutragen bleiben noch einige Eindrükke aus dem Herzen der Bestie, sprich der Tagung selber. Es scheint, daß diese Treffen neben der Propaganda hauptsächlich psychosoziale Funktion haben, indem die Betreiber endlich mal unter Gleichgesinnten sind, den Rücken gestärkt bekommen und endlich auch mal ihre Meinung sagen können, ohne gleich ausgelacht zu werden. Negativ aufgefallen ist MdB Horst Niggemeier (SPD), dem fast schon die Tränen kamen, als er zu den versammelten Atomikern sagte: „Was man Ihnen angetan hat, das finde ich schlimm!" Was bleibt? Eine Ausstellung, die auch woanders gezeigt werden kann, eine leere BI-Kasse (Kto.-Nr. siehe unten) und eine relative Zufriedenheit bei den erschöpften Aktiven.

BI gegen Atomanlagen Karlsruhe,
Kriegsstr. 244, 7500 Karlsruhe 1, Spendenkonto: Postgiroamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 254 357-754, Doris Knoblich



Bonn plant Abstriche bei Atom-Sicherheit

Kraftwerksteile bleiben länger in Betrieb

von Karl-Heinz Karsch aus Franfurter Rundschau vom 12. Juni 1992

Bundesumweltminister Töpfer (CDU) plant, den derzeitigen Sicherheitsstandard von Atomkraftwerken durch Veränderung der sicherheitstechnischen Regeln herabzusetzen. Da die rund 20 in Westdeutschland arbeitenden Meiler alle in den 70er und Anfang der 80ger Jahre erbaut worden sind, erreichen immer mehr Anlagenteile den sogenannten Erschöpfungsgrad 1, d.h., sie müßten ausgewechselt werden. Künftig sollen diese Anlagenteile auch dann weiterbetrieben werden dürfen, wenn dieser Erschöpfungsgrad überschritten wurde.

Umweltminister Töpfer unterstützt die entsprechende Empfehlung der Reaktorsicherheitskommission (RSK), über die der Untersuchungsausschuß "Druckführende äußere Systeme" des Kerntechnischen Ausschusses (KTA) am 23. Juni abstimmen will (KTA-Regel 3211.2). Der Umweltminister hatte die Empfehlung im Bundesanzeiger veröffentlicht. In dieser schlägt die RSK ein Fortsetzen des Betriebs von Atomanlagen vor, wenn "durch geeignete betriebliche Überwachungsmaßnahmen gewährleistet ist, daß Schädigungen in sicherheitstechnisch zulässigen Grenzen gehalten werden".
Front gegen die Pläne machte das von Günter Jansen (SPD) geführte Kieler Energieministerium. In einem Brief an das Bundesamt für Strahlenschutz heißt es, der "technische Bestandschutz für unzureichend ausgelegte Altanlagen" dürfte nicht als die Regel festgeschrieben werden. Die Empfehlung der Reaktorsicherheitskommission sei "bedenklich", da "insbesondere für den Bereich der druckführenden Umschließung bzw. andere Bereiche mit Bruchausschluß bei einem Versagen einer Komponente ein Kernschmelzen nach heutigem Kenntnisstand nicht ausgeschlossen werden kann". Zudem ergebe die vorgeschlagene häufige Prüfung der alten Anlagenteile eine zusätzliche Strahlenbelastung für die beteiligten Personen.
"Industrie und Bundesumweltminister versuchen, die Sicherheitsabstände zu vermindern", sagte ein Beamter des Kieler Energieministeriums der FR. Was bisher überhaupt nur als Ausnahme möglich und unter Einschluß von Prüfung der betroffenen Komponenten intensiv zu betrachten gewesen sei, werde nun quasi zur Regel gemacht. Er hoffe auf die anderen Bundesländer, die eine Sperrminorität im Bundesrat hätten.
"Die Industrie sitzt mit im Kerntechnischen Ausschuß und beschließt nun ihre eigenen Regeln", sagte Lothar Hahn vom Öko-Institut in Darmstadt der FR zu den Plänen. Es gebe wachsende Probleme mit Altanlagen, die die Industrie "nicht mehr in den Griff" bekomme. Betroffen seien etwa Altanlagen, die den Betriebsdruck der in Deutschland benutzten Druckwasserreaktoren regeln. Hahn rügte: "Wenn diese Empfehlung beschlossen wird, ist das eindeutig eine Verschlechterung. Die Sicherheitsregeln würden nachträglich außer Kraft gesetzt".

Ein neues Atomgesetz?

Die Bundesregierung plant zur Zeit ein neues Atomgesetz. Um zu verstehen, was dieses neue Gesetz soll, ist es nötig, ein wenig auf die Geschichte der Atomgesetzgebung und auf das derzeit gültige Atomgesetz zu schauen.
Die Entstehungsgeschichte des Atomgesetzes in den 50er Jahren ist geprägt von zwei grundlegenden Einflüssen.

1. Ist da eine ungebremste Fortschrittsgläubigkeit, von der Atomenergie werden wahre Wunderdinge erwartet. "Strom werde so billig, daß es sich noch nicht einmal lohnen werde, Stromzähler einzubauen".
2. Sind da die Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki. Viele Menschen haben Angst vor den Gefahren der Atomenergie.

Folgerichtig heißt es in § 1 AtG:

§ 1 Zweckbestimmung des Gesetzes

Zweck diese Gesetzes ist;
1. die Erforschung, die Entwicklung und die Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken zu fördern,
2. Leben, Gesundheit und Sachgüter vor den Gefahren der Kernenergie und der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlen zu schützen und durch Kernenergie oder ionisierende Strahlung verursachte Schäden auszugleichen, ...

Der Schutzzweck des Atomgesetzes wurde von den damaligen Gesetzgebern sehr ernst genommen und noch in weiteren präzisiert. Er ging davon aus, daß die Gefahren technisch in den Griff zu bekommen sind, so daß die Grundrechte der Menschen (Leben, Gesundheit, Eigentum, Heimat), nicht verletzt würden. Falls das nicht gelänge, müßten die Anlagen entschädigungslos stillgelegt werden. Ausdrücklich wird auch in den nachfolgenden §§ der Schutzzweck vor den Förderzweck gestellt.
Im Grunde genommen war bereits damals der Konflikt vorweggenommen, der sich in den ganzen danach folgenden Jahren zwischen Staat und Atombetreibern auf der einen Seite und der Anti-AKW-Bewegung auf der anderen Seite abgespielt hat. Den einen ging es um den Einsatz ihres Kapitals und den größtmöglichen Profit daraus, den anderen ging es um ihre Menschenrechte, den Schutz von Leben, Gesundheit, Heimat und Eigentum - nicht nur heute, sondern auch für die zukünftigen Generationen.
Dem Gesetzgeber war dieser Konflikt damals offensichtlich bewußt. Er sah die Industrie auf der einen, die Rechte der Menschen auf der anderen Seite. Den Staat sah er als Aufsichtsbehörde und Wahrer des Schutzes der Menschenrechte.
Auch das Bundesverfassungsgericht ist in den Konflikt eingeschaltet worden. Im sogenannten Kalkar - Urteil wurde im Jahre 1978 das Atomgesetz als grundgesetzkonform erklärt, da es die Grundrechte der Menschen wahre. Im einzelnen heißt es dazu:

Auszüge aus dem Kalkar Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 8. 8. 1978:

... Der Gesetzgeber hat im § 1 AtomG die Grundentscheidung für die Nutzung der Atomenergie getroffen und durch Gesetz zugleich im Blick auf die Unabdingbarkeit größtmöglichen Schutzes vor den Gefahren der Kernenergie die Grenzen der Nutzung bestimmt.
§ 7 Nr.3 AtomG geht schließlich noch einen Schritt weiter, indem er auf den "Stand von Wissenschaft und Technik" abstellt. Mit der Bezugnahme auch auf den Stand der Wissenschaft übt der Gesetzgeber einen noch stärkeren Zwang dahin aus, daß die rechtliche Regelung mit der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung Schritt hält. Es muß diejenige Vorsorge gegen Schäden getroffen werden, die nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen für erforderlich gehalten wird. Läßt sie sich technisch nicht verwirklichen, darf die Genehmigung nicht erteilt werden, die erforderliche Vorsorge wird mithin nicht durch das technisch machbare begrenzt.

Die in die Zukunft offene Fassung des § 7 II Nr.3 AtomG dient einem dynamischen Grundrechtsschutz. Sie hilft, den Schutzzweck des § 1 Nr.2 AtomG jeweils bestmöglich zu verwirklichen.

Wie auch immer die Begriffe der Vorsorge, des Schadens und - damit im Zusammenhang - der Gefahr oder des Restrisikos bei Auslegung dieser Vorschrift zu bestimmen sind, aus verfassungsrechtlicher Sicht schließt das Gesetz die Genehmigung dann aus, wenn die Errichtung oder der Betrieb der Anlage zu Schäden führt, die sich als Grundrechtsverletzungen darstellen. Das Gesetz nimmt insoweit keinen anlagenspezifischen Rest- oder Mindestschaden in Kauf, der im Lichte des Grundrechts des Art2 II 1 (körperliche Unversehrtheit) oder anderer Grundrechte als Grundrechtsverletzung anzusehen wäre. ...

Nochmals zur Wiederholung: Der Schutz der Menschen (also von uns) darf nicht durch das technisch Machbare begrenzt sein. Die Atomkatastrophe muß ausgeschlossen sein, ansonsten darf keine Genehmigung erteilt werden.
Heute ist aber folgendes "Stand von Wissenschaft und Technik": Spätestens seit der Atomkatastrophe von Tschernobyl ist es klar, daß eine Atomkatastrophe technisch nicht auszuschließen ist. Es liegt in der Natur der Atomanlagen, daß riesige Mengen radioaktiver Stoffe, die Wärme entwicklen, ständig gekühlt werden müssen. Das läßt sich durch technischen Maßnahmen nicht garantieren. Das Risiko das bleibt, ist das sogenannte Restrisiko. Dieses Restrisiko ist aber bis jetzt niemals legal gewesen (siehe dazu Bundesverfassungsgericht). Legal ist nur ein Atomkraftwerk, das Grundrechtsverletzungen an Leben, Gesundheit, Eigentum und Heimat ausschließt. Solche Atomkraftwerke gibt es aber auf der ganzen Welt nicht. Zwar werden sie immer wieder werbewirksam angekündigt ("inhärent sichere Atom-

kraftwerke"), aber realisiert werden können sie nicht.
Da es nun keine Atomkraftwerke gibt, die dem Atomgesetz entsprechen, muß das Atomgesetz nach Ansicht der Bundesregierung eben den existierenden Atomanlagen angepaßt werden. In den Absichtserklärungen von Bundesumweltminister Töpfe und seinem für Reaktorsicherheit zuständigen Ministerialdirektor Hohlefelder heißt es auch ganz deutlich: Mit einem neuen Atomgesetz soll "ausstiegsorientierten Rechtsauffassungen" ein Riegel vorgeschoben werden. Der Trick ist ganz einfach: Aus dem Schutzzweck des Atomgesetzes soll ein "modernes Sicherheitsgesetz" werden. Modern ist daran folgendes: Aus dem Schutz der Menschen vor den Gefahren der Kernenergie soll "eine Risikovorsorge unter dem Vorbehalt der ökonomischen Verhältnismäßigkeit, wobei die ökonomischen Verhältnismäßigkeit ausdrücklich im Gesetz festgeschrieben werden soll" werden. Unter Risikovorsorge ist eine höhere Versicherung und der Einbau gewisser Sicherheitseinrichtungen, ähnlich der Sicherheitsgurte im Auto, zu verstehen. Damit wird die Existenz eines nichtausschließbaren Risikos ganz offiziell zugegeben. Bisher wurde das stets geleugnet. Damit stellt sich der Gesetzgeber offen auf die Seite der Atombetreiber und gegen die Grundrechte der Menschen, die ja in der Verfassung festgeschrieben und daher geltendes Recht sind. Folge der Gesetzesänderung ist vor allem: Der unbedingte Schutzzweck für die Bürger und Bürgerinnen wird gekippt, die Betreiber erhalten einen Rechtanspruch auf den Betrieb ihrer Anlagen unter inkaufnahme jeglicher nichtausschließbarer und unbeherrschbarer Risiken. Dies alles noch unter dem Vorbehalt der ökonomischen Verhältnismäßigkeit. Die Folgen für unsere Rechte, unsere Grundrechte auf Leben, Heimat, Gesundheit und Eigentum möge sich jeder und jede selbst ausmalen. Tschernobyl bietet ein schreckliches Beispiel.

Die Rolle der Sozialdemokraten, Grünen und Teilen der Anti-AKW Bewegung in diesem Konflikt:

Um Koalitionen mit der SPD eingehen zu können, haben sich große Teile der Grünen (vor allem viele Promis) den von den Sozialdemokraten vertretenen These angeschlossen, daß "rechtlich gegen die in Betrieb befindlichen Atomanlagen nichts gemacht werden könne". Im Zweifelsfall käme sowieso eine Weisung von Töpfer. Es muß ganz deutlich gesagt werden, daß diese Rechtsauffassung falsch ist. Geltendes Recht sind die Grundrechte auf Leben, Gesundheit, Eigentum und Heimat. Der Betrieb der Atomanlagen nimmt Grundrechtsverletzungen in Kauf. Daher läuft keine einzige Atomanlage in der BRD legal! Da eine Atomkatastrophe technisch nicht ausgeschlossen werden kann, dies aber vom Atomgesetz und vom Bundesverfassungsgericht verlangt wird, kann der Betrieb der Atomanlagen nicht legal sein. Wenn sich Grüne, Sozialdemokraten, Öko-Institute und Menschen aus der Anti-AKW-Bewegung dieser Rechtsauffassung verweigern, stellen sie sich offen auf die Seite der Bundesregierung und der Atombetreiber, die für ihre Atomanlagen Rechtsschutz fordern und damit die Grundrechte der Menschen mit Füßen treten. Denen müssen wir jetzt ihr Ziel, die Atomanlagen nachträglich zu legalisieren, kaputtmachen.
Das Ziel unseres politischen Handelns muß der Schutz der Menschen, der Schutz der Menschenrechte auf Leben, Gesundheit, Eigentum und Heimat sein, und nicht das Wohlergehen der Atombetreiber.

Kontaktadressen für den Widerstand gegen das neue Atomgesetz und für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen:

AKU Rheine
Jutta Dehn
Wielandstr. 4
4440 Rheine
05971/7686

Umweltzentrum
z.H. AtG
Scharnhorststr. 57
4400 Münster
0251/521112 Do. 13-18.00 Uhr

IG Unrast
Traute Kirsch
Yum Buchholy 6
3472 Beverungen
05273/1377

Infomaterial (Unterschriftenlisten, Flugblätter, und eine Broschüre zum neuen AtG) kann über das Umweltzentrum in Münster bezogen werden. Auch für Vorträge zum neuen Atomgesetz können die Kontaktadressen angesprochen werden.

Ach ja, Geld brauchen wir für die Arbeit für die Stillegung aller Atomanlagen, gegen ein neues Atomgesetz:
Spendenkonto:
Umweltzentrum e.V.
Stichwort: Atomgesetz
Postgiro Dortmund
BLZ 440 100 46
Konto 767 80-465

Spendet reichlich!
Andreas Kühne, Münster.

Eine Bewegung im (dis)qualifizierten Wartestand

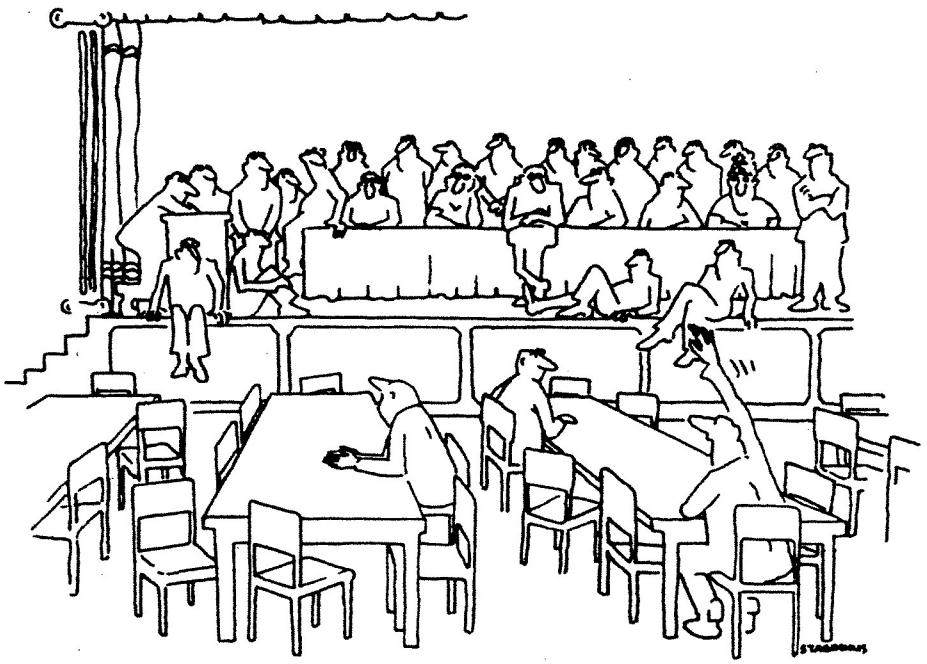
Bundesweite Frühjahrskonferenz der Initiativen gegen Atomanlagen am 29. bis 31. Mai 1991 in Münster

An der Konferenz haben etwa 60 Menschen aus über 30 Initiativen teilgenommen. Sie kamen aus Aachen , Ahaus, Bamberg, Berlin, Bremen, Borken, Buchholz/Nordheide, Dortmund, Duisburg, Frankfurt/Main, Gronau, Gießen, Hannover, Heidelberg, Karlsruhe, Kiel, Köln, Landshut, Langen, Lingen, Mannheim, Marburg, Mülheim/Ruhr, München, Münster, Rheine, Tübingen, Salzgitter, Würgassen, Wuppertal und so weiter und so fort.

Es war enttäuschend wie wenig Leute auf der BuKo waren. Die Motivation der TeilnehmerInnen war auch nicht gerade berauschend," eine Bewegung im qualifizierten Wartestand" wie es in der AG „Krise und Perspektiven" hieß.

Im Laufe der Konferenz wurden von den TeilnehmerInnen eine Reihe von Resolutionen verabschiedet, die kurz aufgelistet werden:

- Im Vorfeld der Uno-Umweltkonferenz in Rio de Janeiro lehnten die TeilnehmerInnen der Konferenz die Nutzung der Atomenergie als angeblichen Ausweg aus der Klimakatastrophe ab. Sie begründeten und bekräftigten ihre Forderungen nach der sofortigen Stillegung aller Atomanlagen.
- Zur Zeit häufen sich die Bemühungen, die Nutzung der Atomtechnologie auf unbestimmte Zeit zu verlängern und auszuweiten, anstatt sofort abzuschalten. Die Konferenz lehnt diese Bestrebungen kategorisch ab. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel soll ein milliardenschwerer Topf für osteuropäische Atomkraftwerke verabschiedet werden. Seit Wochen ist der BRD- Reaktorminister Töpfer als Auftragsaquisiteur für Siemens in den G7-Ländern unterwegs, um für ein umfangreiches Sanierungsprogramm für Atomanlagen zu sammeln.
  Die Konferenz ruft zur Teilnahme und Unterstützung der Demonstration, der Aktionstage und des Gegenkongresses gegen den Weltwirtschaftsgipfel vom 3. bis 8. Juli 1992 in München auf.
- Die Anti-Atom-Initiativen lehnen die geplante Novellierung des Atomgesetzes entschieden ab. Die Durchsetzung der Interessen der Bevölkerung soll noch weiter beschränkt werden.
  Bereits heute sind die menschenfeindlichen Auswirkungen der Atomenergie weltweit bekannt. Der Betrieb aller Atomanlagen ist unrechtmäßig, weil die von ihnen ausgehenden Gefährdungen das Grundrecht auf Unversehrtheit im wahrsten Sinne des Wortes verletzen.
- Im Genehmigungsverfahren zum geplanten Atommüllendlager Schacht Konrad in Salzgitter wird der Erörterungstermin am 28. September 1992 beginnen. Der Schacht ist als Atommüllendlager nicht geeignet. Die Konferenz ruft alle Anti-Atom-Initiativen auf, sich auf die Auseinandersetzungen im Erörterungstermin vorzubereiten.
- Die Konferenz fordert die sofortige Stillegung der Urananreicherungsanlage in Gronau und die Verhinderung der Einlagerung von Atommüll in das Brennelemente Zwischenlager in Ahaus.
- Die Konferenz lehnt die Hetzkampagne gegen die Bremer Physikerin Inge Schmitz-Feuerhake mit aller Schärfe ab. Sie dient der Verschleierung der Gefährdungen, die von den Atomanlagen ausgehen.
- Die Konferenz ruft zur bundesweiten Demonstration für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen am 20. Juni 1992 in Bonn auf.



„Ich schlage vor, die Wahl des Präsidiums abzuschließen."

Resolution Nr. 1745 der Vollversammlung der 83. Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Initiativen (mit einer Enthaltung angenommen):

„Die bundesweite Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Initiativen wendet sich mit aller Schärfe gegen den Weiterbetrieb bestehender Atomanlagen, deren Nachbesserung und Festschreibung. Pläne zur Neuinbetriebnahme und Zubau von Atomanlagen lehnen wir prinzipiell ab. Zur Zeit häufen sich Bemühungen, die Nutzung der Atomtechnologie auf unbestimmte zu verlängern und auszuweiten, anstatt sofort abzuschalten.
Diese Bestrebungen lehnen wir kategorisch ab."

Im folgenden sind einige AG-Protokolle dokumentiert, die uns zugeschickt worden sind:

Arbeitsgruppe Schacht Konrad

Teilgenommen haben neun Frauen und Männer aus Gronau, Hannover, München, Langen, Buchholz, Steinfurt, Lingen, Tübingen und Bremen. Fast alle haben umfangreiche Erfahrungen mit atomrechtlichen Genehmigungsverfahren.
Wir begrüßen die Aktivitätren der AG Schacht Konrad und der regionalen Gruppen zur Vorbereitung auf den Erörterungstermin (EÖT). Wir fordern die Einwendergruppen und Standort-Initiativen in der gesamten BRD auf, die Gruppen in der Region zu unterstützen.

Der EÖT im Genehmigungsverfahren für das geplante Atommüllendlager beginnt voraussichtlich am Montag, den 28. September 1992 in Salzgitter.
Der politische Druck der Betreiber, der Bundesregierung und der Bundesländer zur Inbetriebnahme von Schacht Konrad ist ungleich größer als bei allen bisherigen Atomprojekten. Auch die niedersächsische Landesregierung gibt diesem Druck nach. Eine breite bundesweite Unterstützung der regionalen Gruppen ist dringend erforderlich.

In der Region wird die Mobilisierung von vielen Gruppen entwickelt. Im Büro der AG Schacht Konrad ist eine Koordinationstelle gebildet worden, die Kontakte zwischen den Vorbereitungsgruppen und denen, die sich aktiv als EinwenderInnen am EÖT beteiligen wollen, herstellen soll. In Vorbereitung ist ein „Konrad-Kongreß" vom 11. bis 13. September 1992 zur Knüpfung von Beziehungen zwischen EinwenderInnen und Sach- und Rechtsbeiständen.
Die AG Schacht Konrad plant zwei Demonstrationen, eine zu Beginn des EÖT, eine zweite etwa in der dritten Woche des Termins. Die Arbeitsgruppe der Konferenz hält es für schwierig, während des EÖT noch eine Demo zu organisieren. Dieser EÖT wird auch für die Vorbereitungsgruppen eine immense Belastung sein. Wir schlagen vor, alle Gruppen aus der übrigen BRD auf den EÖT selbst zu mobilisieren, da auch viele Menschen aus den entfernteren Orten nicht zweimal nach Salzgitter kommen werden.

Die Gruppen, die es nicht für möglich halten zum EÖT zu kommen, sollten während des Termins eigene Aktionen entwickeln, möglichst in Verbindung mit guter Pressearbeit.

Die bundesweite Mobilisierung auf den EÖT sollte besonders auch von den Standorten getragen werden, weil an diesen Orten der Atommüll produziert wird, dessen Einlagerung in Schacht Konrad verhindert werden muß. Es wird vorgeschlagen, einige Zeit nach dem EÖT eine bundesweite Aktion vor Ort zu planen.

Die Arbeitsgruppe schlägt vor, das Motto für die Arbeit des nächsten halben Jahres erheblich zu verschärfen. Es sollte deutlicher die Nichteignung von Schacht Konrad betont werden. Die Forderung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen muß aufgenommen werden.
Für die weiteren Vorbereitungen gibt es folgende Koordinations- und Informationsstellen:

AG Schacht Konrad, Geschäftsstelle (Roland Buttler), Petzvalstr.50, 3300 Braunschweig, Tel.: 0531-37 81 21, FAX 0531-37 81 51

AG gegen HTR, c/o BiU, Stephanusstr. 25, 3000 Hannover 91, Tel.: 0511-44 33 03 oder 44 52 12.

AG „Atomgesetz"

In dieser Arbeitsgruppe war man sich darüber einig, daß die Bevölkerung einen Rechtsanspruch auf Stillegung aller Atomkraftwerke besitzt, der die Politiker verpflichtet, den Ausstieg aus der Atomenergie zu vollziehen.

Die Diskussion wurde in Gang gesetzt mit der Fragestellung, ob es sinnvoll sei, Widerstand auf der These von der Gesetz- und Verfassungswidrigkeit aufzubauen, und welche Bedeutung diese These für den Widerstand hat.
(sind doch alles alte Karmellen und haben nichts mit der Novellierung des Atomgesetzes zu tun, d. Säzzer)
Dazu wurde festgestellt: In den siebziger Jahren gab es einen massiven Widerstand gegen die Atomenergie. Es wurde gespeist aus dem Bewußtsein, daß der Staat mit dem Betrieb von Atomkraftwerken ein Unrecht begeht. Der damals viel zitierte Spruch „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zu Pflicht" wurde wieder ins Gedächtnis zurückgerufen. *(Schnarch)*

Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es historisch gesehen einen Zusammenhang gibt, mit der Übernahme der Auseinandersetzung um die Atomenergie durch Grüne, Sozialdemokraten, Wissenschaftler und dem Beginn des Niedergangs der Anti-AKW-Bewegung. Ein weiterer Zusammenhang wurde gesehen in der von Sozialdemokraten und Grünen nach Tschernobyl vertretenen These von der unverantwortbaren aber rechtmäßigen Atomenergie und dem Erliegen des massiven einhelligen gesellschaftlichen Protests des Jahres 1986.

Außerdem wurde angemerkt, daß in den siebziger Jahren die Bewegung durch Solidarität gekennzeichnet gewesen wäre. Während man es damals für selbstverständlich gehalten hätte, daß keine Anlage gegen eine andere auszuspielen sei, glaubt man heute, die Anlage vor der Haustür sei der Knackpunkt für den Ausstieg. Auch sei immer zu hören, es müßten so viele Wege wie möglich beschritten werden. Daher läge die Vermutung nahe, daß der Niedergang der Anti-AKW-Bewegung mit dem Auseinanderdriften der einzelnen Gruppen zu tun habe *(wenn's so einfach wäre!)*

Infolgedessen spräche vieles für eine Rückbesinnung. Die These von dem Rechtsanspruch der Bevölkerung und der Verpflichtung der Politiker stelle da einen guten Ansatzpunkt dar. Mit ihr könne man dort anknüpfen, wo man in der Vergangenheit Erfolge in der Bewegung zu verzeichnen gehabt hätte. Dies bedeute, wieder die Überzeugung in den Mittelpunkt des Widerstands zu rükken, daß alle Atomkraftwerke gleichermaßen gefährlich seien. Der Rechtsanspruch auf Ausstieg beruhe ja auf der Unbeherrschbarkeit der Risiken der Atomenergie. Zur Erläuterung hieß es: Die Forderung nach Stillegung einzelner Atomkraftwerke aufgrund von speziellen sicherheitstechnischen Gegebenheiten bedeutet rechtlich gesehen die Akzeptanz des grundsätzlichen Risikos; denn dieses Risiko (Kernschmelzrisiko) existiert ja unabhängig von speziellen sicherheitstechnischen Merkmalen eines Atomkraftwerkes.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe waren sich darin einig, daß die Berufung auf die Rechtsansprüche der BürgerInnen und die Verpflichtung der Politiker ein einigendes Band für die Bewegung sein könnte, das man auch für nötig hielt, um der Bewegung wieder Kraft zu verleihen. *(is'nicht war?!)*

Zunächst kontrovers wurde die Frage diskutiert, ob es denn sinnvoll sein könne, sich auf die Verfassung dieses Staates, der ein Unrechtsstaat sei, zu berufen. Mit der Berufung auf die Verfassung erkenne man doch einerseits diesen Staat und zum anderen überhaupt an, daß es einen Staat geben müsse.
Dem wurde entgegengehalten, daß man sich ja bei der Berufung auf die Verfassung auf Menschenrechte berufe: die Achtung von Menschenrechten sei aber in jeder Gesellschaft - gleichgültig wie beschaffen - die Voraussetzung für ein gedeihliches Miteinander der Menschen. Mit dem Aufzeigen der Verletzung der Menschenrechte durch die Atomkraftwerde außerdem dieser Staat als Unrechtsstaat gebrandmarkt. Im übrigen erkenne ja die Existenzberechtigung staatlicher Verfassungen nicht an, wer sich aus taktischen Erwägungen heraus, um die Atomkraftwerke abzuschaffen, sich auf die in der Verfassung verankerten Menschenrechte berufe.

Für den zukünftigen Widerstand wurde als wichtig hervorgehoben, daß der Behauptung von der Rechtmäßigkeit des Betriebs von Atomkraftwerken massiv widersprochen werden müßte. Die Frage der Rechtmäßigkeit spiele keineswegs eine so vernachlässigbare Rolle, wie viele Atomkraftgegner es glaubten

(durch ständiges Wiederholen werden die Argumente auch nicht besser) Daß im Gegenteil die Atomkraftbefürworter die Debatte um die Recht- und Gesetzmäßigkeit fürchten wie der Teufel das Weihwasser *(also nicht)*, zeigten doch die ungeheuren Bemühungen, diese Debatte nicht führen zu müssen. Dingfest machen könne man diese Bemühungen an der These, das Kernschmelzrisiko müsse nach den Feststellungen des Bundesverwaltungsgerichtes aus dem Jahr 1978 im sog. Kalkar-Entscheid als theoretisches Risiko anerkannt werden. Diese These ist nämlich nur den Gehirnen der Atomkraftbefürworter entsprungen; im Kalkar-Urteil steht nicht dergleichen drin.

Konkret bedeutet die Auseinandersetzung um die Recht- und Gesetzmäßigkeit der Atomenergie eine Auseinandersetzung mit Sozialdemokraten und Grünen. Jansen, Griefahn und Fischer brachten es nämlich gleichermaßen fertig, der Öffentlichkeit den Widerspruch zu verkaufen, sie wollten nach Recht und Gesetz aussteigen, obwohl nach nach ihrer Auffassung der Betrieb von Atomkraftwerken dem Gesetz entspräche.
Die Gruppenmitglieder fordern, daß diese Verschaukelung der atomkritischen Bevölkerung aufgedeckt werden müsse. Die Verschaukelung wurde wie folgt dargestellt: Rote und grüne Politiker versichern immer wieder ihren Willen zum Ausstieg und bedauern dann außerordentlich, daß sie leider nicht können. In Wirklichkeit sind sie jedoch verpflichtet auszusteigen. Dies verschleiern sie, indem sie auf die Richter und den weisungsgebenden Landesregierungen entzogene Betriebsgenehmigungen zurückgeben, wenn der Entzug mit Hinweis auf die Politikerpflicht und unter mächtigen Öffentlichkeitswirbel vollzogen worden wäre? Auch ein Töpfer würde unter solchen Voraussetzungen nicht wagen, seine Weisung zu erteilen.

Kurzgefasst brachte die Gruppe das Problem der Rechtmäßigkeit auf folgenden Nenner: Die Rechtmäßigkeit des Betriebs von Atomkraftwerken (beruhend auf Gesetz und Verfassung) kann nur deswegen behauptet werden, weil dieser Behauptung nicht massiv durch BürgerInnen widersprochen wird. Dieser fehlende Widerspruch wird als stillschweigende Zustimmung zur Atomenergie und damit als Verzicht auf das Geltendmachen der Grundrechte (Menschenrechte) auslegt.

Die Gruppe sieht es deshalb als entscheidend an, daß das Argument der Gesetzwidrigkeit des Betriebs von Atomkraftwerken massiv in die Auseinandersetzung um den Ausstieg hineingetragen wird.

Die nächste Konferenz soll voraussichtlich im Herbst 92 im Wendland stattfinden !!

Arbeitsgruppe „Atom programm 2.000“

Ziel der AG war, anhand der verschiedenen vorliegenden Papiere (Bremen, Frankfurt, Köln) zu einer gemeinsamen Einschätzung dessen zu kommen, was die Atommafia vorhat und daraus konkrete Handlungsmaximen abzuleiten.
Zunächst wurden Einzelbeobachtungen zusammengetragen, die wie z.B. Siemens-Investitionen in Osteuropa auf eine bestimmte Strategie der Atomindustrie hindeuten. Interessant (und für fast alle neu) war der Bericht aus Viereth bei Bamberg, wo möglicherweise der erste neue AKW-Standort in der BRD sein könnte. Jedenfalls gibt es allerhand Indizien (z.B. für ein neues Umspannwerk) dafür, wie es auch schon Indizien für einen breiten Widerstand gibt: Zwei Demonstrationen mit jeweils mehreren tausend Leuten haben bereits stattgefunden. Prima!
Viereth könnte der erste Versuch der deutschen EVUs sein, sich einen Standort für den 95er-Siemens-Framatome-Reaktor zu sichern. Die Debatte, wie dramatisch nun die Pläne der Mafia zu bewerten seien, endete mit der Einschätzung, daß der Begriff „Renaissance“ fehl am Platze sei, weil 1. nur wiedergeboren werden kann, was tot ist und 2. er möglicherweise zu hoch gegriffen sei (jedenfalls was Westeuropa angeht). Hier handele es sich eher um den Versuch einer Fortschreibung des Bestehenden, was angesichts dessen, was über Tschernobyl mit der Zeit ans Licht kommt, Sauerei genug ist.
In jedem Fall ist es auch für uns an der Zeit, endlich (wie schon so oft gesagt) in internationalem Maßstab zu denken (und vielleicht auch irgendwann zu handeln), wie es die Atomiker schon lange tun (neuester Fall: Zwischenlager Dounreay/Schottland). Es wurde angeregt, zur nächsten Konferenz auch FreundInnen aus anderen Ländern einzuladen.
Bezüglich der Reaktoren in der GUS wurde festgehalten, daß die Entscheidung über ein Investitionshilfeprogramm für Siemens evtl. auf dem G7-Gipfel in München Anfang Juli fällt - ein Grund mehr für uns, gegen dieses Treffen vorzugehen.
Um zu einer gemeinsamen Sicht der Dinge zu kommen, werden Frankfurt/Bremen/Köln versuchen, ihre Papiere zu einem zusammenzufassen.
Unser Bestreben sollte es auch in Zukunft sein, das Zustandekommen eines „energiepolitischen Konsenses“, wie ihn die Gegenseite gerne hätte, zu sabotieren.

Bürgerinitiative Karlsruhe,
Kontaktadresse s.o.

AKP Alternative Kommunal Politik

Die grün-alternative Fachzeitung **ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK (AKP)** gibt nicht nur sechs lesenswerte, reguläre Hefte pro Jahr zum Abopreis von 48,- DM heraus.
Nein, wir machen auch laufend Bücher und Sonderhefte zu brandaktuellen Themen.
Als da sind:

☐ Unser Buch **„Vom Bauhaus nach Bitterfeld“** (128 Seiten; 18,- DM plus 2,- DM Versand). Der ganz andere Reiseführer – auch für stadtplanerisch Interessierte.

☐ Unser Buch **„Müllverbrennung – ein Spiel mit dem Feuer“** (128 Seiten; 15,- DM plus 1,50 Versand). Die unverzichtbare Argumentationshilfe bei der Frage: Darf Abfall verbrannt werden?

☐ Sonderheft 6: **„Planungsrecht in der DDR und der BRD“**
(12 Seiten und ein A1-Plakat, 2,50 DM und 1,50 DM Versand). Alles Wissenswerte über Planungsrecht, Baugesetzbuch und Raumplanung in anschaulicher Form.

☐ Sonderheft 7: **„Haushaltspolitik in der Kommune“**
(68 Seiten, 8,- DM plus 1,50 DM Versand). Nicht nur für Anfänger, die verständliche Einführung in Haushaltssystematik und Gemeindefinanzen.

Gesamtkatalog und kostenloses Probeheft der regulären AKP-Ausgabe können angefordert werden bei:

Redaktion und Vertrieb

ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(Tel.: 0521/177517)

Fachzeitschrift für grüne und alternative Kommunalpolitik

GEMEINSAM GEGEN DEN WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL '92 IN MÜNCHEN !

500 Jahre Kolonialismus sind 500 Jahre zuviel !

für das Leben

DEMONSTRATION

13 Uhr Marienplatz **4.7.92**

Eine Großdemonstration soll schon vor der offiziellen Eröffnung des Weltwirtschaftsgipfels unsere Kritik und Wut auf den Straßen Münchens manifestieren.

GEGENKONGRESS

3.-5.7.92

Auf dem internationalen Gegen-Kongreß wollen wir mit Menschen aus Basis- und Befreiungsprozessen ihre und unsere Kampferfahrungen und gemeinsame Perspektiven diskutieren.

AKTIONSTAGE

6.-8.7.92

Mit den Aktionstagen wollen wir in vielfältigen Formen die verschiedenen Aspekte von Unterdrückung und Widerstand zum Ausdruck bringen.

Die Gegenaktionen zum Weltwirtschaftsgipfel in München finden statt!

Der Rückzug der Grünen, des BUND und Pro Regenwald aus dem UnterstützerInnenkreis für den Gegengipfel sorgte Mitte Mai für einige Furore. Für kurze Zeit schien es, als ob damit das ganze Projekt, vor allem finanziell und bündnispolitisch gescheitert wäre. Dem ist aber nicht so. Statt eines Platzens gab es eine Welle von neuen Unterstützungsaufrufen.
Wir (die atom-Red.) waren bei den Vorbereitungstreffen nicht anwesend und sind deshalb auf Stellungnahmen der betreffenden Gruppen angewiesen, um hier eventuell Licht ins Dunkel zu bringen. Hierbei gingen wir in zwei Fällen leer aus: die verantwortlichen Leute des BUND konnten leider keine Stellungnahme abgeben, da sie zur Zeit in Rio de Janeiro weilen, und eine Stellungnahme der Grünen ist bei uns trotz Anfrage leider nicht eingegangen. Stattdessen auf den folgenden Seiten Erklärungen der Ökologischen Linken, des Studentischen Sprecherrates der Universität München als Veranstalter des Gegengipfels und des Münchner Friedensbündnisses.

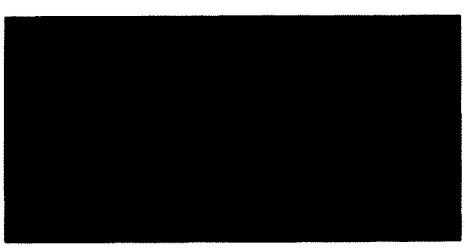
Objektiv hat der Rückzug der drei Gruppen aber zu einer Spaltung der Aktivitäten gegen den Weltwirtschaftsgipfel geführt. Es wird zwei Gegenkongresse geben. Zum einen den des im weitesten Sinn "linken unabhängigen autonomen antiimperialistischen" Spektrums mit dem Studentischen Sprecherrat der Universität München als Veranstalter, und zwar vom 3. bis 5. Juli in der Universität München. Gleich anschließend und dann parallel zu den Aktionstagen gegen den WWG findet vom 6. bis 8. Juli (zeitgleich zum Weltwirtschaftsgipfel) im "City Kino" am Stachus der "Enviro Summit" und "The Other Economic Summit" TOES statt.
Enviro Summit wird veranstaltet von BUND und der Deutschen Sektion von Friends of the Earth International.
TOES, der seit mehreren Jahren immer zeitgleich mit den Weltwirtschaftsgipfeln stattfindet, wird getragen unter anderem von New Economic Foundation London, Pro Regenwald München, WEED, Ökologie und Entwicklung Bonn, European Network on Debt and Development Brüssel und wird unterstützt von BUND, Die Grünen Bundesverband und Landesverband Bayern, Fraktion die Grünen im Europaparlament, Jungsozialisten in der SPD, Arbeitskreis Nord-Süd der SPD.

Auf den folgenden Seiten stellen wir zum einen Hintergründe für die Spaltung dar und zum anderen stellen wir noch einmal das aktuelle Programm für die Gegenaktivitäten zum Weltwirtschaftsgipfel vor. Daneben noch ein Rückblick auf staatliche Repression gegen Veranstaltungen im Hinblick auf den WWG.
Inwieweit der Rückzug der Grünen, BUND und Pro Regenwald vom Gegenkongreß auch ihre Beteiligung an der Großdemonstration am 4. Juli und an den Aktionstagen vom 6.-8. betrifft, können wir von hier aus nicht sagen.
Aktuelle Infos und Aufrufflugblätter gibt es bei:
Münchener Koordinationskreis gegen den WWG
Büro: Holzstraße 2
W-8000 München 5
Tel.: 089-268 123

und:

Kongreßbüro Sprecherrat der Ludwig-Maximilian-Universität, München
Michael Köhler und Dirk Joußen
Leopoldstraße 15
W-8000 München 40 Tel.: 089-2180-2072

Spendenkonto:
Münchner Stadtsparkasse: Dirk Joußen, "Gegengipfel"
Kto.: 96-187596, BLZ 701 500 00



4. Juli 92
★ Großdemonstration in München

Bereits 2 Tage vor dem offiziellen Beginn des WWG soll lautstark und massenhaft unser Protest gegen die HERRschende Weltordnung und das Treffen ihrer Repräsentanten auf die Straße getragen werden.
Auftaktkundgebung: 13.00 h, Marienplatz.
Demonstrationsroute (Stand Anfang Juni): Im Tal – Thomas-Wimmer-Ring – Maximilianstr. – Perusastr. – Maffeistr. – Promenadenplatz – Pacellistr. – Lenbachplatz – Ottostr. – Barerstr. - Karolinenplatz – Briennerstr. – Tarkenstr. - Theresienstr.- Barerstr. - Schellingstr. – Amalienstr. – Adalbertstr. – Ludwigstr.
Abschlußkundgebung: Odeonsplatz
Es wird einen Frauen- und Lesbenblock geben. Ebenso einen internationalistischen Block zu dem das „bundesweite linksradikale Treffen" (ein Bündnis unter anderem von autonomen und antiimperialistischen Gruppen) aufruft.

3. - 5. Juli
★ Internationaler Kongreß gegen den WWG

Ludwig-Maximilians-Universität, Leopoldstr. 15, München
Freitag, 3. Juli, 19.00 Uhr Eröffnungsveranstaltung. Mit VertreterInnen von Basis- und Befreiungsbewegungen aus Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa
Samstag, 4. Juli und Sonntag, 5. Juli Foren zu folgenden Themen:
- 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand
- Demokratie und Menschenrechte
- Migration und Rassismus
- Ökologie (Ökoimperialismus, Gen- und Bevölkerungspolitik)
- Osteuropa
- Weltwirtschaft
- Autonomes Frauenforum

6. - 8. Juli
★ Aktionstage in München

Mit vielen kleinen und großen, zentralen und dezentralen Aktionen soll das G7-Treffen begleitet und unser Widerstand bunt, phantasievoll und gewaltig zum Ausdruck gebracht werden.

Spaltung und

Stellungnahmen

Pressemitteilung

des Studentischen Sprecherrates der Universität München zum Internationalen Kongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel

Nachdem sich die GRÜNEN aus dem Unterstützerkreis des Kongresses aus parteipolitischem Kalkül und Querelen mit der Ökologischen Linken im Ökologieforum zurückgezogen haben, kündigen wir, der Studentische Sprecherrat der Universität München, gestützt auf ein breites Bündnis nichtstaatlicher Organisationen, Initiativen und Basisorganisationen an, daß der Kongreß stattfinden wird.
Nach eingehender Diskussion wurde von allen Gruppen (u.a. Nord-Süd-Forum München, Frauenkoordination, Ökumenisches Netz Bayern, Initiative Kirche von unten, Medico International, JUSO UB München, Fachschaftenkonferenz der Universität München, Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung, Münchener Bündnis gegen den WWG, insgesamt mehr als 60 Gruppen) das Ausscheiden von den Grünen, BUND und Pro Regenwald mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Der Sprecherrat weist es aber strikt zurück, sich neben der inhaltlichen Auseinandersetzung, die auch weiterhin mit allen Interressierten geführt wird, sich von einer Partei oder parteipolitischen Gruppierungen vereinnahmen bzw. sich Referentinnen aufzwingen oder verbieten zu lassen.
Wir erwarten von der Grünen Partei und ihren Gruppierungen, daß sie das Bündnis in seiner Differenziertheit wahrnehmen und nicht einseitig dagegen in der Öffentlichkeit polemisieren.
Es ist angesichts weltweiter Fehlentwicklungen unser Hauptanliegen, einen inhaltlich fundierten Kongreß auszurichten, der vor allem für die Opfer aus allen Regionen der Erde ein Forum sein soll und auf dem unterschiedliche Meinungen diskutiert werden können. Es ist erfreulich, daß sich immer mehr Gruppen dem Unterstützerkreis anschließen.

Öko-Linke

Politische Auseinandersetzungen im Anti-WWG-Bündnis

Merkwürdige, von außen kaum durchschaubare Taktiken bestimmten eine Zeitlang das Bündnis gegen den Weltwirtschaftsgipfel. Am 11. April lag schließlich beim Treffen in Frankfurt ein Konzept für ein Ökologieforum im Rahmen des Gegenkongresses vor. Da platzte den VertreterInnen der ÖkoLi in diesem Bündnis, Henning Kühn (Frankfurt) und Karin Döpke (München) der Kragen und sie schrieben folgenden offenen Brief:

Frankfurt den 13.4.92
An Ulli Kliens (Pro Regenwald)
An den TrägerInnenkreis des Internationalen Kongreßes gegen den Weltwirtschaftsgipfel
An das Münchner Bündnis gegen den Weltwirtschaftsgipfel

Betrifft:
Konzept für das Ökologieforum des Internationalen Kongreßes gegen den Weltwirtschaftsgipfel
Guten Tag!
Das auf dem Vorbereitungstreffen am 11. April '92 in Frankfurt vorgelegte Konzept für das Ökologieforum ist für uns unakzeptabel. Es verstößt gegen einige der Punkte zum Charakter des Kongresses, auf die sich der TrägerInnenkreis geeinigt hatte.
So sind unter den 30 für das Ökologieforum vorgeschlagenen ReferentInnen lediglich 5 Frauen. Im Punkt 4 zum Charakter des Kongreßes heißt es hingegen: „50 Prozent der ReferentInnen sollen Frauen sein".
Im Punkt 5 hatten wir uns darauf geeinigt: „Patriarchale Strukturen und Sexismus müssen in allen Foren thematisiert werden". Die noch in Wuppertal diskutierten Themen wie: Patriarchales Technologieverständnis, feministische Technik- und Wissenschaftskritik sowie Bevölkerungspolitik tauchen in dem vorgelegten Konzept nicht mehr auf.
„Der Kongreß wird eine eindeutig antirassistische Ausrichtung haben" heißt es im Punkt 6 zum Charakter des Kongreßes. Eine Auseinandersetzung mit ökorassistischer und ökofaschistischer Ideologie und Praxis – wie sie z.B. die ÖDP vertritt – ist laut diesem Konzept nicht vorgesehen. Genausowenig wie eine Diskussion über die Selektion von Menschen nach rassistischen Kriterien im Zusammenhang mit Gen- und Reproduktionstechnologien und Bevölkerungspolitik.
Wir halten eine Auseinandersetzung darüber, angesichts der wachsenden Akzeptanz derartiger Konzepte innerhalb der Ökologiebewegung, für dringend erforderlich.
Wir sind entsetzt darüber, daß die Diskussion zum Thema „Ökokolonialismus – Ökologieverständnis von uns" ausgerechnet Hubert Weinzierl als einziger Referent vorgeschlagen ist. „Jeder Naturschutz endet dort, wo die Menschenlawine alles überrollt". Das erklärte Weinzierl laut Süddeutsche Zeitung vom 29.10.91, auf einem BUND-Seminar „über die Folgen des Bevölkerungswachstums für die Umwelt" mit CSU-Umweltminister Gauweiler und Weinzierl als Referenten. Die „Menschenlawine", die alles überrollt, das erinnert uns an den rassistischen Sprachgebrauch von der „Asylantenflut".
Im September 1989 erklärte Weinzierl: „Nur wenn die Eindämmung des Überbevölkerungsstromes gewährleistet ist, wird ... eine Aussicht bestehen, ... unsere Zivilisationslandschaft so zu gestalten, daß sie wert bleibt, Heimat genannt zu werden."
Die „Eindämmung des Überbevölkerungsstromes" zum Erhalt unserer Heimat, das ist eine verklausulierte Forderung nach Ausländerstop. Die „Überbevölkerung" wird zur Hauptursache und zum Lösungsansatz für die ökologische Krise erklärt.
Die Natur soll gegen den Menschen (beziehungsweise gegen die Menschen der sogenannten Dritten Welt) verteidigt werden, als wäre nicht der Mensch ein Teil der Natur und die ökologischen Fragen nur im Zusammenhang mit sozialen Fragen lösbar.
Aus diesen Gründen halten wir Hubert Weinzierl – zumal als einzigen Referenten für eine solche Diskussion – für untragbar.
Im Punkt 2 zum Charakter des Kongreßes haben wir uns die Aufgabe gestellt:„... die Verantwortung der G7 für die herrschenden Zustände in der Welt heraus(zu)arbeiten".
Wir sind der Meinung, daß dies mit dem vorgelegten Konzept nicht gewährleistet ist.
Statt klar herauszuarbeiten, daß die Vergiftung der Erde von den G7-Staaten stammt und zu verantworten ist, soll beispielsweise unter „Perspektiven" die Frage diskutiert werden „Wie weit ist Einmischung legitim? (z.B. staatlicher Tropenholzboykott)".
Dies ist die falsche Fragestellung! Es käme vielmehr darauf an, zu diskutieren, wie wir uns wirkungsvoll in die mensch- und naturzerstörende Politik der G7-Staaten einmischen. Darüberhinaus werden viele wichtige Fragen nicht thematisiert:
– Die Militarisierung der Ökologie, d.h. die Aufstellung sog. Grünhelm-Truppen im Rahmen der UNO, KSZE oder anderer internationaler Institutionen

Auszug der Grünen

- Die Auswirkungen von Gen- und Biotechnik auf Mensch und Natur.
- Giftmüllexport in den Trikont.
- Export zerstörerischer Technologien – wie Atomtechnologien – in den Trikont.

Wir hoffen, daß es auf dem nächsten Vorbereitungstreffen für das Ökologieforum zu einer Klärung dieser Fragen kommt. Für das nächste Treffen werden wir einen neuen Konzeptionsvorschlag erarbeiten. Der jetzt vorliegende Konzeptionsvorschlag wurde lediglich von zwei Menschen (Pro Regenwald und BUND) erarbeitet. Da wir davon ausgehen, daß es mehr Organisationen und Menschen gibt, die an der Vorbereitung dieses Forums Interesse haben, hoffen wir auf eine rege Teilnahme beim nächsten Treffen. Den Termin dafür könnt Ihr bei Henning Kühn (Adresse siehe Briefkopf) oder bei Pro Regenwald c/o Ulli Kliens, Tel.: 089/ 3598650 erfragen.

Mit ökologischen Grüßen
Henning Kühn und Karin Döpke

Spaltung

Das Konzept von Grünen, Pro Regenwald und BUND zielte darauf ab, einzig und allein eine Nachbereitung der UNCED-Konferenz in Rio zu betreiben. Als Referenten vorgeschlagen waren unter anderem Hubert Weinzierl (BUND) und Ingo Hauchler (SPD). Weinzierl hält die „Bevölkerungsexplosion" für die Ursache der ökologischen Zerstörungen. Hauchler vertritt die Meinung, die Schulden der Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, sollten in zusätzliche Unternehmensbeteiligungen multinationaler Banken und Konzerne in diesen Ländern umgewandelt werden. Dies ist ohnehin Praxis von Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank und verschärft nur die ökonomische und politische Abhängigkeit und den völligen Ausverkauf der Schuldnerstaaten.

Auf einer Sitzung des Vorbereitungskreises am 5. Mai erarbeiteten VertreterInnen von Pro Regenwald, ÖkoLi und Dritte-Welt-Café München einen Kompromißvorschlag. Dieser enthielt mehrheitlich die von Pro Regenwald, BUND und Grünen gewünschten ReferentInnen (bis auf Weinzierl). Der Vertreter von Pro Regenwald stimmte zu. In den darauffolgenden Tagen erklärten Grüne, BUND und nun plötzlich auch Pro Regenwald, daß sie mit diesem Kompromiß nicht einverstanden seien und stiegen aus dem TrägerInnenkreis für den internationalen Gegenkongreß vom 3. bis 5. Juli 1992 aus. Sie hatten ihr Konzept nicht durchsetzen können.

Die Grünen begründen dies damit, daß sie „sich insbesondere aufgrund der fehlenden Kompromißbereitschaft seitens linksradikaler Kräfte nicht mehr imstande (sehen), den für den 3.-5. Juli in der Münchner Universität geplanten 'Gegenkongreß' zu unterstützen" (Ludger Volmer in einer Erklärung des Bundesvorstandes der Grünen vom 12. Mai 92). In der Erklärung von Pro Regenwald vom 11. Mai wird das „Verhalten einiger Gruppen" dafür verantwortlich gemacht, sowie die „neue Möglichkeit, in einem anderen Rahmen" zu arbeiten.

So neu ist diese „Möglichkeit" nicht. Die Spaltung und die geplante (aber erfolglose) Ausgrenzung linker ökologischer Positionen war vorbereitet. Im Rundbrief 2/92 der Grünen Bundesgeschäftsstelle Bonn erklärte Ludger Volmer: „Wir haben anders als bei der IWF-Weltbank-Kampagne 1988 bei leibe nicht so eine politische Kraft, daß wir im Bündnis mit dem BUKO die gesamte Kampagne steuern könnten. Wir hoffen, daß wir in Vorgesprächen mit einzelnen Verbänden und befreundeten Gruppen einen Block schmieden können, der sich im TrägerInnenkreis durchsetzt. Falls uns das nicht gelingt streben wir an ... an dem existierenden TrägerInnenkreis vorbei eine eigene Veranstaltung zu planen."

Während deshalb VertreterInnen der Grünen immer wieder damit drohten, zugesagte Gelder von parteiunabhängigen (!) aber grünnahen Stiftungen zu blockieren, planten sie gleichzeitig seit Wochen eine eigene Veranstaltung.

Das Verhalten der grünen Vertreter im TrägerInnenkreis war auf Erpressung angelegt: Entweder die Dominanz der Grünen wird akzeptiert oder diese steigen aus. Die Grünen haben damit erneut unter Beweis gestellt, daß sie gegen außerparlamentarische Oppositions und Widerstandsbewegungen arbeiten. Sie haben sich viel Mühe gegeben den Kongreß und das Bündniss zum Platzen zu bringen. Gelungen ist es ihnen trotzdem nicht. Der Gegenkongreß findet statt und wird zwar nicht mehr von den Grünen aber dennoch von einem breiten Bündnis getragen.

Vorabdruck (mit solidarischer Genehmigung) aus: ÖkoLinX – Zeitschrift der ökologischen Linken Nr. 6 Juli/August 1992. Kontakt: Jutta Ditfurth, Neuhofstr. 42, 6000 Frankfurt/Main 1

Münchner Friedensbündnis zur Vorbereitung des Gegenkongresses zum Weltwirtschaftsgipfel

Das Münchner Friedensbündnis bedauert die widersprüchlichen Presseerklärungen über interne Auseinandersetzungen in der Vorbereitung des Gegenkongresses zum Weltwirtschaftsgipfel Anfang Juli in München. Streitgespräche zwischen Gruppen verschiedener Ausrichtung gehören zur Demokratie. Unsere Erfahrung lehrt, daß die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Gruppen möglich ist, wenn ein gemeinsames Ziel verfolgt wird.

Wir begrüßen es, daß der Studentische Sprecherrat der Ludwig-Maximilians-Universität dennoch den Kongreß durchführen wird.

Unser Beitrag zum Gegenkongreß hat folgenden Schwerpunkt: Rüstungsexporte und die Vorbereitung weltweiter Bundeswehreinsätze.

(unterzeichnet von 18 Münchner Friedensgruppen)

Internationaler Kongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel (WWG)

Der Gegenkongreß wird getragen von einem breiten Unterstützerinnenkreis aus den Bereichen der Dritte-Welt-Gruppen, Frauen- und Friedensbewegung, christlicher Gruppierungen, Ökologiebewegung, sozialistischen Politik, Wissenschaftlicherinnen und Parteien. Die Grünen, der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und die Jusos sind aus dem Bündnis ausgestiegen. Sie beteiligen sich nun an „The Other Economic Summit" (TOES) - „Der andere Weltwirtschaftsgipfel", der von einigen Internationalen Gruppen parallel zum offiziellen G-7-Gipfel (6.-8.7. in München) veranstaltet wird. Da TOES mit diversen Prominenten gut bestückt ist (Lutzenberger, einige Club of Rome-Leute, ein EG-Generaldirektor etc.), dürfte ihm die Publizität auch der bürgerlichen Presse sicher sein. Wir beschränken uns daher an dieser Stelle darauf, das Programm des von den basisorientierten Gruppen abgehaltenen Gegenkongresses abzudrucken. Er findet in der Ludwig-Maximilians-Universität München statt.

Aufruf zum Gegengipfel

Der Weltwirtschaftsgipfel ist eine zentrale Institution innerhalb der internationalen Weltordnung. Er findet statt in einer durch den Zusammenbruch des Ostblocks und der Auflösung der Sowjetunion grundlegend veränderten politischen Weltlage.
Zum politischen Hintergrund des „Gipfels" gehören auch der 500. Jahrestag der Eroberung und Kolonialisierung Amerikas, die geplante Verwirklichung des EG-Binnenmarktes und die UN-Konferenz über „Umwelt und Entwicklung" in Brasilien. Seit 1975 treffen sich die sieben Staats- und Regierungschefs zu Absprachen über Einflußsphären, Sicherung der Rohstoffmärkte, Drogenhandel, Terrorismus. Dieser „Gipfel" der durchsetzungsfähigsten Industriemächte verfügt über keine demokratische Legitimation, bestimmt aber über die Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft. Er vertritt ein Wirtschaftsmodell, das für nur 12% der Weltbevölkerung ca. 70% des Weltbruttosozialprodukts beansprucht, 23% der weltweiten Trinkwasserentnahme, 44% des Weltenergieverbrauchs und 68% des Kraftfahrzeugbestandes.
Die Folgen für die Länder in Asien, Afrika und Amerika: Finanzielle Abhängigkeit, Hunger, Verelendung, Naturzerstörung, Folter, Krieg. Zu den wesentlichsten Mechanismen, die diese Weltordnung stützen, gehören die Akkumulation finanzieller und militärisch-technischer Überlegenheit in den reichen Industrieländern. Die Hauptleidtragenden innerhalb der nach wie vor geltenden patriarchalen Strukturen sind Frauen und Kinder. Die Länder des Südens subventionieren ungewollt mit ihrem jährlichen Schuldendienst die Ökonomien des Nordens. Die „Rückzahlungen" der sog. Entwicklungsländer betragen ein Vielfaches der ursprünglich geliehenen Summen. Dabei ist ihr Schuldenberg jetzt größer denn je zuvor. Die vielfache Zerstörung der natürlichen lebensgrundlagen macht immer mehr Menschen zu Flüchtlingen. Obwohl nur ein kleiner Teil dieser Flüchtlingsströme Europa erreicht, sind sie dort von rassistischer Diskriminierung, ausgrenzenden Gesetzen und Abschiebung bedroht.
Angesichts der bisherigen Politik der „G-7-Staaten" ist anzunehmen, daß auch der diesjährige Weltwirtschaftsgipfel nichts zur Lösung der weltweiten Probleme beitragen wird. Das Überleben der Menschen und ihrer Lebensgrundlagen erfordert den Bruch mit dem vorherrschenden Produktions-, Verteilungs- und Konsummodell.
Der „Internationale Kongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel" will einer breiten Öffentlichkeit Einblick in die verheerenden Konsequenzen der Politik, der vom Weltwirtschaftsgipfel repräsentierten Weltordnung, geben. Er will Ursachen der gegenwärtigen Probleme benennen, die legitimen Forderungen der Betroffenen aufgreifen, Alternativen und Handlungsperspektiven aufzeigen und eine qualifizierte Diskussion mit authentischen Informationen in Gang bringen.

Programm des Gegengipfels

Eröffnungsveranstaltung, 3.7.92, 18 Uhr: „Die neue Weltordnung, Entwicklungen in Osteuropa, die Rolle der BRD
Vorgesehene Referentinnen: Jose Lutzenberger, Ex-Umweltminister Brasilien;
Concepción Quispe, Quechua-Indianerin, Peruanische Bauerngewerkschaft;
André Gunder Frank, Polit., Amsterdam;
Farida Akhter, UBINIG, Bangladesh;
Peggy Androbus, Barbados
Nasrin Basiri, Sozialarbeiterin in Flüchtlingsprojektes, Berlin

4./5. Juli Foren mit Diskussion in Arbeitsgruppen; Abschlußplenum: Sonntag, 12 Uhr.

Forum 1: 500 Jahre Kolonialismus – 500 Jahre Widerstand; Demokratie und Menschenrechte
Das Forum verbindet das Thema der bis heute anhaltenden Ausbeutung und Unterdrückung von Asien, Afrika und Amerika mit der Frage nach unserem Verständnis von Menschenrechten, Demokratie und Emanzipation.

Forum 2: Migration - Rassismus
Die Gesetzgebung wird zunehmend zur Abschreckung, Ausgrenzung und Diskriminierung von Flüchtlingen eingesetzt. Die BRD schiebt Flüchtlinge auch in Folterländer, z.B. Iran, Türkei, ab. Vor diesem Hintergrund verstärkt sich das rassistische Straßenterror: zahllose Übergriffe auf Ausländer und Asylbewerberheime belegen dies.

Forum 3: Ökologie
Wir befinden uns in einer weltweiten, schweren ökologischen Krise. Sie ist regional oft verursacht durch großtechnische Projekte, z.B. der Volta-Staudamm in Kenia. International wirkt sich die Wachstumslogik der Wirtschaft als Zerstörungslogik aus. Trotz der dramatischen Lage war zu erwarten, daß die UNCED in Rio nur halbherzige Maßnahmen zur „Abfederung" der ökologischen Katastrophe beschlossen hat.

Forum 4: Herrschaftssicherung und Rüstungspolitik
Die Versuche, eigene Wege aus Abhängigkeit und Unterentwicklung zu suchen, sind bisher meist gescheitert. Ausschlaggebend sind die Abhängigkeit vom Weltmarkt und seinen Instrumenten IWF und Weltbank sowie die militärische Überlegenheit der führenden Industrienationen und deren Bereitschaft, diese rücksichtslos einzusetzen. Die Blutspur zieht sich von Algerien und Vietnam, über Angola und Nicaragua, Chile, Zaire bis hin zu Panama, Kurdistan und dem Krieg am Golf. Die Bundeswehr plant am Grundgesetz vorbei weltweite Einsätze mit dem Ziel, weltweit als Europapolizist auftreten zu können. Trotz des Zerfalls des Warschauer Paktes wird nicht ab-, sondern umgerüstet auf High-Tech-Waffen, internationale Eingreiftruppen, weltweite Programme zur Aufstandsbekämpfung.

Forum 5: Osteuropa und GUS-Staaten
Die jahrzehntelange Ausrichtung der Bürokraten des „real existierenden Sozialismus" an der sog. „nachholenden Entwicklung" steckt tief und verschlechtert die Start-Chancen für einen produktiven Neuanfang. Die reichen Industrienationen sichern sich die strategisch wichtigen Projekte und nehmen die Rosinen aus der Konkursmasse.

Forum 6: Frauen
Bevölkerungspolitik und das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung stehen im Zentrum dieses Forums. Die Referentinnen aus der sog. Dritten Welt, Osteuropa und der Bundesrepublik sollen die unterschiedlichen Strategien und bevölkerungspolitischen Maßnahmen darstellen, die Frauen an einem selbstbestimmten Leben hindern; die Verbindung von Bevölkerungspolitik und Wirtschaftsinteressen, Rassismus, Militarismus, Entwicklungsfragen und Frauenalltag soll hergestellt werden. Es sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie wir Frauen uns bevölkerungspolitischen Maßnahmen widersetzen, die nicht das Wohl der einzelnen Frau ins Zentrum ihrer Überlegungen stellen. In Teil zwei des Forums geht es in einer Podiumsdiskussion um Perspektiven einer internationalen Frauenbewegung.

Forum 7: Weltwirtschaft
Die Regeln der Weltwirtschaft werden von den Banken und Konzernen der Staaten des G7-Wirtschaftsbereichs und ihren transnationalen Strukturen beherrscht. Nur wenigen der ehemaligen Kolonien ist es gelungen, eine Produktion aufzubauen, die den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung gerecht wird.

Nachfragen / Anmeldungen bei:
Kongressbüro Sprecherrat der Universität
Michael Köhler und Dirk Joußen, Leopoldstr. 15, 8000 München 40
Tel. 089-2180-2072
Fax 089-38196-133

Aktionstage in München
6. - 8. Juli 1992
Ergebnisse der Aktionskonferenz vom 16./17. 5.92 in Frankfurt/Main

Während des Gipfeltreffens in der Residenz vom 6. bis 8. Juli 92 finden in München parallel die Aktionstage statt, um der Medienshow der HERRschenden unseren Widerstand und Protest in vielfältiger Form entgegen zu setzen. Wir wollen dabei nicht nur auf ihr offizielles Programm, wie zum Beispiel Opernbesuche, Theater ... etc. reagieren, sondern auch mit unseren politischen Vorstellungen und Zielen offensiv auf die Straße gehen. Wir wollen in diesen Tagen in München unüberhörbar und unübersehbar sein und in der Weltöffentlichkeit ein deutliches Zeichen setzen, daß sie hier noch nicht alles eingemacht und unter ihrer Kontrolle gebracht haben, daß es hier Menschen gibt, die weiter für eine menschenwürdige Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen. Zu dem bisher geplanten Ablauf: siehe "Vorläufiges Programm für die Aktionstage".

Infobörse Marienplatz:

Am Marienplatz ist für die ganzen drei Tage eine Infobörse angemeldet. Sie dient als zentraler Anlaufpunkt für Informationen und Öffentlichkeitsarbeit. Jeden Tag um 18.00 Uhr: Wir wollen uns jeden Abend dort nochmal auf der Straße treffen um öffentlich Präsenz zu zeigen und uns auszutauschen. Darüberhinaus wird es in der ganzen Stadt verschiedene Infostellen geben.

Außerdem:

* Es gibt einen Ermittlungsausschuß und eine SanitäterInnenstruktur.
* Eine Gruppe von Leuten wird die Ereignisse rund um den Gipfel dokumentieren, einmal für kurzfristig erstellte Wandzeitungen, die dann (hoffentlich) massenhaft geklebt werden, zum anderen für nachträgliche Dokumentationen.
* Wegen Schlafplätzen laufen noch Verhandlungen mit der Stadt. Die verschiedenen Jugendzentren können aber auf alle Fälle während den Tagen zum Pennen genutzt werden. Weitere Möglichkeiten werden noch gecheckt.
* Abends werden in verschiedenen Einrichtungen Konzerte stattfinden.
* Wichtig ist, daß auf niedrigem Level unsere Handlungsfähigkeit gewährleistet ist. Das heißt, daß Transparente, Plakate, Flugblätter, Aufkleber... etc. da sind, mit denen wir während der Tage überall in der Stadt präsent sein und Sand im Getriebe des G-7-Spektakels streuen wollen.

Kontakt:
Anti-WWG-Büro, Holzstraße 2, 8000 München 5, Tel.: 089/268123, Fax: 089/2603513

Gegen die HERRschende Weltordnung
500 Jahre Kolonialismus sind 500 Jahre zuviel !

BLICK NACH VORN IM ZORN

Vorläufiges Programm für die Aktionstage

Montag 6. Juli:
Vormittags:
Volksempfang vor der Residenz. Auch wir werden die G-7-Staatschefs angemessen begrüßen.
Nachmittags:
* Zentrale Aktion der bundesweiten Frauenmobilisierung: Kundgebung und Demonstration vom Sendlinger Tor nach Neudeck.
* Aktivitäten verschiedener Gruppen, die noch zeitlich koordiniert werden müssen (Straßentheater, Performance, Agit-Prop-Gruppen zu verschiedenen Schwerpunkten der Mobilisierung):
- zu Militär, Bundeswehr, Blauhelme
- zu Bevölkerungspolitik
- zur "Ostkolonisierung der DDR"
- zur Kontinuität von 500 Jahren Kolonialismus, Ausbeutung und Unterdrückung.
* weitere Aktivitäten in Planung:
- Antifaschistischer/antirassistischer Aktionstag (Flugblatt, Transparent und Öffentlichkeitsaktionen); Kontakt: Bayr. Antifa-Plenum
- Antirassistisches Bündnis München (Aktivitäten vor dem Kreisverwaltungsreferat und/oder Innenministerium)
- Koordination mit dem Vorschlag für eine zentrale Großaktion: Migration, Festung Europa, Abschottung und Selektion von Flüchtlingen, gegen Rassismus - für offene Grenzen.

Dienstag 7. Juli:
Vormittags/Mittag:
Zentrale Großaktion zur Situation von politischen Gefangenen in den G-7-Staaten und weltweit: ein internationales Infospektakel mit Straßentheater, Infoständen, Musik, Redebeiträgen etc. am Stachus/Justizministerium.
Nachmittags:
Zug vor das Kreisverwaltungsreferat, wo die verschiedenen städtischen und staatlichen Behörden untergebracht sind, unter anderem das Ausländeramt und das Sozialamt. Wir wollen unsere Solidarität mit den Menschen ausdrükken, die da jeden Tag Schlange stehen müssen, um ihre Existenz zu sichern. Der Verwaltungsapparat mit seinen Schikanen und seiner Willkür in seiner Kontroll- und Disziplinierungsfunktion soll angeprangert und ins Rotieren gebracht werden.

Mittwoch 8. Juli:
Dieser Tag soll die Aktionstage mit einem größeren, phantasievollen Demospektakel beschließen, in dem wir unsere internationale Solidarität und antiimperialistischen Ziele auf die Straße bringen.
Nachmittag:
Zentrale Großaktion mit Auftakt bei der Hans-Seidl-Stiftung/ Lazarettstr. (als Beispiel einer Institution der politischen Elite in den Metropolen, die hier und weltweit ideologisch wie materiell z. B. durch die Unterstützung rechter Regime an der Aufrechterhaltung der HERRschenden Weltordnung arbeitet)
Umzug, auf dem alle Gruppen (Straßentheater usw.) nochmals plakativ die verschiedenen Aspekte und Zusammenhänge der HERRschenden Weltordnung - von 500 Jahren Kolonialismus, Ausbeutung und Unterdrückung - darstellen.
Route: über Nymphenburger Str., Brienerstr., Königsplatz (Museen als Beispiel des kulturellen Raubes), Deutsche Bank und Börse zu Siemens. Enden soll dieser Zug vor der Residenz, wo wir das G-7-Treffen gebührend verabschieden.

Gegen Zensur und polizeiliche Überwachung!

Zwei Großveranstaltungen gegen den Weltwirtschaftsgipfel von der Polizei gestürmt

Mit polizeilicher Gewalt setzte das bayerische Innenministerium durch, daß in München öffentliche Veranstaltungen gegen den Weltwirtschaftsgipfel abgebrochen werden mußten. Wie zu Zeiten des "Sozialistengesetzes" vor 100 Jahren soll das auf Versammlungen gesprochene Wort polizeilich überwacht werden. Das meint natürlich nicht alle Veranstaltungen, sondern nur die der radikalen Opposition.

Wie verschiedene Münchener Gruppen in einem längerem Diskussionspapier (Anti-WWG-Info Nr.2) begründet haben, ist es ein wichtiger Punkt der Mobilisierung in der Stadt, die spezielle Situation staatlicher Angriffe auf die Versammlungsfreiheit gemeinsam zu verändern. Dabei geht es um das Vorgehen der Polizei, sich bei politischen Veranstaltungen offiziell Einlaß zu verschaffen, um so den Verlauf zu überwachen.

Eine grundsätzliche Veränderung dieser Bedingungen wird ein längerer Prozeß sein, der weit über die WWG-Mobilisierung hinausgeht. Zwei Großveranstaltungen zu den inhaltlichen Schwerpunkten unseres Widerstandes gegen die HERRschende Weltordnung sollten darin ein erster Schritt sein und waren es auch.

Die Veranstaltung am 4. April 1992

Die erste, für den 4. 4. geplante Veranstaltung war für die Bullen ein Anlaß, ab 16 Uhr den Stadtteil Haidhausen mit mehreren Hundertschaften zu besetzen und den Veranstaltungsort zu umstellen - nichts was sonderlich überrascht hätte, sondern vielmehr den AnwohnerInnen und PassantInnen demonstrierte, wie, entgegen der sonstigen Beteuerungen, mit Protest und Widerstand gegen den WWG verfahren werden soll.

Als sich eine halbe Stunde vor dem offiziellen Beginn fünf eifrige Staatsschützer in Zivil durch die Eingangstür drängelten, um von dem Veranstalter "ihre Plätze" nach § 12 VersG zugewiesen zu bekommen, waren im Saal bereits über 100 Leute, die schon lange vorher gekommen waren, den Ort vorbereitet und miteinander diskutiert hatten. So war eine Stimmung entstanden die ausdrückte: Wir werden der Polizei unmißverständlich klar machen, daß sie hier nicht erwünscht ist!

Mit dieser Stimmung im Rücken war es möglich, die Zivilbullen erst einmal wieder vor die Tür zu komplimentieren. Von dort konnten sie zusammen mit den zahlreichen Kollegen mürrischen Blickes verfolgen, wie sich der Veranstaltungssaal bis zum offiziellen Beginn mit 350 Leuten gefüllt hatte, an die vorher sämtliche Redebeiträge in schriftlicher Form verteilt wurden.

Beim zweiten Versuch pünktlichst um 19.30 Uhr wurde ihnen und dem mittlerweile als Einsatzleiter angerückten Vize-Polizeichef von München im Namen aller veranstaltenden Gruppen erklärt, daß sie als ungebetene Gäste bei dieser Veranstaltung nicht erwünscht seien. Der trotzdem fortgesetzte Weg endete diesmal an der Tür zum eigentlichen Saal, wo ein riesiges, von in Ketten stehenden Menschen gehaltenes Transparent und lautstarke Sprechchöre dieser Erklärung der VeranstalterInnen auch realen Nachdruck verlieh.

Aufgrund des daraufhin relativ entgeisterten Funkspruchs "Da kommen wir nicht durch" stürmten kurze Zeit später zwei Dutzend behelmte USK'ler in den Saal. Die Ketten wichen geordnet zurück, es gab keine Festnahmen oder Verletzte. Auch den "Bullen raus" Sprechchören tat dies keinen Abbruch.

Und es wurde offensichtlich: Unter diesen grotesken Bedingungen - ein überfüllter Saal, in dem gegen den eindeutigen Willen der Anwesenden ein Platz für die offizielle "Bullendelegation" freigeprügelt werden muß - kann keine Diskussion stattfinden.

Nach einer nochmaligen inhaltlichen Begründung wurde daher die Veranstaltung beendet; nicht ohne noch sämtliche Polizisten mit dem beliebten Kinderlied über Pippi Langstrumpf in hellste Aufregung zu versetzen - wurde doch von ihnen ein etwas anderer Text erwartet (über eine gewisse Rote Zora).

Die Veranstaltung am 4. Mai 1992

Einen Monat später war die zweite Veranstaltung angesetzt. Die breite und positive Berichterstattung in Radio und Zeitungen nach der Stürmung der ersten und das steigende Interesse an einer Mobilisierung gegen den WWG hatte zur Folge, daß diesmal 500 BesucherInnen kamen. Der Bulleneinsatz hatte damit statt Abschreckung das Gegenteil erreicht.

Eine Stunde vor Veranstaltungsbeginn wurde an einer verschlossenen Hintertür eine diesmal eingesetzte SEK-Einheit postiert und dem Wirt gedroht, diese "aufzusprengen", falls er den Schlüssel nicht freiwillig herausgebe. Nach dem verstreichen mehrerer Ultimaten wurde zum Veranstaltungsbeginn die Eingangstür geöffnet und die wartenden BesucherInnen konnten den Saal betreten. Nach der emeuten Weigerung die Bullendelegation einzulassen, versuchte ein Trupp des SEK den Saal zu stürmen, was zunächst an dem völlig überfüllten Zugang und der Entschiedenheit der BesucherInnen scheiterte. Kurz darauf prügelten sich 40 USK'ler den Weg frei und stürmten den Veranstaltungsort. Durch Schlagstockeinsatz wurde einer Person der Arm gebrochen, Einrichtungsgegenstände wurden von den Bullen bewußt kurz und klein geschlagen, so daß hoher Sachschaden entstand.

Um ihre Wut und den Protest gegen diese Bulleneinsätze, aber auch die Inhalte gegen den WWG in München auf die Straße zu bringen, führten alle Anwesenden daraufhin eine unbehelligte Spontandemonstration entlang einer ansonsten vielbefahrenen Einfallstraße durch. Bei dem abschließenden Redebeitrag war allen klar, daß dies nicht das letzte Wort in Bezug auf die Veranstaltungssituation in dieser Stadt war.

Generell kann mensch sagen: Das Thema systematische Überwachung linker Veranstaltungen durch die Polizei ist in dieser Stadt zu einem allgemeinen Politikum geworden, während es vorher praktisch nicht existent war. Es gibt eine breite und vorwiegend positive Berichterstattung in verschiedensten Medien; die Kritik an den Polizeieinsätzen geht bis weit in das bürgerliche Lager; die veranstaltenden Gruppen hatten die Gelegenheit, im Münchener Stadtrat ihre Position gegen die des Polizeipräsidenten zu stellen.

Und was vielleicht noch viel wichtiger ist: Durch die Power und die Gemeinsamkeit, mit der den Bullen bei diesen Gelegenheiten entgegengetreten wurde, ohne jedoch die Situation völlig eskalieren zu lassen, hat sich bei sehr vielen Leuten die lange währende Ohnmacht, das Denken, das sich nur noch in Kategorien der Niederlagen vollzieht, verändert. Und von daher haben sich die Voraussetzungen, auf denen wir aufbauen können sehr verändert.

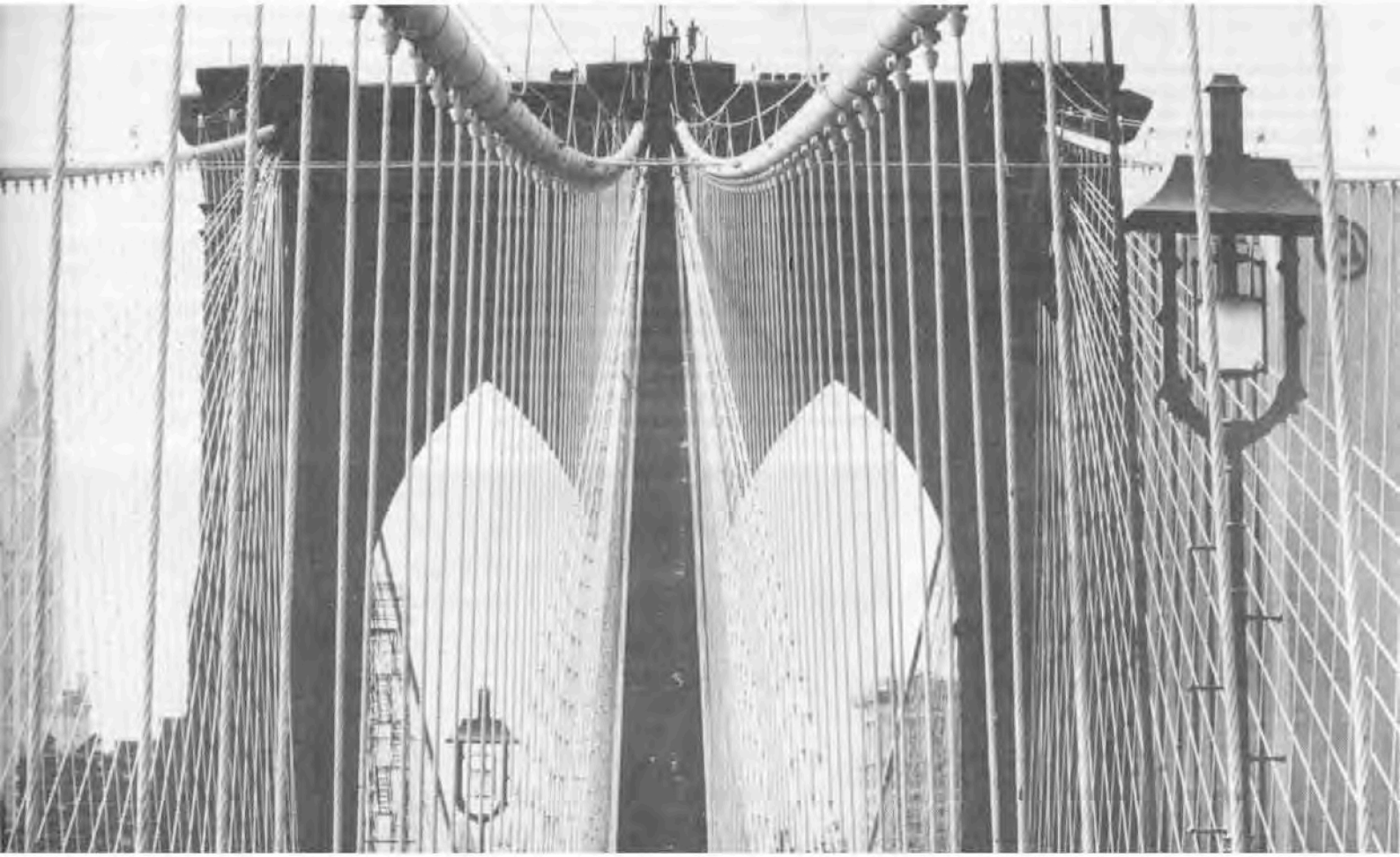
Hinweis:

Die Redebeiträge der 1. Veranstaltung liegen schriftlich vor. Wer sich darüber informieren will, was der Staatsapparat nicht öffentlich gesprochen zulassen will, wende sich an: AK WWG, c/o Infoladen, Breisacherstr. 12, 8000 München 80.

Dort ist auch eine Zusammenstellung der bisherigen Presseveröffentlichungen zur Anti-WWG-Mobilisierung erhältlich.

(der Artikel ist dem WWG-Info Mai 1992 - 4/92 entnommen)

Ende des bewaffneten Kampfes!



Freiheit für die Gefangenen?

Es hat sich einiges bewegt in den letzten Monaten. In diversen Papieren kündigten sowohl die Revolutionären Zellen als auch die Rote Armee Fraktion und die pol. Gefangenen aus der RAF das Ende des bewaffneten Kampfes an. Wir gehen davon aus, daß diese Erklärungen bekannt sind (taz, AK, Konkret, Angehörigen-Info, Stadtzeitungen) und drucken sie hier nicht nach. Wegen leidigen Zeit- und damit verbundenem Diskussionsmangel gehen wir auch nicht näher auf die Erklärungen ein. Ebenso käme an dieser Stelle ein Aufruf für die bundesweite Demonstration am 20.6. in Bonn "Für die Freiheit und das Leben der politischen Gefangenen" zu spät. Stattdessen veröffentlichen wir an dieser Stelle zwei Erklärungen, die weniger bekannt sein dürften.

Isabel Jakobs ist eine der haftunfähigen Gefangenen, deren sofortige Freilassung von der RAF sowie der Demonstration in Bonn gefordert wird. Seit ihrer Festnahme 1985 haben wir immer wieder über ihre Situation berichtet. Isabel hat im April einen Antrag auf Halbstrafe, d.h. Freilassung nach Ablauf der Hälfte der Strafe, gestellt. Über diesen Antrag ist bisher noch nicht entschieden worden. Im Gegensatz zu Claudia Wannersdorfer und Günter Sonnenberg, die freigelassen wurden, und Ali Jansen, dessen Antrag auf Zweidrittelstrafe abgelehnt wurde.
Zum anderen begrüßen wir die eindeutige Stellungnahme des 16. Strafverteidigertages zu den Forderungen der RAF und zur sog. Kinkel-Initiative.

Isabel Jacob: Stellungnahme zu meinem Antrag auf Halbstrafe

1985 bin ich in der U-Haft unter §129a-Bedingungen an Morbus Basedow, einer Auto-Immunkrankheit der Schilddrüse und endokriner Orbitopathie, durch Antikörper hervorgerufene Entzündungen und Schwellungen der Augenanhangsgebilde und -muskeln, die bis zur Erblindung führen können, erkrankt.
129a-Bedingungen, das hieß für mich damals: bis auf die letzten Wochen als einzige Gefangene auf einer Mini-Durchgangsstation für Frauen im Männerknast Hannover, kaum Möglichkeiten, mit anderen Gefangenen zusammenzusein, 23 Stunden Einschluß, Sichtblende vorm Fenster, in der Regel Einzelhofgang und sonst mit ständig wechselnden Gefangenen, Trennscheibe für BesucherInnen oder Anwalt und Repressalien gegenüber den Gefangenen, die trotzdem versucht haben, mit mir Kontakt aufzunehmen. Verhinderung aller sozialen Beziehungen und jedes genaueren Gesprächs und das in einer Situation, in der ich mit dem Tod meines Freundes und Genossen konfrontiert war, der bei dem Anschlag ums Leben gekommen ist – eine ähnliche Situation wie bei Claudia (Wannersdorfer, d. Red.), die ebenfalls in der Isohaft schwerkrank geworden ist und die sie jetzt endlich rausgelassen haben.
Isolationshaft, das ist der materielle Ausdruck eines Vernichtungsprogramms, das auf die psychische und physische Zerstörung zielt und bei jeder/m Spuren hinterläßt, krank machen muß, weil der Körper immer auf derart lebensfeindliche Bedingungen reagiert, selbst wenn der Kopf noch so entschlossen Widerstand leistet. Meine Krankheit, die mein Arzt als „Bürgerkrieg im eigenen Körper" bezeichnet hat, ist dafür der sinnbildliche Ausdruck.
Die Möglichkeiten, mich zu erholen und mir die Lebensbedingungen zu schaffen, die ich für mich brauche, hatte ich seitdem nicht.
Wie auch:
Seit '85 war ich entweder im Knast oder aber jahrelang im Zangengriff der Staatsschutzjustiz und damit der permanenten Drohung, jederzeit wieder einzufahren, obwohl diese Krankheit als direkte Folge der Isohaft ausgebrochen ist, sich damals innerhalb kürzester Zeit dramatisch verschlechtert hat und dies auch ein Kriterium für die Haftverschonung war.
Seitdem hat sich mein Gesundheitszustand nicht grundlegend gebessert, trotz 6-jähriger Hormonbehandlung, Cortisontherapien und bisher einer Operation. Im Gegenteil, der jahrelange Dauerstreß druch Knast, Prozeß und dem Kampf für die Anerkennung meiner Haftunfähigkeit hat nicht nur dazu geführt, daß es keine Chance auf Heilung innerhalb der ersten Jahre gab, in denen dies in vielen Fällen noch möglich ist, sondern daß besonders meine Augenbeschwerden therapieresistent geblieben sind. Bei einer Krankheit, deren Verlauf erheblich von Streßfaktoren mitbestimmt wird, ist das schließlich auch kein Zufall, sondern beabsichtigtes Kalkül.
Meine Krankheit als zusätzliches Druckmittel gegen mich: Kurz vor dem Prozeßanfang kam das erste Dealangebot der Staatsanwaltschaft, in dem das verlangt wurde, was sie von uns immer verlangen: Ich hätte sagen müssen, daß ich an dem Anschlag beteiligt war und „daß Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung ist, ich in Zukunft meine Ziele gewaltfrei durchsetzen werde und keine Straftaten mehr begehe". Der Lohn dafür: 2 Jahre Knast auf Bewährung und ein kurzer Scheinprozeß (statt 4 1/2 Jahre Knast und 1 Jahr Verhandlungsdauer). Meine Ablehnung bedeutete gleichzeitig die Gewißheit, daß mich in jedem Fall nochmal Knast erwartet, egal, was bei der Beweisaufnahme rauskommt.
So war's bisher immer: Rache für diejenigen, die den Preis nicht bereit sind zu zahlen.
Es ist klar, daß sie damit jetzt auch wieder bei der Anhörung zu meinem Halbstrafenantrag kommen werden.
Ich habe nicht damals ihre miesen Erpressungsversuche abgelehnt, um mir jetzt meine Freiheit und das bedeutet eben zynischerweise auch meine Gesundheit oder doch wenigstens bessere Behandlungsmöglichkeiten zu erkaufen. Eine Anerken-

"Knast heißt für politische Gefangene in den meisten Fällen Isolationshaft. Isolationshaft heißt Folter. Heißt, daß du Tag für Tag, Nacht für Nacht nur auf dich alleine angewiesen bist. Du fängst an, das Sprechen zu verlernen, merkst bei Besuchen, daß dir die Worte fehlen, daß du deine Zeit brauchst, um ins Reden zu kommen. Alle Sinne sind auf Entzug gesetzt. Du kannst nicht nur mit niemanden sprechen, du kannst auch niemanden berühren, mit niemanden lachen, niemanden zuzwinkern. Die meisten politischen Gefangenen in der BRD sitzen seit Jahren unter diesen Bedingungen. Und kämpfen seit Jahren dagegen. Sie haben sich trotz Isolation, trotz Hochsicherheitstrakts trotz der weißen Folter nicht zerstören, ihre Identität nicht rauben lassen. Auch das gehört dazu, auch das ist wichtig zu wissen.

Zitat aus einen Brief von Ingrid Strobl, September 1988.

nung des staatlichen Gewaltmonopols, das heißt die Legitimierung kapitalistischer Vergesellschaftung und weltweiter imperialistischer Zerstörung und ein Verleugnen der Tatsache, daß ein Leben in Würde und Freiheit für uns wie für alle Menschen nur gegen diese herrschenden Machtstrukturen zu organisieren und durchzukämpfen ist, wird es von mir nicht geben.
Über meine politischen Orientierungen oder gar den Aufbau eines neuen revolutionären Prozesses auf dem Hintergrund unserer Erfahrungen der letzten, jetzt zu einem Abschluß gekommenen Kampfphase, werde ich ausschließlich mit den Menschen diskutieren, mit denen ich zusammen weitergehen will, aber mit keinem Büttel des Staatsapparates und mit keinem Gericht.
Sich auf ihre inquisitorischen Fragen einzulassen, bedeutet ihre Kriminalisierungs- und Entpolitisierungsstrategie gegen uns zu akzeptieren: Als ob sich unser Widerstand und unsere Sehnsucht nach einem selbstbestimmten Leben, ohne rassistische und sexistische Unterdrückung, ohne die kapitalistische Zurichtung jeder/n von uns für die Profitinteressen eines Systems, das über die Leichen derjenigen geht, die als dysfunktional und nicht verwertbar erklärt werden – auf die Wahl unserer Mittel reduzieren ließe. Als würden wir nicht in einer Realität leben, die nach Veränderung schreit. Das wäre einfach nur noch absurd.
21 Jahre Vernichtungshaft gegen politische Gefangene, in denen jede noch so kleine Verbesserung der Haftbedingungen hart erkämpft werden mußte; haftunfähige Gefangene wie Günter und Bernd, die sie seit 15, 17 Jahren in der Isohaft foltern und trotzdem nicht brechen konnten. Obwohl sie genau wissen, daß ihre Vernichtungsprogramm gegen uns gescheitert ist, obwohl inzwischen auch Teile des Apparats nicht mehr länger die offensichtlichen Tatsachen weglügen können, daß es haftunfähige Gefangene gibt und es jetzt endlich um eine politische Lösung für uns alle gehen muß, und anfangen von „Normalisierung" und „Gleichbehandlung" zu reden, hat sich bisher für uns materiell nichts verändert. Im Gegenteil, für einige von uns hat sich die Situation in den letzten Monaten eher noch verschärft. Und sie besitzen weiterhin den Zynismus, selbst noch von schwerkranken Gefangenen als Bedingung für eine Freilassung ihre Unterwerfung erpressen zu wollen.
Was sie unter „Normalisierung" verstehen, sieht z.B. bei mir so aus:
● Die ersten sechs Monate eine fast totale Isolation, um meine „Zusammenarbeit" mit der Knastärztin zu erzwingen, trotz der absehbaren Konsequenzen, die das für mich haben mußte und auch hatte
● Trotz meiner Krankheit und meiner klaren Forderung, mit Menschen meines Vertrauens und d.h. hier im Knast konkret mit Eva, Siggi und Gabi auf einer Station zusammengelegt zu werden, gibt es einen inzwischen auch vom OLG Frankfurt/M. bestätigten Trennungsbeschluß zwischen mir und den drei anderen: Wir sind in verschiedenen Häusern, haben keinen gemeinsamen Hofgang, und ich komme in keinen Freizeitkurs rein, in dem eine der drei Genossinnen ist.
● Besuchsverbote, die wie alles hier mit ihrem Vollzugsziel begründet werden: mich „durch geeignete Maßnahmen zu einer Abkehr vom linksradikalen bzw. terroristischen Umfeld zu bewegen".
● Monatelanger Kampf um die Durchsetzung der für mich dringend notwendigen, regelmäßigen Untersuchungen
● Martialisches SEK-Aufgebot bei meinen Arztausführungen: Da werden schon mal ganze Klinikbereiche manöverartig besetzt, wie Anfang Februar bei den Augenuntersuchungen, und mir insgesamt Bedingungen aufgezwungen, unter denen jede angemessene und vertrauliche Untersuchung verhindert wird, obwohl sie sehr genau wissen, daß sich meine Krankheitssymptome unter starker Streßbelastung akut verschärfen können.
● Politische Zensur, eine nur noch als willkürlich zu bezeichnende Anhaltepraxis und damit Verhinderung jeder kontinuierlichen politischen Kommunikation
usw.
Das ist Teil ihrer Normalität, ihres alltäglichen Terrors. Gegen jeden von uns.
Fast 1 1/2 Jahre Knast haben bei mir deutliche Spuren hinterlassen: Wenn mein behandelnder Arzt zusammenfassend feststellt, daß ich mich in einem psycho-physischen Erschöpfungszustand befinde und sich die derzeitige Isolationshaft ungünstig auf das Krankheitsgeschehen auswirkt, so spüre ich hier jeden Tag, was das heißt. Nach jeder körperlichen, aber vor allem psychischen Belastung, nach jeder Konfrontation manchmal tage- oder gar wochenlange Schwächeanfälle, zugeschwollene Augen, Schmerzen und so starke Sehstörungen, daß Lesen zur Qual wird. Ich merke, wie mein Körper anfängt zu streiken, und es gibt unter diesen Bedingungen nur wenig Möglichkeiten, dagegen etwas zu tun. Schlimmer noch: Bedingt durch meine Krankheit eine starke, letztlich für mich selbst unkontrollierbare Erregbarkeit in den Momenten, wenn hier Auseinandersetzungen anfangen zu eskalieren, als wäre ich dabei, wie ein Luftballon zu zerplatzen, und bin dann nur noch unter großer Willensanstrengung in der Lage, nicht völlig auszurasten – aber das auch nicht immer. Sowas kann hier drinnen verdammt schnell gefährlich werden und sich sofort gegen mich richten. Ein Grund, warum ich sage, ich muß bis zu meiner Freilassung als Mindestbedingung sofort mit Eva, Siggi und Gabi zusammen auf eine Station, weil ich natürlich die Auseinandersetzung mit ihnen existenziell brauche, aber eben auch als Schutz für mich.
Dazu kommen all diese typischen Knastfolgen, die jede/r von uns mehr oder weniger kennt, die sich aber bei mir in viel kürzerer Zeit potenzieren, weil ich sowieso schon stark geschwächt bin:
Inzwischen sehr starke Konzentrationsstörungen, wenn sich die Mauern im Kopf verdichten und nur noch Leere bleibt, wenn ich am Ende eines Satzes den Anfang schon wieder vergessen habe oder wenn ich tagelang für einen Brief brauche ... Wasser in den Beinen und öfters Schwellungen im Gesicht, an den Händen und Armen ... Durchblutungsstörungen und fast ständig, sogar im Sommer, blaue Hände und Füße ... schwere Kreislaufstörungen, immer wieder Übelkeit, Erbrechen, Schwindel und eine unendlich große Müdigkeit ... außerdem noch die kleineren Auswirkungen meiner Krankheit: starke Wärmeempfindlichkeit, ständiges Schwitzen, regelmäßige Durchfallphasen.
Das geht so nicht mehr länger weiter.

April 1992

Isabel Jacob
Obere Kreuzäckergasse 4
JVA III
6000 Frankfurt/Main
Preungesheim

»Freilassung aller haftunfähigen sowie derjenigen politischen Gefangenen, die bereits 15 Jahre inhaftiert sind.«

Resolution des 16. Strafverteidigertages

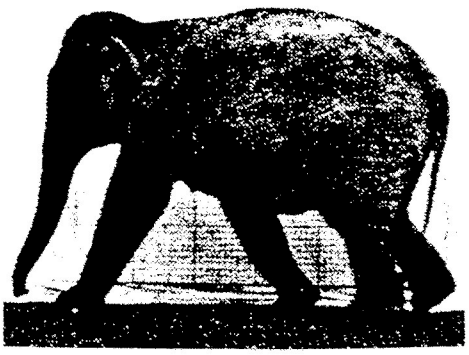
Die Initiative des bisherigen Jutizministers Kinkel und die Erklärung der RAF vom 10.4.1992 haben eine öffentliche Diskussion ausgelöst, die vom 16. Strafverteidigertag ausdrücklich begrüßt wird.
Um die eingeleitete Entwicklung zu unterstützen und zu beschleunigen, sind schnellstmöglich folgende Maßnahmen zu ergreifen:
– Freilassung aller haftunfähigen sowie derjenigen politischen Gefangenen, die bereits 15 Jahre inhaftiert sind;
– Zusammenlegung der übrigen Gefangenen in einer oder zwei Gruppen, soweit sie es wünschen, und Schaffung der Bedingungen dafür, daß sie in absehbarer Zeit entlassen werden können.
Die aktuelle Diskussion gibt erneut Veranlassung, die Abschaffung der Gesetze zu fordern, die seit 1972 unter dem Vorwand der sog. Terrorismusbekämpfung eingeführt worden sind, insbesondere: § 129a StGB, KontaktsperreG, Kronzeugenregelung, §§ 138a, Abs. 2, 146, 148 Abs. 2, 231 StPO.
Die Hochsicherheitstrakte sind zu schließen, Sonderhaftbedingungen dürfen nicht angeordnet werden.
Die aktuelle Diskussion hat erneut die Problematik der lebenslangen Freiheitsstrafe ins öffentliche Bewußtsein gerückt. Diese Sanktion ist abzuschaffen. In jedem Fall ist § 57a StGB dahin abzuändern, daß eine Entlassung bereits nach Verbüßung von zehn Jahren Freiheitsstrafe möglich ist.

(Vom Plenum am 17.5.1992 mit großer Mehrheit angenommen).

Terroristische Kindervereinigung?

Fünf Schüler im Alter von 13 bis 17 Jahren sollen laut Generalstaatsanwaltschaft in Celle für Brandanschläge vergangener Jahre in Göttingen zumindest mitverantwortlich sein. Gegen sie wird nach § 129a (Bildung bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) ermittelt.

Bereits seit dem Jerhbst '91 führten LKA und BKA in Göttingen verdeckte Observationen durch. Mit großem personellen, logistischen und technischen Aufwand wurde versucht, der schwarz-roten Gefahr auf die Schliche zu kommen. Als am 24.12.91 das Göttinger Tageblatt die ihm von der Schmiere vermutlich selbst lancierten diesbezüglichen Informationen veröffentlichte, da wußten wir (die Lieben, die immer in schwarz rumlaufen) schon längst, daß die schnauzbärtigen Überwachungsbüttel in ihrer Beschattungspause die Pommes am liebsten rot-weiß essen.



Das Ganze fiel in den Rahmen einer groß angelegten Hetz- und Diffamierungskampagne der „Staatschützer" und iher gleichgeschalteten Medien. Es wurde zum tausendsten Male versucht, den autonomen, antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren, indem ihm Brandanschläge untergejubelt werden sollten, die in den vorausgegangenen Wochen verübt worden waren – so zum Beispiel gegen das Clubheim eines KleingärtnerInnenvereins. Dort war gesprüht worden „Deutschland den Ausländern" und „Anti-Deutschland-Liga für autonome Gewaltherrschaft". Dabei lassen weder Anschlagsobjekt noch Wortwahl auf TäterInnen aus dem linken Spektrum schließen, was die Schmiere auch wenig später eingestehen mußte.

Doch zurück zu den jugendlichen Deliquenten – sie waren wie zehn andere Menschen auch am 26.10.91 bei Waake in eine Personenkontrolle der Bullen geraten, nachdem kurz zuvor eine Demonstration gegen das FAP-Schulungszentrum im nahegelegenen Mackenrode stattgefunden hatte. Die Vorladungen gingen ausschließlich an die fünf unter-18-Jährigen der kontrollierten Personen, bzw. bezeichnenderweise an deren Eltern.

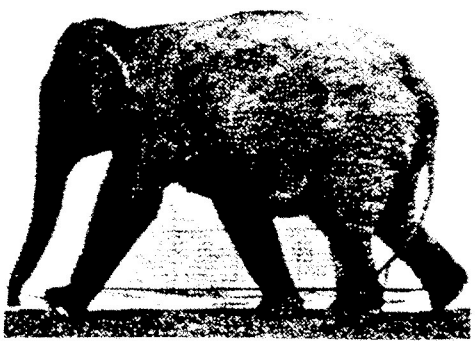
Vermutet die Staatzsanwaltschaft wirklich, daß die Mitte der 80er Jahre noch „Grundschulpflichtigen" damals eine „terroristische Vereinigung" gründeten, um Wohlstand und Sicherheit dieser Stadt zu untergraben? Wollen sie sie für bis zu 10 Jahre (höchstes Strafmaß für 129a) hinter Gitter stecken? Wollen sie 129a tatsächlich vor dem Jugendgericht verhandeln? Und wollen sie noch nicht Strafmündige dafür verurteilen?

Wohl kaum. Vielmehr läßt dieses keinen anderen Schluß zu, als daß die Bullen sich die Personen ausgesucht haben, auf die sie den stärksten Druck ausüben können, um Aussagen zu erzwingen. Die Absurdität des Konstrukts und der große Aufwand, der seitens des Staatsschutzes betrieben wurde und schließlich in diesen fünf Ermittlungsverfahren mündete, legt die Vermutung nahe, daß es auch in diesen – wie in den meisten anderen – 129-Verfahren nicht darum geht, zur Anklageerhebung und Verurteilung zu kommen (nur ca. 6% aller Ermittlungsverfahren führen zu Verurteilungen).

Zum § 129a

Worum geht es denn dann? Was wollen die mit ihren komische Paragraphen eigentlich???

Historisch betrachtet, sind der 129a und seine Vorläufer (129, 128) schon immer ein Instrument der Herrschenden gewesen, um Widerstand und auch nur Widerspruch zu unterdrücken. Seit 1798 gibt es derartige Repressionsparagraphen, die es ermöglicht haben, auf wie auch immer geartete und formulierte Grundrechte zu scheißen und unliebsame Menschen und Bewegungen zu kriminalisieren. Seit 1871 taucht in diesem Zusammenhang der Begriff „staatsfeindlich" auf. Parallel zu den Stammheimverfahren entsteht die heutige Fassung des 129, und 1976 entsteht analog zum 129 der 129a, der nunmehr auch „terroristische Vereinigung" der Strafverfolgung aussetzt. In dieser Form gibt der 129a die gesetzliche Legitimation für die Aussetzung eigentlich verfassungsmäßig garantierter Grundrechte und für umfangreiche Ermittlungsmethoden:



- Ermittlungen durch Bundesanwaltschaft/ BKA
- Telefonüberwachung
- Kontrollstellen
- Haftbefehl ohne Haftgrund
- erleichterter VerteidigerInnenausschuß
- Überwachung des VerteidigerInnenverkehrs
- Schleppnetzfahndung
- Verhandlungen vor dem OLG mit Einschränkung von Verfahrensrechten.

Ermittlungen nach diesem Paragrafen bieten den Staatsschnüfflern also nahezu unbegrenzte Möglichkeiten der Informationsbeschaffung über „verdächtige" Personen bzw. Gruppen. Mit Hilfe des 129a soll zudem der Widerstand eingeschüchtert und gespalten werden. (...)

Es geht also um die Kriminalisierung des antifaschistischen, ja des ganzen linken und fortschrittlichen Widerstandes. Es geht um ein Rollback gegen die zunehmende Akzeptanz autonomer antifaschistischer Politik in breiteren Bevölkerungsschichten hier in Göttingen, also darum, „die Autonomen" wieder in die Schmuddelecke zu stellen, sie als ChaotInnen und sinn- und hirnlose GewalttäterInnen darzustellen.

Ja, und das alles sollten wir ständig im Hinterkopf haben, uns darüber bewußt sein, wenn alles, was bei der groß angelegten Staatsschutzaktion herauskommt, fünf Ermittlungsverfahren nach 129a gegen zum Teil noch nicht einmal Strafmündige sind. Der 129a ist eben ein Ermittlungsparagraph, und er hat viele Funktionen. Und die Verfahren bergen so viele Gefahren, darüber müssen wir stets gewärtig sein, daß wir unsere Verhaltensweisen daraufhin überprüfen und uns immer wieder mit Themen wie zum Beispiel Aussageverweigerung befassen. Schließlich ist es wichtig, nicht selbst zu sehr ins Spekulieren zu verfallen, wer denn jetzt konkret von solchen Ermittlungen betroffen ist, oder welche Gruppe bzw. welcher Themenbereich für die pigs interessant ist. Wir alle sind gemeint! Und es wäre Quark und gefährlich anzunehmen, daß nur die Leute gefährdet sind, die sich mit dem jeweils kriminalisierten Themenbereich auseinandersetzen. Wir alle sind gemeint! Und wir alle sollten dementsprechend behutsam umgehen, mit dem, was wir wissen oder auch nur denken und ahnen. Wir alle sind gemeint!

Einen relativen Schutz für uns alle gegen solche „Staatsschutz"-Angriffe bietet es nur, als Szene gemeinsam aufzutreten, uns gemeinsam und solidarisch darüber auseinanderzusetzen und zu Einschätzungen und gemeinsamem Handeln zu kommen.

WIR ALLE SIND GEMEIN!

Autonome aus Göttingen

Rassismus, Pogromstimmung und Polizeiterror in Mannheim

Die Reihe der Gewaltakte gegen AusländerInnen von rechter Seite reißt nicht ab. Schwerste Gewaltverbrechen bis hin zu Morden sind fast alltäglich und finden allerhöchstens noch in Kurzmeldungen in den Medien eine Erwähnung. Parallel dazu laufen die ersten Prozesse gegen TeilnehmerInnen an faschistischen und rassistischen Übergriffen. In der Regel gibt es hier (bis auf wenige Ausnahmen) zwar Verurteilungen, aber meistens nur auf Bewährung. Begründung: durch starken Alkoholeinfluß sind die TäterInnen nicht voll straffähig, und zudem sei von einem rechtsextremen Hintergrund nichts zu merken.

Seit Ende Mai gab es in Mannheim-Schönau massive Übergriffe und Einschüchterungen gegen Asylanten und AusländerInnen direkt aus der näheren Bevölkerung heraus, ähnlich wie in Hoyerswerda. Ein Aktionsbündnis gegen Rassismus rief daraufhin zu Protestaktionen und zu einer Demo am 6.Juni vor Ort auf. Die Polizei reagierte massiv: brutalste SEK-Einsätze, Massenfestnahmen und Ausnahmezustand in der Stadt. Die auf dem Paradeplatz in der Stadt friedlich versammelten Menschen wurden brutal zusammengeknüppelt. Im Zuge der weiteren "polizeilichen Maßnahmen" an diesem Abend (Hunde- und Pferdeeinsätze, Behinderung ärztlicher Hilfe, Knüppelorgien) wurden mindestens 20 Menschen zum Teil schwer verletzt und ca. 150 Personen festgenommen; u.a.- auch das Jugendzentrum gestürmt und geschlossen. Am Wochenende darauf, den 13. Juni, wurde zu einer weiteren Protestdemonstration aufgerufen. Bis zum frühen Abend, noch vor Ende der Aktionen, kam es neuerlich zu über 130 Festnahmen.

Wir drucken an dieser Stelle eine Erklärung zu den Vorfällen am 6.6. vom Jugendzentrum Mannheim ab, zum einen, um der bürgerlichen Propaganda von umherziehenden Gewalthorden, zum anderen, um dem Totschweigen dieser Vorfälle etwas entgegenzusetzen.

Vor dem gleichen Hintergrund verurteilen wir aufs Schärfste die brutalen SEK-Überfälle von Ende Mai auf drei Asylunterkünfte in der ehemaligen DDR. Diese wurden nachts gegen 3.30 Uhr mit voller Kampfmontur gegen völlig ahnungslose und wehrlose Familien durchgeführt. Offizielle Begründung: die rapide angestiegene Kriminalitätsrate in der ehemaligen DDR und die Stimmung innerhalb der Bevölkerung gegen die AusländerInnen. Gefunden wurde nichts. Die Polizei bleibt trotzdem bei ihrer Linie: dem Bürgerruf nach Bürgerwehren müsse Etwas entgegengesetzt werden.

Ein Überblick zum Vorfeld

Im Mannheimer Stadtteil Schönau kam es in den vergangenen Wochen immer wieder zu pogromartigen Gewalttätigkeiten der Bevölkerung gegenüber dem dortigen, in einer US-Kaserne untergebrachten Flüchtlingswohnheim. Die regionale Presse schwieg sich aus, die überregionale berichtete erst Tage später. Wir wollen versuchen, hier einen möglichst genauen Überblick zu geben.

Am 26. Mai wird bekannt, daß eine Frau in der Nähe des Wohnheimes vergewaltigt wurde. Zielgerichtet wird nun in Schönau das Gerücht gestreut, ein Gahnese aus dem Heim habe die Tat begangen (in Wahrheit ist der – mutmaßliche – Täter ein US-Amerikaner). Am gleichen Abend ziehen 20 - 30 bewaffnete Schönauer vor das Wohnheim. Die Bullen „sichern daraufhin das Anwesen" und führen Gespräche mit dem bewaffneten Mob.

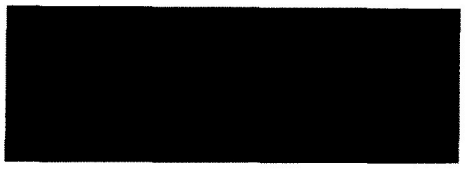
Am Donnerstag (28.5.) schließlich ziehen 300 SchönauerInnen nach einer von den Bullen beendeten Massenschlägerei von einer Vatertagsfete, rassistische Parolen gröhlend, zum Wohnheim. Es kommt zu einigen Festnahmen, die Bullen räumen das Areal (relativ „liebevoll").

Tags darauf ziehen 400 - 500 Leute (davon ca. 100 mit Knüppeln bewaffnet) mit Sprüchen wie „Nur ein toter Neger ist ein guter Neger" vors Heim und wollen „Asylanten schlachten".

Am Samstag (30. Mai) gibt es eine Solidaritätsdemo für die Flüchtlinge von ca. 100 Leuten. Diese werden von den PassantInnen immer wieder angepöbelt. Es fallen Sprüche wie „Ihr brennt auch noch", „Jetzt bekommen die Scheißer auch noch Hilfe" und ähnliches. Gegen 22 Uhr räumen die Bullen die Straße, es kommt zu keinen Auseinandersetzungen. Als am Dienstag abends versucht wird, eine Solidaritäts-Mahnwache für die Flüchtlinge durchzuführen, wird diese von SchönauerInnen angegriffen. Daraufhin greifen die Bullen die DemonstrantInnen (!) ab, DemonstrantInnen werden, nachdem sie von Bürgern zusammengeprügelt wurden, verhaftet. Der bewaffnete Mob hingegen wird weder kontrolliert noch werden die Personalien aufgenommen.

In der Mannheimer Presse folgt nun eine Hetze gegen „Chaoten und linke Schläger", der erste Bericht in der Sache überhaupt. Gewalttätig sind auf einmal nicht mehr die SchönauerInnen, sondern die Flüchtlinge und die sich mit ihnen solidarisierenden Menschen. Es wird auch behauptet, Rechte wie Linke seien aus dem ganzen Bundesgebiet angereist.

Während die Linken immer mehr ins Kreuzfeuer geraten, dem Schönauer Mob immer mehr Zugeständnisse gemacht werden, geht der rechte Terror unter den Augen der Bullen weiter. Die vergitterte Unterkunft ist nur noch unter Lebensgefahr zu verlassen.



Zu den Ereignissen vom 6. Juni

Am Samstag, 6. Juni, stürmten um 19.20 Uhr starke Polizeikräfte mit rabiater Gewalt das Jugendzentrum O 4,8 in Mannheim. Die ca. 60 anwesenden, teilweise minderjährigen CafébesucherInnen wurden zum größten Teil verhaftet. Die Leute vom Jugendzentrum schildern diesen Vorfall und seine Vorgeschichte:

Am Donnerstag, den 4.6., wurde von Einzelpersonen eine Demonstration auf der Schönau angemeldet, die ihren Protest gegen den dort herrschenden Rassismus und die Angriffe gegen das Flüchtlingswohnheim Ausdruck verschaffen wollte. Zu dieser Demonstration wurde bundesweit aufgerufen.

Am Freitag, den 5.6., wurde vom Ordnungsamt der Stadt Mannheim ein Demonstrationsverbot, was sich über ganz Schönau erstreckte, ausgesprochen. Versuche von Seiten der DemonstrantInnen, mit Verantwortlichen von Stadt und Polizei Verhandlungen zu führen, scheiterten aufgrund des mangelnden Interesses dieser Personen. Es wurden alle zur Verfügung stehenden Mittel genutzt, um gegen dieses Demonstrationsverbot vorzugehen. Doch am Samstag, den 6.6. um 13 Uhr bestätigte der Verwaltungsgerichtshof Mannheim in 2. Instanz wider Erwarten das Verbot.

Aufgrund der bundesweiten Mobilisierung war davon auszugehen, daß von außerhalb viele DemoteilnehmerInnen zu erwarten waren und nicht mehr über das Demonstrationsverbot informiert werden konnten. Von Seiten der UnterstützerInnen der Demonstration gab es folgenden Versuche, die Situation zu entschärfen:

- Die Idee war, von der Innenstadt ausgehend eine Spontandemo gegen das Demonstrationsverbot durchzuführen. Und an den Polizeisperren anreisende DemonstrationsteilnehmerInnen über die momentane Situation in Mannheim aufzuklären, um somit dort Auseinandersetzungen mit der Polizei zu vermeiden.
- Parallel dazu wurde versucht, den zuständigen Polizeieinsatzleiter Grentrupp telefonisch und persönlich zu erreichen. Dies gelang endlich gegen 16 Uhr. In den folgenden Gesprächen im Flüchtlingswohnheim teilte Herr Grentrupp unmißverständlich mit, daß mit keinerlei Entgegenkommen von Seiten der Polizei zu rechnen sei.
- Kurze Zeit später erschien OB Widder und teilte mit, daß jegliche Demonstration oder Kundgebung, ob in Schönau oder anderswo, verboten sei und von der Polizei sofort aufgelöst werden würde. Jeder Versuch, OB Widder von der Deeskalationsstrategie zu überzeugen, wurden von ihm mit dem Hinweis auf das VGH-Urteil niedergeschmettert. Es war offensichtlich, daß OB Widder in keiner Weise zur Deeskalation beitragen wollte. Es drängte sich im Gegensatz der Eindruck auf, daß er eine „militärische Lösung" suchte. Damit waren alle Versuche, auf die kommenden Ereignisse Einfluß zu nhemen, gescheitert.
- Inzwischen sammelten sich auf dem paradeplatz ca. 500 Menschen friedlich zu der Spontandemonstration. Um 19.20 Uhr wurde die Versammlung durch brutalen und rabiaten Knüppeleinsatz von der Polizei auseinandergeprügelt. Es brach große Panik aus. TeilnehmerInnen sowie PassantInnen flohen durch die Innenstadt, gefolgt von prügelnden Polizeibeamten.

Die Vorfälle im und vor dem Juz

Zu diesem Zeitpunkt war das Café des JUZ von Unbeteiligten gut besucht. Wenigen Verletzten und Verfolgten gelang es, Zuflucht im Juz zu finden. Um die anwesenden Unbeteiligten zu schützen, wurde die Tür hinter den Eintreffenden verschlossen. Bei den Verletzten wurde 1. Hilfe geleistet. Eintreffende Polizeikräfte versuchten zuerst, die Eingangstür aufzutreten. In der Zwischenzeit wurde unter uns diskutiert, die Tür evtl. zu öffnen. Die Entscheidung wurde uns durch die Polizei abgenommen, denn zuerst wurde die Tür von außen verbarrikadiert und um 20.10 Uhr mit einem Rammbock aufgebrochen.

Das weitere Vorgehen der Polizei war sehr konfus. Es war offensichtlich, daß die betreffenden Einsatzleiter keine Ahnung hatten, warum sie sich hier befanden. Ein zur Versorgung eines Verletzten herbeigerufener Notwarzt erhielt, trotz Protest, keinen Einlaß. Auch ein von uns informierter Rechtsanwalt hatte keinen Einfluß auf das Vorgehen der Polizei. Etwa eine Stunde

später begann die Polizei damit, die Anwesenden ohne Begründung zu verhaften und abzutransportieren. Gegen 22.30 Uhr beendete die Polizei aus unerfindlichen Gründen die Verhaftung der BesucherInnen, obwohl noch ca. 20 Personen anwesend waren.
Die Verhafteten wurden teilweise in Ludwigshafen erkennungsdienstlich behandelt, andere Gefangene im Herzogenried wurden nach ein paar Stunden wieder freigelassen. Das JUZ wurde nach dem Abtransport der Unbeteiligten sofort von uns geschlossen.
Vor dem Jugendzentrum befanden sich die ganze Zeit Protestierende und Schaulustige, die lautstark den vehementen Polizeieinsatz verurteilten. Eltern von verhafteten Minderjährigen versuchten ebenfalls, auf die Polizei Einfluß zu nehmen.
Wir verurteilen das Vorgehen von Stadtverwaltung und Polizei auf das Schärfste. Die Politik und das Handeln dieser Institutionen war von Anfang an darauf ausgerichtet, jeglichen legalen Protest gegen die in Schönau stattfindenden rassistischen Übergriffe mit allen Mitteln zu verhindern. Das durch die Stadt und Presse aufgebaute Feindbild von massenweise anreisenden Gewalttätern hat sich als nichtig erwiesen. Es kam von Seiten der DemonstrantInnen zu keinerlei Provokationen oder Gewalttaten. Um zu verhindern, daß die pogromartigen rassistischen Ausschreitungen eine größere Öffentlichkeit erreichen, ist OB Widder jedes Mittel recht:
- Verbot der Demonstration
- Nichteingehen auf das Verhandlungsangebot
- Zusammenziehen riesiger Polizeikräfte
- deren auf Konfrontation angelegtes brutales Eingreifen.

Damit sollte von der eigentlichen Situation abgelenkt werden. Dieses Ziel war ihnen wichtiger als die körperliche Unversehrtheit der DemonstrantInnen und Mannheimer BürgerInnen.

JUZ 04,8

Buchbesprechung

Im Zentrum dieses Buches stehen die organisatorischen Strukturen der „Gesinnungsgemeinschaft der neuen Front" (GdNF) und ihre Einbindung in das Netz deutschen und ausländischer Faschisten. Diese von dem verstorbenen Michael Kühnen aufgebaute „Kadergemeinschaft" ist straff organisiert und versteht sich als Avantgarde zum Aufbau einer neuen NSDAP. Mitglieder dieser Organisation sammeln Waffen, führen paramilitärische Trainingslager durch und rekrutieren vor allem Jugendliche mittels ihrer vielen Vorfeld- und Wahlorganisationen. Während von den staatlichen Behörden und dem Großteil der Medien die Ausübung von Gewalt gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen schnell EinzeltäterInnen und Grüppchen zugeschrieben wird, liegt bei einer genaueren Untersuchungen der Einfluß des organisierten Neofaschismus deutlich auf der Hand. Seit Jahren propagieren und betreiben diese Gruppen Gewalt gegen „Nicht-Deutsche" und JüdInnen, gegen fortschrittliche und antifaschistische Menschen als Teil ihrer politischen Strategie zur Errichtung eines IV. Reiches. Insbesondere seit der deutschen Vereinigung reißt der Zulauf neuer Mitglieder nicht ab.
Neofaschistische Gewalt bestimmt heute schon den Alltag vieler Jugendlicher und insbesondere der Flüchtlinge und ImmigrantInnen in den neuen Bundesländern. Vorläufiger Höhepunkt der rechten Gewalt war die Anschlagswelle 1991 mit 2.074 offiziell registrierten rassistischen Überfällen, vier Toten und einer nicht gezählten Anzahl Schwerverletzter – die Orte dieser Angriffe sind mit den Aktionsräumen der Neonazis, die Täter mit deren Mitgliedschaft und schon beeinflußtem Rekrutierungsfeld in ganz Deutschland identisch. Unterstützung erhielten die rassistischen Kräfte durch die Anti-Asyl-Kampagne der bürgerlichen Medien und der Bundesregierung, so daß 1991 34% der Bevölkerung in meinuingsumfragen Verständnis für Gewalt gegen AsylbewerberInnen äußerten.
Das von uns verwandte Material geht zu einem Teil auf die Techerchen für den Fernsehfilm „Wahrheit macht frei" zurück. Dieser von Michael Schmidt in Zusammenarbeit mit der englischsprachigen antifaschistischen Zeitung 'Searchlight' gedrehte Do-

kumentarfilm gibt einen tiefen Einblick in die Aktivitäten der „Gesinnungsgemeinschaft der neuen Front" im Jahre 1990. Bis heute weigern sich deutsche Sendeanstalten, diesen Film zu zeigen, während er in vielen Nachbarländern längst ausgestrahlt wurde und beachtliche Resonanz fand.
Unsere Darstellung beginnt mit der Betrachtung der sogenannten Revisionistenoffensive, der seit 1990 verstärkten, koordinierten Anstrengung alter und neuer Nazis, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu leugnen. Die begonnene offene Zusammenarbeit eines großten Teils der organisierten Neofaschisten wurde seitdem intensiviert und führte 1991 unter anderem zu den bis dahin größten Neonazi-Aufmärschen in Dresden und Bayreuth mit über 2.000 Teilnehmern. Die Konkurrenzen und Eifersüchteleien sowie die taktisch bedingten Abgrenzungen sich seriös gebender faschistischer Parteien gegenüber den militanten Neonazis sind deutlich zurückgegangen. Wenn diese Entwicklung so weitergeht, gewinnt die Bedrohung durch eine neue faschistische Massenbewegung in Deutschland an Gestalt. Das Pogrom von Hoyerswerda hat die aktuellen Dimensionen dieser Entwicklung schmerzlich deutlich gemacht. Maßgeblich an diesen Umtrieben beteiligt waren neben der lokalen Neonazi-Gruppe „Neue Deutsche Ordnung" Mitglieder der „Deutschen Alternative", eine der Wahlorganisationen der GdNF. Die Gewalt der Neonazis fand Unterstützer und neue Sympathisanten nicht nur in der örtlichen Bevölkerung.
Das dahinter stehende Organisationsnetz, von Republikanern bis zur illegalen NADAP/AO, erfaßt alle Regionen der Bundesrepublik und erreicht Menschen aus allen Schichten und Klassen der deutschen Bevölkerung. Um in dieser Fülle einen Eindruck von der Arbeitsweise und den inneren Mechanismen neofaschistischer Organisationsnetze geben zu können, mußten wir uns beschränken. Darum haben wir die „Gesinnungsgemeinschaft der neuen Front" zum Gegenstand dieses Buches gemacht, andere Gruppen finden sich kaum oder fehlen ganz.
Um den Einfluß von Neonazis wirksam bekämpfen zu können, ist ein Wissen über ihren Charakter und ihre Stukturen unentbehrlich. Es besteht ein qualitativer Unterschied zwischen den organisierten Nazi-Kadern, ihren Mitläufern und rechts beeinflußten Jugendlichen. Um den Kadern wirksam begegnen zu können, ist es notwendig, sie von ihren Rekrutierungsfeldern zu isolieren. Das gelingt, neben Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit, am besten durch die Entwicklung einer antifaschistischen Bewegung, die dem Terror der Nazis mit organisiertem Selbstschutz entgegentritt.

Antifaschistisches Autorenkollektiv

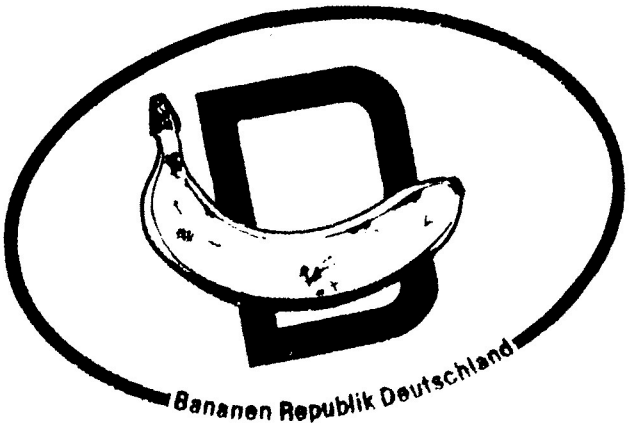
Drahtzieher im brauen Netz
Der Wiederaufbau der NSDAP
Hrsg. vom ID-Archiv im IISG/Amsterdam
180 S., 200 Fotos, DM 20,–

Der Amtsschimmel frißt Bananen!

Vorsicht: Keine Satire!!!

Münster, den 28.4.1992, AStA:
Der Staatsfeind Nummer 1 – Rudi – erscheint. Er fährt seit längerem mit einem „bösartig verächtlichen" Aufkleber aus seinem Bulli umher. Ein „D-Zeichen" mit einer eingedruckten Banane und – mensch stelle sich vor – darunter steht: Bananen-Republik Deutschland. Diese Verunglimpfung hoheitlicher Symbole ließ eine seiner NachbarInnen so schlecht schlafen, daß sie sich von diesem Alpdruck mit einer Meldung bei der Polizei erleichterte. Nun könntet Ihr glauben, der Staat sei solchen „Anfeindungen" gegenüber locker-lässig gewandt – da die Banane in der BRD eh eine staatstragende Rolle spielt – aber weit gefehlt. Wo kämen wir denn da hin!
Ein solcher Aufkleber verunglimpft nach § 90a StGB auf das Schärfste die Bundesrepublik, so die Staatsanwaltschaft Münster, und „ratz-fatz" hat unser Rudi ein Verfahren am Hals. Erst noch erwägt die Staatsanwaltschaft bei einer Zahlung von 100,– DM (..., gemäß § 153a, Abs. 1 StPO...) eine Re-Integration des Staatsfeindes, der Unverbesserliche weigert sich jedoch. Dem tritt die Staatsanwaltschaft – der Banane sei Dank – sofort vehement entgegen. Obwohl viel beschäftigt, wird Staatsfeind Rudi innerhalb von einer Woche der Bananen-Prozeß gemacht.
Wie, Ihr reibt Euch verwundert die Augen und denkt an Hakenkreuzfahnen bei rechtsradikalen Demos, an die Postkarten-Aktion der DVU, an den Werbespot der Reps („Spiel mir das Lied vom Tod") etc.? Wieso Rudi, und nicht die?
Aber wer Münsteraner Studierende kennt, weiß, daß dort viel gefährlichere Elemente leben, die sich begeistert auf den Aufkleber stürzen (laut Aussage der VerkäuferInnen des Aufklebers).
Dieser Prozeß, so er denn für den Staatsanwalt gut ausgeht, wird ein für allemal Schluß mit solcher Volkshetze machen. Gott sei Dank gibt es noch die wache Staatsbürgerin (sicherlich auch den wachen Staatsbürger!), die aufmerksam ihre Umgebung beobachtet und keine Mühen scheut, staatsfeindliches Betreiben sofort zu melden. Wir danken dieser Staatsbürgerin für ihre Umsicht, ist sie doch schon damit geschlagen, in der Nähe vieler ausländischer MitbürgerInnen wohnen zu müssen, die sie inzwischen von ihren wahnwitzigen Umtrieben befreien konnte (ein Ausländer – im Besitz des besagten Aufklebers – bezahlte 100,– DM und ist reintegriert!). Allein bei Rudi bleibt der Erfolg versagt. Aber was soll mensch schon erwarten, wenn Rudi als einziger Deutscher in einem von AusländerInnen bevölkerten Haus lebt.
Also, Volksgenossinnen und -genossen, laßt uns die Banane erheben und auf unsere Republik anstoßen!!!

AStA Münster



Die Satire machte nicht nur in dieser Anklageschrift halt: am 30.4. fuhren nachmittags vor dem AStA 2 Mannschaftswagen und 2 Einsatzwagen der Polizei vor, 15 uniformierte und 4 zivile Staatsschützer in Begleitung der Staatsanwältin, und durchsuchten den AStA. Dabei beschlagnahmten sie 200 Plakate, 820 Flugblätter und 417 Aufkleber mit besagtem Bananensymbol. Obendrein erhielt der AStA-Vorsitzende Josef T. eine Anzeige wegen "Verunglimpfung des Staates". Hintergrund: der AStA hatte sich mit Rudi B. solidarisiert und mehrere öffentlichkeitswirksame Aktionen zur "Banane" gemacht, u.a. das AStA-Gebäude mit Bananenplakaten verschönert.

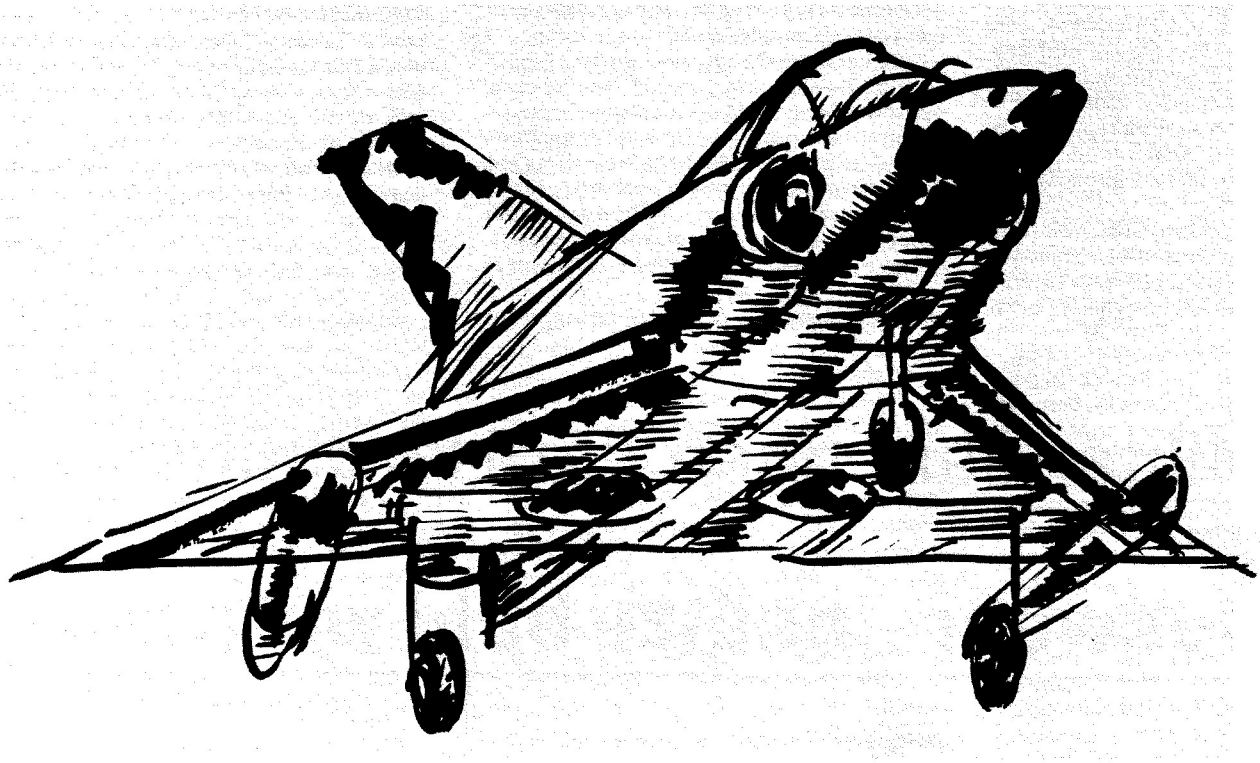
Eine Woche später fand der Prozeß gegen Rudi B. statt, bei dem er zwar freigesprochen wurde, allerdings nur, weil ihm persönlich keine "böswillige Verächtlichmachung" der Bundesrepublik Deutschland gemäß § 90a nachgewiesen werden konnte. Objektiv gesehen sei eine Verächtlichmachung der BRD vorhanden, so der Richter. Rudi hatte im Verlauf des Prozesses aber erklärt, "daß er auf dem Boden der Verfassung stehe" und daß er den Aufkleber als "Gag" betrachtet habe und sich damit im Ausland von den mercedesfahrenden Landsleuten mit bananenlosem D-Aufkleber unterscheiden wollte.
Tatsächlich gibt es den Aufkleber aus gutem Grund. 1986 wurde er vor dem Hintergrund der Flick-Parteispendenaffaire kreiert. Und was sollen vor allem die ganzen Ossis zu solcher Rechtsprechung sagen, die im Nov. 1989 an allen Grenzübergängen vom frenetisch jubelnden Mob mit Bananen empfangen wurden?

Durchsuchungen in Bremen

Presseerklärung des BBA- und Antifa-Ladens

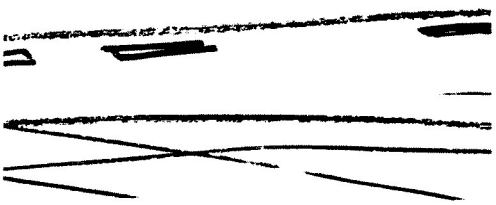
In Bremen fanden am 9.3.92 in der Zeit von 16.20 - 18.30 Uhr parallel vier Durchsuchungen statt. Betroffen davon waren der BBA-Infoladen (Bremer BürgerInneninitiative gegen Atomanlagen), der Antifa-Infoladen sowie zwei Privatwohnungen. Als Vorwand diente ihnen diesmal ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen dem Inhalt der Zeitschrift „Radikal" Nr. 145, Teil 1. Gleichzeitig wurden aber auch noch die Zeitschrift „Unfassba" Nr. 10 & 11 und Ladenunterlagen beschlagnahmt.
In der letzten Zeit findet eine verschärfte Kriminalisierung gegen Infoläden, zentren und Publikationen des linken, Autonomen Spektrums statt. BRDweit gab es Razzien unter anderem im M 99 Berlin, Schwarzmarkt Hamburg, in Infoläden in Karlsruhe und Passau, im Umwälzzentrum Münster, im Alhambra Oldenburg, AJZ Bielefeld, im Buchladen „Le Sabot" Bonn sowie in mehreren Privatwohnungen. Als offizieller Anlaß dienten dem Staatsschutz jeweils verschiedene Zeitschriften, z.B. Radikal, Agitare Bene, Unfassba, Angehörigeninfo, Ausbruch oder das Buch „Die rote Zora".
Um der Öffentlichkeit Diskussionen und Informationen über Antifaschismus, Anti-AKW-Kampf, militantem Widerstand, Frauenkampf, Hausbesetzungen, Antirassismus, Internationalismus, Sexismus- und Patriachatsdiskussionen sowie Informationen über die Situation in den Knästen zugänglich zu machen und eine Gegenöffentlichkeit gegen die Macht der herrschenden Medien zu schaffen, wurden die Infoläden eingerichtet.
Wenn die staatlichen Organe an diesem Punkt ansetzen, können wir dies nur als Zensur verstehen, die wir nicht hinnehmen werden!
Für freie Diskussionen, gegen Pressehetze, Zensur und Kriminalisierungen!
Gegen Worte als Waren: wahre Worte!!!

Neugestaltung der Bundeswehr



Dem Frieden zu dienen ist das vornehmste Ziel eines jeden Soldaten. Ärgerlich nur, wenn's dazu so wenig Gelegenheit gibt. Deshalb haben die Nato-Außenminister auf ihrer diesjährigen Frühjahrstagung beschlossen, daß ihre Soldaten zukünftig überall in Europa Frieden schaffen sollen. Da sich die Deutschen, wie wir seit Beginn dieses Jahrhunderts wissen, in ihrer Friedensliebe so leicht von niemandem übertreffen lassen, wird auch die Bundeswehr dabeisein.

Im kleinen Rahmen ist sie es jetzt schon: als „Sanitäter" in Kambodscha, als Minensucher oder Hubschrauberpiloten am Golf, schon lange als Militärberater an vielerlei Orten. Großdeutschland zeigt wieder Präsenz. Nicht etwa, daß man sich aufdrängt, nach außen hin ziert man sich gar ein wenig, läßt sich bitten und auffordern, redet von Verantwortung und Verpflichtungen, denen es sich zu stellen gelte. Konkrete Schritte hin zur Erlangung der — politischen und praktischen — Fähigkeit, international auch militärisch (wieder) handlungsfähig zu werden, bleiben bisher im Nebel verschleiernder Worte ohne klare Konturen: die deutsch-französische Brigade etwa, im Selbstverständnis Kern einer zukünftigen europäischen Armee, der auch Frankreichs Atomwaffen unterstehen werden, erscheint so als Teil des „Einigungswerks" Europas.



Militärplanungen der Hardhöhe

Bundeswehreinsätze bald weltweit ?

Seit Mitte Januar 92 liegt nun ein Papier der Hardthöhe vor, das erstmals zusammenfassend den politischen Rahmen zukünftiger Militärplanung absteckt. Es trägt den Titel ***„Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtung einer Neugestaltung der Bundeswehr"*** und ist ein „offizielles" Dokument. Es entstand aus intensiven Beratungen des Führungsstabes der Streitkräfte und ist von der politischen Führung abgesegnet. Es will einen Rahmen geben für Entscheidungen für „die Zeitperspektive nach 1995".

Nach der Feststellung, daß sich „das sicherheitspolitische Umfeld in Europa (in den vergangenen zwei Jahren) grundlegend verändert" hat, kommt es zur Definition der deutschen Sicherheitsinteressen. Dabei wird ein „weiter Sicherheitsbegriff" zugrundegelegt. Diese Formulierung wurde in Teilen der Friedensbewegung als verlogene Anlehnung an die eigene Idee empfunden, Sicherheit sei mehr und anderes als militärisch garantierte Ruhe. Aber sie erinnert auch an Vorstellungen wie die „Doktrin der Nationalen Sicherheit" in Lateinamerika, die im Kern besagt, daß der Feind überall lauere, auch und gerade im Innern eines Landes, und kompromißlos zu bekämpfen sei.

Neben einigen altbekannten Punkten wie Nato-Bündnis, EG-Integration, Nuklearschirm, Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Rüstungskontrolle benennt das Papier folgende ***„Sicherheitsinteressen":***

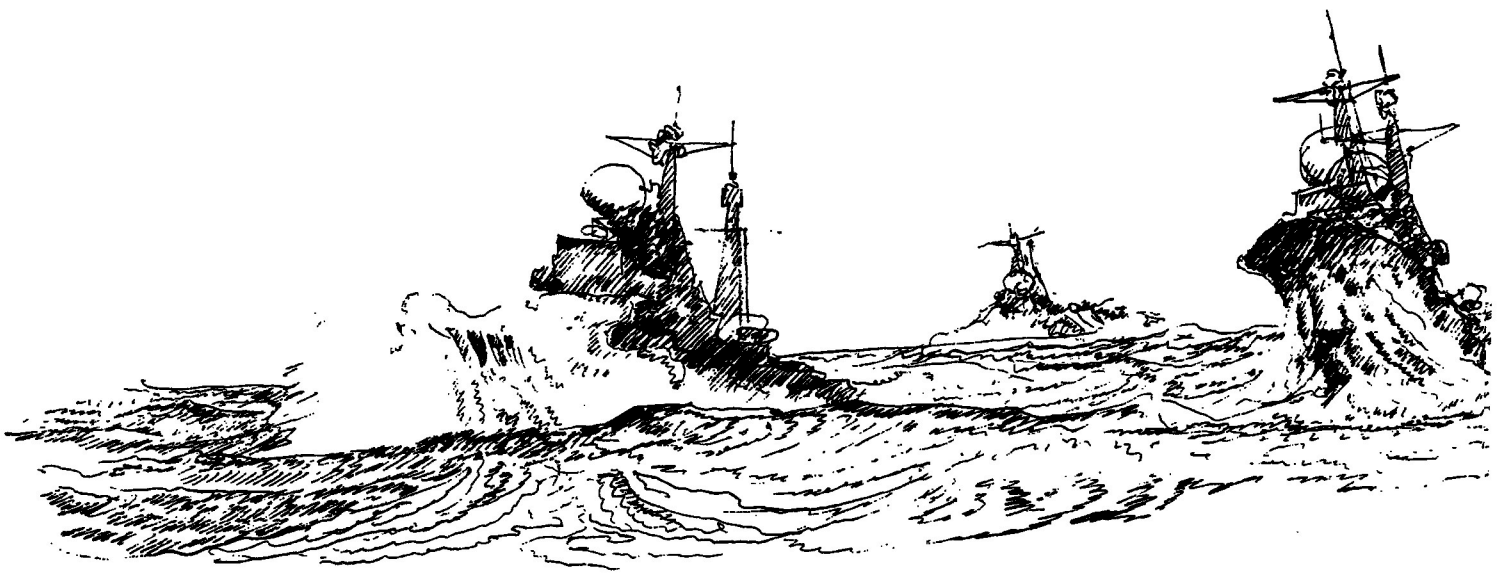
„- Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Konflikten jeglicher Art, die die Unversehrtheit und Stabilität Deutschlands beeinträchtigen könnten,
- Förderung des Demokratisierungsprozesses und des wirtschaftlichen Aufschwungs in den Ländern Mittelost-, Südost- und Osteuropas,
- Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität,
- Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen".

Ausdrücklich gibt hier das Verteidigungsministerium also die Position der geographischen Beschränkung der NATO/Bundeswehr ebenso auf wie die verbal streng defensive Orientierung der Vergangenheit. Tatsächlich hat das Tradition (selbst wenn ich davon absehe, daß die Bundeswehr von Linken schon immer als ein Heer für den Angriff begriffen wurde). Schon 1983 hatte der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Wellershoff, erklärt: ***„Störungen in der Rohstoffversorgung gefährden unsere ... Sicherheit, weil sie der Sicherheitspolitik die Basis entziehen."***

1990 genehmigte der Bundestag (einschließlich SPD-Opposition) die Beschaffung von 4 Fregatten für die Marine. Eine der vorgetragenen Begründungen für ihre Notwendigkeit war der Schutz von Handelswegen und die Sicherung von Im- und Exporten.

Bei der Einschätzung, inwieweit Sicherheitsinteressen gefährdet sind, setzt sich eine neue Sichtweise durch. Zum einen wird nicht mehr von „Bedrohung" gesprochen, sondern von „Risiken". Nicht daß ich der Bedrohungsanalyse der Vergangenheit das Wort reden will, aber sie behauptete zumindest eine konkrete, benennbare und benannte Gefahr. „Risiken" sind alles und jedes. Das wird ausdrücklich bestätigt, wenn es heißt, ihre Beurteilung erfolge nicht so sehr unter dem Aspekt „einer möglichen existentiellen Bedrohung, sondern stärker unter einer möglichen Stabilitätsgefährdung". In diese Universalformel seien auch „globale Risiken" außerhalb Europas einzubeziehen. Es gebe ein „vielfältiges Konfliktpotential", das „die internationale Ordnung destabilisieren" könne. Es sei nicht absehbar, ob und wann eine wirkliche Gefährdung daraus erwachse, es sei auch nicht möglich, alles „mit militärischen Mitteln auszubalancieren". Aber es gelte, vorbereitet zu sein.

In „Nordafrika oder im Nahen und Mittleren Osten" seien jetzt schon „Gefährdungen der Sicherheit und Stabiltät Europas ... festzustellen". Entsprechend müsse eine „Beurteilung ... stets mit weltweiter Perspektive" erfolgen. Die „politische Handlungsfähigkeit Deutschlands" sei in diesem Rahmen zu si-

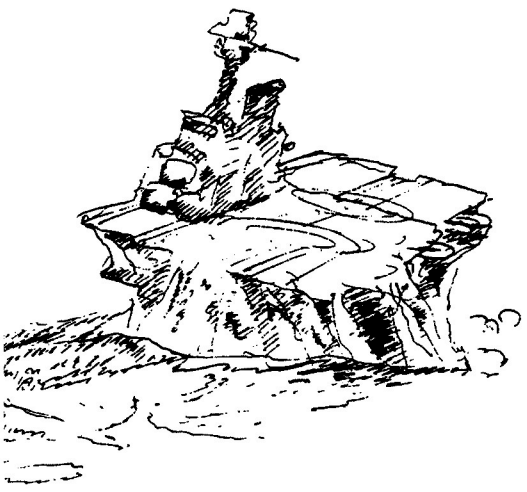


chern. „Das schließt Streitkräfte als politisches Instrument der Sicherheitsvorsorge ein." Auf diesem Hintergrund ist die Umstrukturierung der Bundeswehr zu sehen. Die - insgesamt verkleinerte - Armee wird „zur angemessenen Reaktion in Krisenlagen" fähig sein. Sie wird kein Territorialheer mehr umfassen, sondern nur noch hochmobile Präsenzstreitkräfte und „gekaderte" Reserven, die bei Bedarf entsprechend rasch mobilisiert werden können. Es wird eine deutliche Verschiebung zu Zeit- und Berufssoldaten geben. Die Luftwaffe wird die einzige Waffengattung mit atomaren Aufgaben sein. Sie wird die Fähigkeit zu schneller „Gegenkonzentration" und „Gegenoffensive" haben, was in normalem Deutsch Konzentration und Offensive heißt. Bei der Marine betrifft der Abbau vor allem die Ostsee und die Küstenregion. Vergrößert wird ihr Bestand an hochseetauglichen Fregatten und Versorgungsschiffen.

Zwar wird immer wieder die Rolle der Nato betont, aber es kommt ein neuer Aspekt hinzu: „die Notwendigkeit auch nationaler Führungsstrukturen", und zwar auch um „teilstreitkraftübergreifende ... Koordinierungsaufgaben in nationaler Verantwortung zu erfüllen". Hier steht's zwar noch nicht ausformuliert, aber dies ist nichts anderes als der Ruf nach einem nationalen Generalstab, der verschiedentlich auch offen zu hören ist. Zwecks leichterer politischer Kontrolle war bei Gründung der Bundeswehr sehr bewußt darauf verzichtet worden.

„Krisenreaktion" wird Hauptaufgabe der Armee der Zukunft sein, und zwar „im weltweiten Rahmen". Alle Überlegungen „müssen daher ganz eindeutig auf dieses ... Aufgabenspektrum ausgerichtet werden", allerdings „ohne eine klarstellende Verfassungsänderung im Hinblick auf Einsätze außerhalb der Nato vorwegzunehmen". Dies braucht die Bundeswehrführung auch nicht zu tun, das hat Genscher ihr abgenommen, als er in der UNO öffentlich eine entsprechende Regelung zusagte.

Das wird ohne die SPD nicht machbar sein. Die hat seit 1991 einen Parteitagsbeschluß, daß sie UNO-Einsätze deutscher Soldaten auf „Blauhelmmissionen" beschränkt sehen will. Auch dafür muß das Grundgesetz geändert werden. Dazu ist die SPD bereit, und es wird wohl geschehen. Kohl und Engholm scheinen sich darüber einig, daß dies positiv erlaubt wird, nicht aber negativ anderes ausgeschlossen werden soll. So bleibt Interpretationsspielraum in vorerst ausreichendem Maße, und die Öffentlichkeit wird an einen weiteren Schritt Deutschlands zur großmachtpolitischen Normalität gewöhnt. Bei der SPD-Position bleibt zu beachten, daß Blauhelmeinsätze in der UN-Charta nicht definiert sind, also keine Grenze zu Kampfeinsätzen festgeschrieben ist. Schließlich wurde der Beschluß gegen die Meinung zahlreicher prominenter Sozialdemokraten gefaßt, die massiv an seiner Revision arbeiten. Genschers Zusage und der Wunsch der Hardthöhe werden also Wirklichkeit werden.



Eine Bundeswehr, die so international von politischen Fesseln befreit ist, will natürlich auch ihre praktischen Beschränktheiten überwinden. Die fehlenden Nuklearwaffen wird im europäischen Rahmen Frankreich beisteuern (s.o.). Aber es mangelt auch an der „Fähigkeit zum frühzeitigen Erkennen und Bewerten krisenhafter Entwicklungen" sowie der „Fähigkeit zur ... Verifikation". Was immer sonst noch diese allgemeinen Formulierungen umfassen mögen, eines gehört sicher dazu: eigene Satellitenaufklärung. Die Expertenkommission der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik hatte dazu geschrieben: „Neue Sicherheitsanforderungen und Gefährdungen ergeben sich vor allem durch die Kombination von bestehenden Regionalkonflikten, insbesondere im Mittelmeerraum sowie im Nahen und Mittleren Osten, mit der Proliferation (Weitergabe, W.R.) weitreichender und leistungsfähiger Waffenträger sowie nuklearer, biologischer und chemischer Potentiale. ... Die Beobachtung aus dem Weltraum (kann) dazu beitragen, die Kenntnisgrundlage für die Beurteilung der Entwicklungen und für die Entscheidung über das gebotene eigene Verhalten zu stärken."

Nicht gesagt wird, daß weltraumgestützte Kontroll- und Lenktechnik unverzichtbarer Bestandteil der Waffensysteme von morgen ist. Hier liegt also durchaus ein Element innerimperialistischer Widersprüche versteckt. Das Gespenst der Weitergabe von Atomwaffen durch GUS-Staaten oder -Wissenschaftler wird zwar allenthalben beschworen, aber bisher konnten die Länder und Machthaber, die Atomwaffen wollten, sich im Westen allemal bedienen. Bekanntlich hat die BRD seit langem eine führende Rolle beim Export von Atomtechnologie wahrgenommen. Das Argument hat mehr politische als praktische Funktion, da die Notwendigkeit von Atomrüstung ansonsten nur noch schwer begründbar wäre, wollte man offen machtpolitische Aussagen vermeiden.

Das Erstaunliche an der Entwicklung, wie sie hier dargestellt wurde, ist nicht so sehr, daß sie stattfindet - es wurde am Beispiel der Rohstoffsicherung auf eine historische Kontinuität hingewiesen, die sich für jeden der angeführten Bereiche nachweisen ließe. Erstaunlich ist vielmehr, daß dies alles im schönsten inneren Frieden, in größtem Konsens geschieht. Das geht sicher zum Teil auf den Zweiten Golfkrieg zurück. Damals war es den Herrschenden gelungen, einen größeren Teil des Protestpotentials mit den Hinweisen auf die Gefährdung Israels, den verbrecherischen Charakter des irakischen Regimes und sogar die eigene deutsche Beteiligung an beidem zu neutralisieren oder auf ihre Seite zu ziehen.

Zwar hatte die Friedensbewegung aus dem Zusammenbruch des Ost-West-Konflikts großenteils den Schluß gezogen, nun die völlige Abschaffung der Bundeswehr zu fordern und war auch mehrheitlich gegen den Golfkrieg auf die Straße gegangen. Aber es wurden immer weniger Aktive, die noch mittaten; die öffentliche Aufmerksamkeit schwand zusehends. Seit langem fehlt ein linker Flügel völlig. So kann von „Bewegung" nicht mehr geredet werden.

Es ist eine kleine Zahl von Gruppen und Einzelpersonen, die am Thema „Bundesrepublik ohne Armee" und Bundeswehr-Einsätze „out of area" (außerhalb des Natogebiets) arbeiten. Ein Aktionstag am 15. Mai wurde lediglich in überhaupt nur 15 Orten durchgeführt. Die verbliebene Linke hält sich völlig raus. Großdeutschland organisiert seinen Wiedereintritt in die Weltpolitik ohne nennenswerten Widerspruch.

Das wird besonders deutlich im Fall des ehemaligen Jugoslawien. Hier war es bekanntlich Deutschland, das schon ganz zu Beginn der Konflikteskalation auf Anerkennung Sloweniens und Kroatiens setzte. Damit eröffnete es diesen überhaupt erst ernsthaft die Perspektive der Selbständigkeit. Nationalistische Separation aber konnte in einer Region wie Jugoslawien nur Krieg bedeuten. Es gibt keinen Grund, serbischen Nationalismus und serbische Kriegspolitik zu entschuldigen, aber wer diese Rolle der Bundesregierung übersieht, muß mehr als blind sein. In der Rest-Friedensbewegung wurde völlig anders reagiert: immerhin habe sich die EG/BRD um eine diplomatische Lösung bemüht, war die zurückhaltendste Position. Manche gingen so weit, sie dafür zu kritisieren, daß sie nicht noch früher, noch einseitiger auf Kroatien gesetzt und Jugoslawien zerschlagen habe, so sei Serbien zum Krieg ermuntert worden.

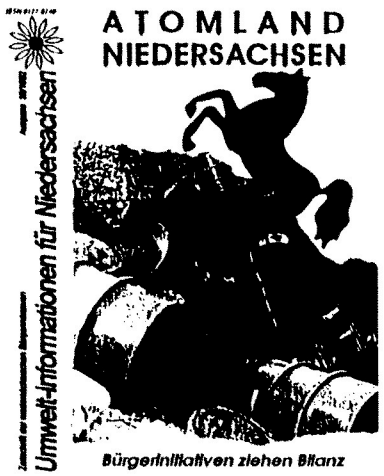
Tatsächlich hat die Bundesregierung innenpolitisch geschickt agiert. Sie ist für Frieden und „Selbstbestimmung" eingetreten und gegen Gewalt. Sie hat - wenn auch mit Mühe - eine internationale Absicherung ihrer Haltung angestrebt und erreicht, hat von Anfang an erklärt, keinesfalls deutsche Soldaten ins Land zu entsenden. Wer keinen politischen Standort grundsätzlicher, radikaler Kritik an diesem Staat hat, kann da schon darauf hereinfallen und manches hören, was eigenen Argumenten zu gleichen scheint. Das Fehlen einer Kraft in diesem Konflikt, auf die man sich guten Gewissens beziehen könnte, verschärft das Problem. So führt Deutschland den ersten Krieg seit 1945 ohne sichtbare eigene Soldaten. Er wurde damit zum noch größeren Katalysator für innenpolitischen Konsens als der Zweite Golfkrieg. Warum sollte es nicht gelingen, beim ersten Krieg mit Bundeswehrbeteiligung gut und böse genauso klar zu benennen wie in diesem Fall? Dann wäre auch die SPD dabei und alle anderen, die den Zug der Zeit nicht verpassen wollen.

Werner Rätz, Bonn

Umwelt informationen für Niedersachsen

Aktuelles zur Umweltpolitik

diesmal:



Das Heft UIN Nr. 30

Atomland Niedersachsen – Bürgerinitiativen ziehen Bilanz

- ist ein Forum für alle, die sich im Widerstand gegen bestehende oder geplante Anlagen befinden.

- ist ein Aufruf, der Mut machen soll, um an anderen Standorten gegen politische Wahnsinns-Projekte Widerstand zu leisten.

- ist eine Informationsschrift, gestaltet von Anti-Atom-Initiativen, die einen Überblick – auch und gerade für "Außenstehende" – über die verschiedenen Anlagen, die dort angewandte Technik und den Stand von Planungs- und Genehmigungsverfahren vermitteln will.

Juni 1992, 56 Seiten
DM 8,- zzgl. Versand

Herausgeber und Bezug:

Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.V.
Waldheimstr. 9, 3000 Hannover 81
Tel.0511-830873, FAX 0511-830898

Fest: 20 Jahre Graswurzel-revolution

10. (18 h) – 12.7. (14 h) in der Kommune Niederkaufungen, Kirchweg 1, W-3504 Niederkaufungen (bei Kassel)

Die Zeitschrift "Graswurzelrevolution" feiert Geburtstag – feiert mit! Mit Rockbands ("Das Lokale Pack", "F.I.T." u.a.), Volkstanz, Kinderprogramm, Kleinkunst, Tombola, Ausstellungen, Büchertischen und viel viel Spaß! Nach 20 Jahren Kampf für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft einmal feiern, damit es sich die nächsten 20 Jahre wieder besser kämpfen läßt! Übernachtung möglich in Bett, Schlafsack oder mitgebrachten Zelten. Zu zahlen sind lediglich Übernachtung und Verpflegung, der Eintritt ist frei! Um die Größenordnung wenigstens ungefähr abschätzen zu können, wäre es schön, wenn sich viele von euch möglichst bald, spätestens bis zum 27. Juni schriftlich anmelden würden. Postkarte genügt, an: GWR, Schillerstr. 28, W-6900 Heidelberg. Bis bald, beim Fest!

Nr. 59
Mai 1992

Streikwelle: **Hintergründe eines simulierten Streiks** - mit Berichten und Interviews zu Banken und Stahl

Spanien: Asturien, Streik der Busfahrer in Madrid

Autoindustrie - Just im Streik?

Bewaffneter Kampf - Sechs Thesen, vier Mythen, zwei Wege, ein Ziel

Neu erschienen!

Thekla 15: Schichtwechsel
Fiat und die Arbeiter(innen)
160 Seiten - Bestellung durch Überweisung von 8 Mark

Abo 6 Hefte 20 Mark,
Einzelheft 4 Mark.
Bestellung durch Überweisung an:
SISINA, Postgiro Berlin, Kto.-Nr. 31502-109
Kontaktadresse: **Sisina, Pf. 360 527**
1000 Berlin 36, Tel.: 030-6121848

Ausländer-feindlichkeit

Dieter Westermann:
AUSLÄNDER
Wer lebt auf wessen Kosten? Geschichte deutsch-türkischer Beziehungen. Anwerbung der Gastarbeiter. Diskussion über Integration und Familiennachzug. Die „Kommission Ausländerpolitik". Rückkehrhilfen.
48 Seiten **3,- DM**

Günter Seufert
FLÜCHTLINGE bitten um Asyl
Die Herkunftsländer: Folter und Not. Äthiopien, Afghanistan, Iran, Sri Lanka, Türkei, Kurdistan. Das Zufluchtsland BRD. Asylrecht und Gerichtsentscheidungen. Deutschtümelei.
48 Seiten **4,- DM**

Dritte Welt Laden Losheim:
RASSISMUS
Was ist Rassismus? Gibt es überhaupt Rassen? Rassismus der Institutionen, europäische und deutsche Gesetzgebung. Rassismus in Kinder- und Jugendbüchern. Wohin treibt das Doitschtum – was tun?
48 Seiten **4,- DM**

Sonderangebot:
3 Bände 10,- DM

Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1, Jahresabonnement 28,- DM

"Wer die Interessen der Bundesrepublik gefährdet..."

Das AusländerInnen-Gesetz

Aus dem Inhalt:
Das neue AusländerInnengesetz: Aufenthaltsstatus, Ausweisungstatbestände, Verbot der polit. Betätigung; das Ausländerzentralregister; Ausländerrecht im Kapitalismus, 36 Seiten A4, Einzelpreis: 3,- DM, ab 5 Ex. 25%

Bestellungen an:
Rote Hilfe Literaturvertrieb
Postfach 6444
2300 Kiel 14

CONTRASTE

SCHWERPUNKT: 500 Jahre Kolonialismus... ...am Beispiel Nordamerika: 1992 – Warum nur Lateinamerika · Europa und die »Neue Welt« · Die Neoschamanen des Kolumbus u.a. Ökologischer Kolonialismus und Imperialismus Aspekte zur Umweltgeschichte des Nord-Süd-Dialogs Kontinuitäten und Brüche – Neues zur alten Weltordnung (über die Kampagne '92 des BUKO) Brüssel – oder ein Kommunikationsversuch Bericht zur 2. internationalen Netzwerk-Tagung Übersicht über die unterschiedliche Praxis alternativökonomischer Projekte am Beispiel Frankreichs und der britischen Inseln Genossenschaften Management-Buy-Out der anderen Art u.v.m.

Das Alles und noch viel mehr...
in CONTRASTE. für 6 Mark frei Haus!
JA, ich will die neue CONTRASTE

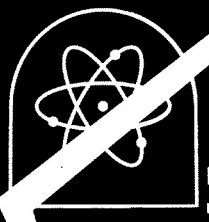
Meine Anschrift:

6 DM in Briefmarken. Scheck habe ich beigelegt.

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:

CONTRASTE. Gaisbergstr. 97. Postfach 104520.
6900 Heidelberg 1 5'92

Bitte nicht noch einmal Tschernobyl!



Der russische Atomenergie-Experte Dr. Wladimir Tschernousenko leitete die Aufräumarbeiten des Tschernobyl-Unfalls.

Unsere Forschung im Bereich Reaktorsicherheit ist seit Jahren weithin anerkannt.

Dr. Tschernousenko stellt seine Erfahrung in unseren Dienst. Da unsere finanziellen Mittel begrenzt sind, bitten wir um Ihre Spende. Damit wir alles tun können, um weitere Katastrophen zu verhindern ...

Kennwort: Projekt GUS. Sparkasse Freiburg
(BLZ 680 501 01) Konto-Nr.: 2 063 117

ÖKO-INSTITUT e.V.
Institut für angewandte Ökologie e.V., Binzengrün 34a, 7800 Freiburg, Tel. 0761/473031

direkte aktion
anarchosyndikalistische Zeitung

das Fachblatt (nicht nur) für anarchistische Betriebsarbeit

Nr. 92 Mai/Juni 92

Sklavenarbeit bei Krupp-Rheinhausen

BASF - der alltägliche Skandal

HKM - ein Duisburger Hüttenwerk und die kommende Stahlkrise

Ost-Seite(n)

Libertäre Tage 1993

Timor - Insel des Todes

Niger und die Tuareg

Das alles und vieles mehr im Abo,
6 x Ausgaben schlappe DM 12,- pro Jahr
(Probeheft kostenlos)

»direkte aktion«
Grünebergstr. 81
2000 Hamburg 50

BREMER
kassiber

stadtzeitung für politik, alltag, revolution

- Folter an Flüchtlingen
- Newroz in Kurdistan
- "Drei zu Eins" - Diskussion
- 500 Jahre Widerstand - 500 Jahre Kolonialismus
- Internationales
- Repression

kassiber Nr. 18
April/Mai 1992

ABO: 6 Ausgaben DM 25,- in Scheinen oder Briefmarken (keine Schecks!)

VzVuN
St. Pauli Str. 10
2800 Bremen 1

DRITTE WELT

Monatsmagazin für internationale Politik, Wirtschaft und Kultur

4,50 DM; Jahresabo: 42,50 DM;

Coupon bitte einsenden an: DRITTE WELT, Interabo, Postfach 103245, 2000 Hamburg 1

☐ **Ich möchte ein Probeabo**
(3 Hefte für 10 DM, gegen Vorkasse: Schein oder Scheck)

Vorname, Name

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche bei Interabo, Wendenstr. 25, 2000 Hamburg 1 widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift

ABWÄRTS

geht's im Juli hoffentlich mit einigen honorigen Herren beim Weltwirtschaftsgipfel in München. (Bericht dazu in dieser atom).

Abwärts geht's hingegen hoffentlich nicht mehr mit den Abonnement-Zahlen bei der atom. Der im letzten Heft gemeldete Abwärtstrend ist vorläufig gestoppt. Damit es so bleibt: Abonniert sie, die atom, wenn ihr sie für wichtig und gut haltet. Verlaßt euch nicht drauf, daß ihr die nächste „auch so" kriegt. Und empfehlt sie auch euren Bekannten. Nur wenn wir einen Mindeststamm an AbonnentInnen halten, ist der Bestand der atom – der einzigen bundesweiten Anti-AKW-Zeitung – gewährleistet.

ALSO: VORWÄRTS ZUM ABONNEMENT!!!!

Bestellt die atom per Postkarte/Brief. Sie kostet im Einzelabo für fünf Nummern (ca. 1 Jahr) nur 30 DM incl. Porto. Ab vier Exemplaren gibt es 30% Rabatt, 3,50 DM pro Exemplar plus Porto. Jeweils zum Ablauf eines Abrechnungszeitraumes kann gekündigt werden.
Adresse: atom, Aboverwaltung, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016